DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

214/215 | 19. JAHRGANG | Juli/August 2002 | 4,50 €

Weltgipfel in Johannesburg (»Rio+10«)

Nachhaltig moderne Demokratie?

Jahrelang forderten Umweltverbände, Grüne und Teile der SPD die Verabschiedung einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ein (1997/98 noch »Nationaler Umweltplan« genannt). Die Agenda 21, das Abschlussdokument der Weltkonferenz in Rio 1992, forderte alle Staaten auf, solches zu tun. Im Jahr 2001 endlich agierte die Bundesregierung – und schnell war das Werk vollendet. Ein Blick hinein überrascht zunächst: »Zugleich soll das Gesetz ermöglichen, dass bereits im Inland befindliche Extremisten besser erkannt und ihre Aktivitäten rascher unterbunden werden können. Dazu sollen unter anderem biometrische Merkmale in Pässe und Personalausweise aufgenommen, den Sicherheitsbehörden mehr sicherheitsrelevante Daten zur Verfügung gestellt, identitätssichernde Maßnahmen im Visumsverfahren verbessert, die Kontrollen von Personen mit sicherheitsrelevanten Tätigkeiten verstärkt, Grenzkontrollmöglichkeiten verbessert und die Aktivitäten extremistischer Ausländervereine in Deutschland schneller unterbunden werden. ... Neben der Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit erfordert Nachhaltige Entwicklung einen Rechtsstaat, der Freiheit sichert. Sicherheit im Innern und nach außen ist ein wichtiger Beitrag zu Lebensqualität und sozialem Zusammenhalt.« (Seite 24/25)

Gemeinsame Aktion von Attac und Bremer Commune anlässlich der WTO-Konferenz am 10.11.2001

Red. Umweltschutz von unten ● Was hat das mit Nachhaltigkeit *zu tun? Ist Nachhaltigkeit* nicht der Versuch, soziale und ökologische Anforderungen in Einklang zu bringen? Wer so fragt, hat noch nicht durchschaut, was die Nachhaltigkeitsdebatte soll. Sie ist das Schmieröl der Modernisierung von Herrschafts- und Verwertungsprozessen.

Zur Monatswende August/September findet in Johannesburg (Südafrika) der nächste Weltgipfel statt. Wieder sollen weitreichende Positionen verabschiedet werden – und wieder stehen ökologische und soziale Ziele in der Werbung ganz vorne. Tatsächlich geht es aber um Herrschaftssicherung, globale Märkte und die Sicherung der Führungsposition für die Industrieländer. Denn ihr Nachhaltigkeitsbegriff dominiert die Debatte, ihre Technik soll den Segen für die Welt bringen und ihr Lebensstil ist wieder mal Vorbild für alle. Am nachhaltigen Wesen soll die Welt genesen – Herrschaft ist modernisiert und verpackt sich in wohlklingende Worte. Doch die Ziele bleiben: Dominanz weltweit, demokratische Kontrolle von Menschen, Rohstoffen, Ländern. Das obige Zitat aus der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zeigt, wie platt teilweise unter grünem Mäntelchen die brutale Wirklichkeit versteckt wird – *Otto Schilys Sicherheitspaket als Nachhaltigkeitsstrategie*, denn »Sicherheit im Innern und nach außen ist ein wichtiger Beitrag zu Lebensqualität und sozialem Zusammenhalt«.

Und die Umweltverbände, Medien & Co.? Sie protestieren nicht etwa, sondern spielen das Spiel mit. Zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie schreiben BUND, NABU und DNR am 13.3.2002: »Die drei Vorsitzenden der Umweltverbände und Mitglieder im nationalen Nachhaltigkeitsrat, Hubert Weinzierl (Deutscher Naturschutzring), Angelika Zahrnt (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) und Jochen Flasbarth (Naturschutzbund), begrüßten am Mittwoch den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.« Detailkritik äußern sie nur bei Fragen zum Arten- und Klimaschutz und setzen damit fort, was seit Anfang der 90er Jahre ihr Stil außerparlamentarischer Arbeit ist: Beratung für Regierungen zu sein, die besseren Vorschläge für die Lösung gesellschaftlicher Fragen zu machen unter voller Akzeptanz der herrschenden Verhältnisse und der ausführenden Institutionen.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 9

SCHWERPUNKTTHEMA

Was ist Nachhaltigkeit?
Governance, Runde Tische, Zivilgesellschaft:
Hilfe, noch mehr Demokratie droht! Seite 7
Umwelt-NGOs als Akzeptanzbeschafferinnen:
Schwach, anbiedernd, inhaltsleer
Mehr Atom-, mehr Gentechnik, universelle Lebensentwürfe:
Die Inhalte von Nachhaltigkeit und Agenda 21
Aufruf zu Aktionen gegen Rio+10 Seite 8
Vorabdruck aus dem gleichnamigen Buch:
Reich oder Rechts? Seite 9

AUS DEM INHALT:

BUNTE SEITEN 2003+
Ende diesen Monats können wir die Neuauflage endlich ausliefern und alle, die schon vor längerer Zeit vorbestellt haben oder jetzt vorbestellen, bekommen dann ein druckfrisches Exemplar. Näheres zur Neuauflage auf Seite 2 und 15.

2084
Im zweiten Teil der »Polit-Soap-Novelle« kam Karin Jorzig in die Psychiatrie und lernte auf der Station Nina kennen und lieben. PatientInnen, die sich dort nicht anpassen, droht die Deportierung nach F4. Teil drei unserer Fortsetzungsgeschichte auf Seite 2.

KOLLEKTIVBÄCKEREI
In der Februarausgabe berichteten wir über die drohende Abschiebung und das Arbeitsverbot des Bäckergesellen Said Mohammed. Seit Ende letzten Jahres kämpft die Kollektivbäckerei Weber in Winnenden um ihren Kollegen. Um auch politischen Druck auszuüben, soll nun eine »Initiative der durch das Ausländergesetz geschädigten Betriebe« gegründet werden. Seite 5

ABI FÜR ALLE!
ABI steht für Alternative Bildungs-Initiative, dessen Konzept, ausgehend vom »Sozialpolitischen Projekt – Behinderte und Nichtbehinderte in Selbstverwaltung – Dörrwies e.V.« im Hunsrück, vorgestellt wird auf Seite 5.

NEUE STIFTUNG
In Berlin hat eine Gruppe von 20 Personen im vergangenen Jahr den Versuch gestartet, eine Projektwerkstatt zur Entwicklung von Wohnprojekten mit den Strukturen einer Stiftung zu kombinieren. In der »Projektwerkstatt auf Gegenseitigkeit« sollen sich Wohngruppen dabei helfen, sich zu formieren und Räume zu erschließen – ohne dabei private EigentümerInnen von Haus und Grund werden zu müssen. Seite 6

SOMMERCAMP DER FREIREISENDEN
Nahezu 100 Reisende HandwerkerInnen sind es in Posewald geworden, statt der erwarteten 60, war von Tizo, einem reisenden Gesellen auf der Baustelle des Fördervereins Biosphäre auf Rügen zu erfahren. Und auch nach dem offiziellen Ende des Sommercamps rund um das alte Gutshaus wollen viele noch so lange arbeiten, bis Dach, Türen und Fenster im alten Gutshaus dicht sind. Auf der Baustelle herrscht eine Atmosphäre, die einen Hauch von Bauhütte und alten Baumeistern ahnen lässt. Kein Diktat von Architekten und Statikern. Ebenso wenig von Chefs. Und doch blüht die Arbeit im kreativsten Sinne. Seite 13

www.contraste.org

D 8008

GRENZCAMPS 2002

Antiracist action and discussion? Camp02!

Mittlerweile zum fünften Mal findet diesen Sommer das antirassistische Grenzcamp unter dem Logo »kein mensch ist illegal« statt. Wie in den vorangegangenen Jahren richtet sich der Fokus, eingebettet in eine allumfassende Gesellschaftskritik, auf das Grenzregime Deutschlands und Europas. Nach drei Jahren direkt an der Grenze zu Polen und Tschechien und dem Camp am Frankfurter Flughafen wurde als Austragungsort für diesen Sommer Thüringen gewählt.

Anknüpfend an den Schwerpunkt »Innere Grenzen« des letzten Jahres will das fünfte Anti-Grenzcamp sich auf unterschiedlichen Ebenen und einer Bandbreite von Aktionen unter anderem in die Diskussionen um Grenzen für MigrantInnen und Flüchtlinge, Residenzpflicht, Einwanderungsgesetz und Terrorismusbekämpfung einmischen. Dabei wollen wir an das letzte Anti-Grenzcamp anknüpfen und dort begonnene inhaltliche Auseinandersetzungen weiterführen.

Kapitalismus & Rassismus

Wir beschränken uns an dieser Stelle im wesentlichen auf das Verhältnis von Rassismus und Antisemitismus zum Kapitalismus, da wir hier ein Theoriedefizit innerhalb der antirassistischen Bewegung konstatieren. Es ist uns wichtig, diesen Inhalt stark zumachen für die Diskussion innerhalb der antirassistischen Linken und die Positionierung bei Aktionen des Anti-Grenzcamp. Die bedeutende Rolle von Nationalismus und Patriarchat im Verhältnis zu Kapitalismus und Rassismus stellen wir damit nicht in Frage, schätzen jedoch ein, dass es bereits eine stärkere Beschäftigung mit diesen Phänomenen gibt.

Meist wird das Herrschaftsverhältnis Rassismus weitgehend isoliert betrachtet und nicht in eine umfassende Gesellschaftsanalyse und -kritik eingebettet. Nicht nur der Mangel an theoretischen Positionen ist ein Problem, sondern auch deren Qualität: Eine Unterordnung von Antisemitismus als Spielart des Rassismus oder die Vorstellung, dass die kapitalistische Ordnung Rassismus als lediglich vorgefundenes Herrschaftsverhältnis instrumentalisiert, jedoch in der weiteren Entwicklung als Hindernis der Kapitalakkumulation abschaffen wird, sind keine isolierten Positionen, sondern durchaus gängig in der antirassistischen Diskussion. Für einen konsequenten linken Antirassismus ist eine Auseinandersetzung mit Kapitalismus und der Funktion von Rassismus in diesem unbedingt notwendig. Unsere Hoffnung besteht darin, eine Diskussion zu diesem Thema nicht nur in der antirassistischen Bewegung in Gang zu bringen, sondern diese als Teil einer radikalen Linken zu führen.

Rassismus entstand in seiner modernen Form parallel zur Herausbildung der kapitalistischen Gesellschaften und konnte dabei auf den bestehenden Stereotypen und Mustern des Fremdenhasses aufbauen. Er ist keine bloße Fortdauer derartiger archaischer Vorstellungen, sondern notwendiger Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaft. Kapitalismus scheint unvereinbar mit oder zumindest blind gegenüber Konstruktionen wie Geschlecht und Rasse. Das kapitalistische Verwertungsprinzip und das Versprechen auf formale Gleichheit gilt prinzipiell für alle Menschen sowohl innerhalb eines Nationalstaates als auch für Außenstehende – aber letzteres nur bedingt, solange sie Wert schaffen. Die Ideologie des Universalismus – die nur den Anspruch der Gleichheit aller Menschen als frei tauschende im Streben nach persönlichem Glück erhebt – ist der kapitalistischen Produktionsweise besonders angemessen und zur endlosen Akkumulation von Kapital zwingend erforderlich. Sie ermöglicht den freien Strom aller Waren in Form von Gütern, Kapital und Arbeitskraft zu ihrem nur über den Markt vermittelten Wert. Alle bestehenden sozialen Unterschiede werden auf Unterschiede in der Leistung und Effektivität des Einzelnen zurückgeführt. Eine Gesellschaft, die auf dem Leistungsprinzip basiert und sich universalistisch gibt, ist politisch instabiler als vorherige ...

Fortsetzung auf Seite 3

POLIT-SOAP-NOVELLE, FOLGE III: F4

2084

Was bisher geschah: Karin Jorzig entscheidet sich alles aufzugeben und in die aufgegebenen Gebiete der Stadt zu ziehen. Daraufhin lässt sie ihr Vater, der berühmte Professor Jorzig, in die Psychiatrie einweisen. Dort lernt sie Nina kennen und lieben. Da beide sich nicht anpassen, werden sie nach F4 deportiert. Niemand weiß, was F4 ist.

Carlotta

Als Karin aufwachte, stand Nina neben ihrem Bett und noch eine andere Frau. Der Raum war ein anderer, ebenerdig mit offenen Fenstern.

'Wo sind wir?'
'Auf einer Insel.'
'Was wollen SIE von uns?'
'Gar nichts – wir sind hoffnungslose Fälle, –Überzüchtung.'
'Wovon ..?'
'Sie werfen Lebensmittel ab. Ab und an kommt ein Roboterwartungsschiff.'
'Aber wieso?'
'Du weißt doch: »Dies ist die humanste Gesellschaft, die es jeh auf der Erde gab.« Und wir sind doch krank.'
'Kommt nie jemand?'
'Sie haben Angst vor Ansteckung.'
'Das ist also F4.'
'Du hattest etwas anderes erwartet – nicht?'
Das letzte hatte die andere Frau gesagt.

2000

Er: *Jetzt reg Dich doch nicht so auf.*
Sie: *Du könntest Dich auch mal um das Kind kümmern.*
Er: *Meine Eltern nehmen die Kleine sicher gerne mal.*

Aus der Werbung II

Manche meinen, wir sollten essen, was auf den Tisch kommt. Wir nicht! Ernähren Sie sich verantwortungsbewusst. Messen Sie Rohkost vor dem Essen mit dem neuen Fluoreszensspektrometer von Ökotrop. Essen Sie keine graue Kost.

Die Insel war nicht sehr groß. Aber es gab einen schönen Strand und auch einsame Wege. Nur 47 Frauen, das waren alle, die hier lebten, – 47 für den Rest des Lebens.
'Keine Männer?'
'Glaubst Du die wollen, dass sich sowas wie wir noch vermehrt?'
Anja war schon lange hier. Sie töpferte nützliche und unnütze Dinge – überall auf der Insel waren ihre Werke verstreut.
'Find Dich ein. Mach was, was Dich ausfüllt.'
'Du und Nina, Ihr könnt nicht nur schlafen und vögeln, das wird auf die Dauer langweilig.'
'Natürlich sind welche neidisch auf Euch.'
Andere hatten sich auf den Hüttenbau spezialisiert.
'Was haben die Kreuze am Strand zu bedeuten?'
'Das ... .'
'Sie haben es nicht mehr ausgehalten.'
'Es waren viel mehr aber sie werden immer wieder weggespült.'
'Wer?'
'Die Kreuze.'
'Was ist mit Booten?'
'Die zerstören SIE.'

2020

Er: *'Jetzt reg Dich doch nicht so auf.'*
Sie: *'Ach und wer kümmert sich sonst um das Kind.'*
Er: *'Wir bezahlen ja schließlich für den Ganztageshort.'*
Rohkost. Er konnte das nicht essen, überall quoll noch der rohe Saft hervor. An einigen Stellen war das Gemüse verfärbt. Eine Stelle war sogar matschig. Er wusste, dass er sich würde übergeben müssen. Zuhause erholte er sich bei einer Portion Eiweißextrakt mit Balaststoffen und einem isotonischen Getränk.

Die Frau fiel aus der Gruppe heraus. Sie hatte auch ihren Namen noch nie gehört. Die anderen mieden sie. Auch Nina wusste nicht warum. Als sie wieder einmal an der Hütte der Frau vorbeikamen, sprach sie sie an.
'Na neu. Wollt Ihr nicht Gedichte rezitieren, dass fehlt noch auf der Insel.'
'Was soll frau sonst tun? – Außer verrückt werden.'
'Wie wäre es mit Widerstand?'
'Widerstand ist gut, aber wie?'
'Du musst die Diskurse der Macht gegen sich selbst kehren.'
'Ich glaube nicht dass Du sie mit Reden schlagen kannst.'
'Das habe ich auch nicht gesagt.'
'Was meinst Du sonst? Was hast Du vor?'
'Ich weiß nicht ob ich Euch trauen kann. Kommt morgen noch mal vorbei wenn Ihr SIE noch hasst. Ich bin übrigens Lira.'

2060

Er: *Jetzt reg Dich doch nicht so auf.'*
Sie: *'Du kannst das Kind nicht nur vom Computer erziehen lassen.'*
Er: *'Das Programm ist vollständig optimiert – und weiß viel mehr als Du.'*
Die ganze Zeit als sie miteinander sprachen irritierte sie das Aussehen ihrer Gesprächpartnerin. Wie konnte eine gebildete Frau es zulassen, dass ihr Haare in den Achselhöhlen wuchsen, und dann noch in solchen Mengen. Es gab doch Mittel und Wege. Ihre Eltern hatten zum Glück im Kindesalter durch einen kleinen Eingriff vorgesorgt. Sie konnte gar nicht richtig zuhören.

Am nächsten Tag gingen Nina und Karin wieder bei Lira vorbei. Sie lächelte sie an.
'Kommt mit!'
Im inneren ihrer Hütte war ein Keller, von außen nicht sichtbar. Und dann – Karin sog die Luft ein. Es war das letzte, was sie erwartet hatte.
Ein Genlabor.
'Du musst den Feind mit seinen eigenen Mitteln schlagen. Es geht darum die herrschenden Diskurse aufzunehmen und sie gegen sich selbst zu wenden.'
'Wie soll das funktionieren?'
'Auf dieser Insel waren und sind lauter Frauen, die nicht eingliederungsfähig waren – renitent, unbehandelbar. Ich habe die entsprechende Gensequenz extrahiert. Ansonsten bedurfte es nur noch ein wenig somatischer Gentheraphie, verknüpft mit einem sich schnell ausbreitenden Retrovirus.'
'Glaubst Du daran?'
'Darum geht es nicht. SIE glauben daran, dass ist das einzige, was zählt. SIE werden daran erkranken. Aber ich brauche jetzt Hilfe.'

2080

Er: *'Jetzt reg Dich doch nicht so auf.'*
Sie: *'Du könntest wenigstens die Implantate der Kleinen warten.'*
Er: *'Ach als Mann soll ich mich wieder um die Technik kümmern – ich würd auch viel lieber mit der Kleinen spielen.'*

Theaterstück – 2030

Die Scenerie:
Eine nicht sehr belebte Straße am Rande der Einkaufszone der Stadt.
MitspielerInnen:
Zwei uniformierte Sicherheitsleute, ein älteres Ehepaar, ein verwahrlost aussehender Mann mittleren Alters. (Der Mann steht in einer Hausecke bei einigen Mülltonen auf der Straße. Die Sicherheitsleute nähern sich ihm unbemerkt, reißen ihm aufeinmal die Beine weg und legen ihm Handschellen an. Das ältere Ehepaar kommt hinzu.)

Die Ehefrau zu den Sicherheitsleuten: *'Was soll denn das?'*
1. Sicherheitsmann: *'Der Mann ist hier illegal, er hat keine Innenstadttaxe bezahlt. Wir schaffen ihn raus.'*
Der Ehemann: *'Was Sie da machen ist Diskriminierung.'*
1. Sicherheitsmann: *'Alle die bezahlen dürfen sich hier auch aufhalten. Wir behandeln alle gleich.'*
2. Sicherheitsmann: *'Darf ich mal ihre Ausweise sehen.'*
Die Frau kramt einen Ausweis hervor.
2. Sicherheitsmann: *'Ah eine ermäßigte Seniorenkarte. Sie wissen dass Sie Samstags nach 20.00 Uhr hier nicht mehr sein dürfen.'*
Der Ehemann: *'Das ist ja noch 2 Stunden hin.'*
1. Sicherheitsmann: *'Der Mann kann froh sein, wenn wir keine Anzeige aufnehmen.'*
Die Ehefrau: *'Aber der Mann hat doch gar kein Geld. Da nehem Sie ihm doch jede Freiheit.'*
2. Sicherheitsmann: *'Dann muss er halt arbeiten. Entschuldigen sie, aber wenn Sie morgens zu faul sind aus dem Bett aufzustehen, bezichtigen sie doch auch niemanden der Freiheitsberaubung.'*

Als Karin aufwachte musste sie lächeln. Ein Anarchavirus, sie konnte es immer noch nicht fassen. Und heute würden sie versuchen, es zu verbreiten. Sie wusste nicht was passieren würde. Aber an sich war das egal. Sie würde zusammen sein mit Nina – was war sonst schon wichtig.

Nina hatte vorgeschlagen das Virus Anarcha IV zu nennen, da Lira erzählt hatte, dass ihre ersten 3 Versuche zur Synthetisierung des Virus gescheitert waren.
Heute kam das Roboterwartungsschiff.

Lesen Sie auch die letzte Folge: Haben Karin, Nina und Lira eine Chance? Wird der Virus tatsächlich wirken? Wie werden die Menschen reagieren?●

BUNTE SEITEN 2003+

Die Neuauflage der BUNTEN SEITEN – Das Adressenverzeichnis der Alternativen Bewegungen mit Reader der AlternativMedien im Innenteil – kann nun endlich Ende Juli ausgeliefert werden. Das Verzeichnis enthält neben ca. 13.500 Anschriften alternativer Projekte, Initiativen & Betriebe auch wieder Sonderseiten mit redaktionellen Beiträgen zu den Themen Anders Reisen, Bildung, Solidarökonomie, Kommunen und Umsonstläden.

Die Anschriften aus der BRD, Österreich und der Schweiz sind nach Postleitzahlen und Rubriken sortiert, der internationale Bereich nach Ländern.

Der »Reader der AlternativMedien« im Innenteil stellt ca. 1.200 linke und alternative Zeitschriften mit zahlreichen Hinweisen zu Themenschwerpunkten, Ansprüchen, Preis, Verbreitungsgebiet etc. vor. Desweiteren werden Verlage, Freie Radios und Film & Videogruppen aufgeführt.

Bestellt werden können die BUNTEN SEITEN 2003+ zum Preis von 18 EUR zzgl. 2 EUR Versandkosten über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

Kurt's Surf-Center

Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser

Nitrofen in aller Munde kauen betroffene und nachdenkliche Biofans noch lange an Unverdaulichem. Der Öko-GAU kam einfach so – das einheitliche Bio-Siegel nach der EU-Öko-Verordnung, das nach Willen des Künastministeriums »endlich Transparenz schaffen« sollte, konnte da auch nicht helfen. Im Gegenteil: kaum lanciert, wurde es bereits ernsthaft beschädigt und in den Augen Vieler bleiben es eben doch die dümmsten Bauern, die die größten Kartoffeln ernten.

Da trifft es sich gut, dass die Ministerin noch weitaus mehr auf Lager hatte, um, wie ihre Werbeagentur so pfiffig formulierte, »Äpfel und Birnen endlich vergleichbar« zu machen. Z.B. auch das Internet, denn im Web soll derzeit mit massiver Ministeriumsförderung unter
www.projekt-oekolandbauportal.de
das erste zentrale einschlägige »Portal« entwickelt werden: ErzeugerInnen, VerbraucherInnen, Verbände und andere »Intermediäre« sowie verwandte Berufsgruppen und nicht zuletzt die Regierenden bietet sich hier somit also eine Art »eierlegende Wollmilchsau« in Sachen Informationsvernetzung. Seit Mai gibt es hierfür eine Geschäftsstelle in Bad Dürkheim – ab September sollen erste Angebote eingestellt werden. Bis Ende 2002 werden von allen Interessierten Vorschläge eingeholt. Ende 2003 soll das Ding fertig aufgebaut sein.

Und das ist auch gut so. Was mich an der Biobranche schon bisher immer am meisten gestört hat, ist ihre Unverfrorenheit (um nicht zu sagen Verlogenheit), mit der Ökomarketing betrieben wird. Da wird die Natur bis zum Erbrechen vermarktet, um uns das Geld aus der Tasche zu locken und gesundes Leben zum Privileg derjenigen, die es sich leisten können. Wirkliche Transparenz ist in der Tat das Gebot der Stunde, aber keineswegs durch »Brief und Siegel« gewährleistet, sondern nur durch Information. Auch solcher Information, die hilft, windigen Geschäftemachern hinter die Schliche zu kommen.

Am Allerbesten ist da immer noch der Ansatz, der sagt, iss nach Möglichkeit nur Eier von solchen Hühnern, die Du ggf. auch selbst füttern kannst. »Stadt – Land – Fluss« heißt ein Berliner Projekt, das sich dieses und viel mehr vornimmt. Der Fluss zwischen Stadt und Land soll ganz anders, neu und direkt gestaltet werden, so nachzulesen unter www.landprojekt.de.

Wirkliches Vertrauen und wirkliche Kontrolle erfordert eben mehr als die kranke Warenwirtschaft zwischen Stadt und Land herzustellen vermag. Neue Beziehungen zwischen Stadt und Land braucht das Land...●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

FORTSETZUNG VON SEITE 1: GRENZCAMPS 2002

Antiracist action and discussion? Camp02!

... Gesellschaftsformen, die soziale Stellungen aus Religion oder feudalistischer Tradition herleiten und damit feststehende Überzeugungen garantieren konnten. Sie wird subjektiv als ungerecht erlebt, da die persönliche Leistung nach eigener Wahrnehmung scheinbar unterbewertet wird und das bürgerliche Subjekt, die Möglichkeit des Scheiterns vor Augen, sich permanent gemäß den Anforderungen der kapitalistischen Gesellschaft zurichten und sie erfüllen muss. Eine Leistungsgesellschaft kann nicht mehr den Glauben an eine ewige, festgefügte Ordnung und sichere Überzeugungen bieten.

»Arbeit ist natürlich und dem menschlichen Wesen zugehörig«

An dieser Stelle greift Rassismus als eine Ideologie der Ungleichheit: Die formale Gleichheit und das Glücksversprechen bei hoher Leistung widerspricht der realen Ungleichheit in der kapitalistischen Ordnung, die sich nicht nur aus unterschiedlicher Leistung und Effektivität erklären lässt. Mittels Ideologien wie Sexismus und Rassismus werden komplexe soziale Zusammenhänge zu biologischen Entwicklungen verklärt, rationalisiert und dadurch scheinbar durchschaubarer. Damit verschleiern sie die tatsächlichen Ursachen, die dem kapitalistischen System immanent sind, und stabilisieren die politische Ordnung.

Das bürgerliche Subjekt lernt in einem schmerzhaften, nie vollständig abgeschlossenen Prozess, seinen Lebensalltag und seine Bedürfnisse auf eine von außen aufgezwungene Arbeitsdisziplin auszurichten, die aber nicht als solche begriffen, sondern als prinzipiell notwendig und richtig von innen heraus bejaht wird. Es verklärt Arbeit als natürlich und dem menschlichen Wesen zugehörig. Folgerichtig begreift es seine Zurichtung als Verwirklichung des menschlichen Charakters und benötigt kaum noch äußere Zwänge, sondern verstümmelt sich vielmehr freiwillig zur kapitalistischen Arbeitsmaschine. Aus dieser Zurichtung folgen die ambivalenten Gefühle von Hass und Faszination gegenüber der Imagination des »Fremden«, der sich der abstrakten, abhängigen Arbeit zu entziehen und vollständig von seinen »Trieben« und Bedürfnissen beherrscht scheint. »Der Fremde« wird als Spiegelbild des bürgerlichen Subjektes konstruiert und erhält all die Eigenschaften zugeschrieben, vor denen sich dieses fürchtet, die es verabscheut oder die es sich wünscht. Rassismus wirkt gemeinschafts- und identitätsstiftend und spielt eine bedeutende Rolle bei der Durchsetzung der Werte und Sekundärtugenden im kapitalistischen Arbeitsprozess und der bürgerlichen Gesellschaft.

Der Kapitalismus ist also legitimierend und konstituierend für den Rassismus. Dennoch ist es falsch, diesen rein ökonomistisch aus dem Kapitalverhältnis abzuleiten: Als eine Ideologie der Ungleichheit verselbständigt er sich und reproduziert sich ständig. Ebenso ist der Rassismus aber auch konstituierend für den Kapitalismus. Er spielt eine wichtige Rolle für dessen Aufrechterhaltung und verhindert, dass die kapitalismusimmanenten Widersprüche zu Tage treten. Rassismus zu bekämpfen muss heißen, auch Kapitalismus als eine seiner wesentliche Grundlagen zu bekämpfen.

Antisemitismus enthält zwar rassistische Elemente, argumentiert mit der konstruierten »Rasse« des »Juden« und erklärt die soziale Wirklichkeit ebenfalls als biologisch begründet, funktioniert aber anders. Zum einen konstruiert die rassistische Ideologie die »fremden Völker« oder »Rassen« als unterlegen gegenüber dem eigenen Volk. Antisemiten hingegen schreiben dem »Juden« als vermeintlichem »Drahtzieher hinter den Kulissen« eine unheimliche Macht und Weltmachtsstreben zu und sehen somit die Gefahr in seiner vermeintlichen Überlegenheit.

Zum Zweiten wird in der antisemitischen Logik nicht wie in der rassistischen Logik der Gegensatz »Nation gegen Nation« aufgemacht, der eine grundsätzliche Anerkennung dieser Kategorie impliziert und für die eigene Identität eine konstituierende und festigende Wirkung hat. Vielmehr verkörpert die Figur des »Juden« eine dritte Position außerhalb des Nationengegensatzes von eigener und fremder Nation und stellt somit das Nationenkonzept grundsätzlich in Frage. Er ist nicht Angehöriger der eigenen oder einer fremden Nation, sondern verkörpert die »Nicht-Nation«. Der »Jude« wird mit Universalismus und der möglichen Aufhebung des Nationenkonzeptes gleichgesetzt und unerbittlicher verfolgt. Im Hass und Kampf gegen »die Juden« sind selbst nationale Feinde vereint.

Mit der Figur des »Juden« – der real keiner ist und auch nicht mehr als solcher gekennzeichnet werden muss, damit antisemitische Argumentationen funktionieren – wird ein scheinbar Verantwortlicher für die als unverständlich erlebten kapitalistischen Verhältnisse konstruiert, auf den das Unbehagen projiziert wird. Der Antisemitismus als verkürzte Kapitalismuskritik entwickelt auf diese Weise eine mächtige und falsche Welterklärung. Durch die Trennung zwischen ehrenhaftem, »schaffenden« Kapital und dem als unheimlich und verheerend definierten »raffenden Kapital« werden die negativen Seiten des Kapitalismus abgespalten. Die Abschaffung oder wenigstens Zähmung des Finanzkapitals impliziert in dieserLogik die Beseitigung aller Probleme: mit dem Rest ließe es sich dann ganz gut und angenehm leben.

Einwanderungsland Deutschland? Dekonstruktion eines Wunschtraumes

Momentan findet eine Veränderung des Migrationsregimes statt. Die rigiden Standards der BRD in der Ausländerpolitik werden, trotz europäischer Vorreiterrolle für die Verschärfung in Teilbereichen, durch den Druck der Wirtschaft und der EU an EU-Normen angepasst. Ebenso entscheidend ist der veränderte politische Hintergrund der Rot-Grünen Bundesregierung: ihre Politik ist bestimmt vom Modell der westlichen Demokratie und der Zivilgesellschaft, die der völkischen, spezifischen Form des deutschen Nationalismus und Rassismus entgegensteht. Allzu plumper, unflexibler Rassismus, der sich wirtschaftlichen Überlegungen und Forderungen entzieht, soll als muffiges deutsches Wahngebilde zugunsten einer demokratisch, kapitalistisch-rationalen Form weichen.

Das »Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern« spiegelt diesen »neuen Geist« wider: Es ermöglicht Zuwanderung, begrenzt diese aber nach flexiblen politischen und vor allem wirtschaftlichen Bedürfnissen: Die Verknüpfung von (ohnehin zeitlich befristeten) Aufenthaltserlaubnissen an konkrete Arbeitgeber führt zu einer kompletten Abhängigkeit vom Arbeitsplatz und Rechtsunsicherheit der nur als Arbeitskräfte wahrgenommenen Menschen. Gleichzeitig baut es systematisch andere Formen des Aufenthaltes ab: Infolge der ersatzlosen Abschaffung des Instrumentes der Duldung werden hunderttausende AusländerInnen illegalisiert. Geplante »Ausreisezentren« sollen ihre Verfügbarkeit für Abschiebungen garantieren. Bisherige Bestimmungen der Ausländergesetzgebung werden verschärft.

In der Einwanderungsdebatte wird die zukünftige Regelung von Arbeitsmigration entwickelt, die sich an den Kriterien: »erwünscht, wenn nützlich« an wirtschaftlichen Erfordernissen orientiert. In diesem Diskurs ist völkischer Rassismus und eine undifferenzierte Abschottung nicht mehr primäres Prinzip der Politik, sondern Kontrolle und Steuerung von Migration. Die große Diskursverschiebung bereitet nur den Boden für eine minimale Gesetzesänderung, in der jedoch das völkische Prinzip weiterhin dominiert und wird danach wieder teilweise zurückgenommen.

Demzufolge wird Rassismus natürlich nicht in Frage gestellt. MigrantInnnen haben kein Recht auf Bewegungsfreiheit. Diejenigen von ihnen, die hier leben wollen, müssen ihre ökonomische Nützlichkeit unter Beweis stellen. Selbst wenn sie dies schaffen, müssen sie sich integrieren und kritiklos an die Normen des »Hausherrn Deutschland« anpassen. Die Multi-Kulti-Fraktion fordert eine kulturelle Bereicherung der deutschen Monokultur, während die konservativen Kräfte die Untergrabung der »deutschen Leitkultur« verhindern wollen. Alle Anderen gelten zunächst als finanziell belastend oder gefährlich, weil sie – je nach Lesart – kriminell oder fundamentalistisch seien. Gegen diese schottet sich Deutschland desto stärker ab. Mit dem geplanten Zuwanderungsgesetz wird sich die Lage einiger weniger konkret verbessern, für die Mehrzahl jedoch ist eine eindeutige Verschlechterung ihrer Situation zu erwarten. Anders verhält es sich mit der gesellschaftlichen Wirkung, die aus der Diskursverschiebung folgt: Für die hier lebenden MigrantInnen macht es einen entscheidenden Unterschied, ob sie als »gefährliche und das Sozialsystem ausnützende Ausländer« von Nazis verprügelt oder als potentiell »nützliche Fachkräfte« angesehen werden. Es bestimmt ihre gesellschaftliche Situation und ihr Überleben unter deutschen Verhältnissen.

Terrorismus, Migration und westeuropäische Bananen

Auch bei der Diskussion um Terrorismusbekämpfung ergänzen sich kapitalistische Verwertungslogik und Rassismus. Die Überwachung von MigrantInnen dient ihrer Abschreckung, Stigmatisierung, Kriminalisierung und Disziplinierung. Dass diese Überwachung ungleich umfangreicher ist als die, welcher Deutsche ausgesetzt sind, sticht ins Auge. Denn Ausländerzentralregister, Schengener Informationssystem und europäische Fingerabdruckdateien betreffen ausschließlich oder in erster Linie Nicht-EU-BürgerInnen. Diese der Kontrolle und Abschottung dienenden Mechanismen entsprechen auch der Logik einer Einteilung von Menschen in nützlich und unnütz. Die Speicherung von Daten über Stand des Asylverfahrens, Aufenthaltsstatus, Vorstrafen, eventuelle Einbürgerungsbestrebungen bis hin zu Wohnungsgröße, Maß der erreichten Integration und Art und Weise des Lebensunterhalts im Ausländerzentralregister als Informationsverbund von Ausländerbehörden, Grenzschutz, Zoll, Justiz, Arbeitsämtern, Geheimdiensten, Verfassungsschutz und Polizei erleichtern eine solche Einteilung.

Eine ebenso große Rolle spielt die Kontrolle normgerechten Verhaltens. Zu vermerken ist eine stetige Zunahme technischer Überwachung, aber ebenso die Ausdifferenzierung der tatsächlichen Repression. Wo sich die deutsche Durchschnittsbevölkerung mittels sozialer Selbstkontrolle überwacht und für sie die Grenzen innerhalb Europas fallen, sehen sich als systemgefährdend eingeschätzte Randgruppen immer mehr repressiven Beschränkungen unterworfen. Rassismus kommt dort ins Spiel, wo die Gruppe »Ausländer« konstruiert wird und Menschen aufgrund ihrer Nationalität als unangepasst, assimilierungsunwillig, mithin »gefährlich« eingestuft werden. Das Ausländerzentralregister (AZR) entstand in den 50er Jahren auch aus dieser Begründung heraus: laut Bundesinnenministerium aufgrund der »Notwendigkeit der verstärkten Überwachung der Ausländer im Bundesgebiet«.

Dieser Logik folgt auch das »Terrorismusbekämpfungsgesetz«, das zum großen Teil schon bestehende Regelungen verschärft, Kompetenzen ausweitet und sich wie eine allgemeine Verdachtserklärung gegen Flüchtlinge, MigrantInnen und deren UnterstützerInnen liest. Es geht ganz offensichtlich darum, abgelehnte AsylbewerberInnen und illegale MigrantInnen schnell abzuschieben und die Fahndungsarbeit zu erleichtern. Auch die Effektivierung der Arbeitsweise und Funktion des AZR ist Teil des Terrorismusbekämpfungsgesetzes. Als Sammelbecken personenbezogener Daten nichtdeutscher Menschen eignet sich das Ausländerzentralregister perfekt zur Rasterfahndung. Dabei fördert jene durch ihre rassistischen Profile die Stigmatisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen und ein entsprechendes gesellschaftliches Klima, das, gepaart mit Änderungen im Asyl-, Ausländer- und dem neuen Zuwanderungsgesetz, eine politische Betätigung von MigrantInnen gezielt zu verhindern sucht.

Die oft geäußerte These, dass MigrantInnen als Versuchskaninchen in der Sicherheitspolitik dahingehend eingesetzt werden, zu testen, wie viel Überwachung später an der deutschen Bevölkerung durchsetzbar wäre, erscheint bei der MigrantInnen betreffenden Sondererfassung wert hinterfragt zu werden.

Deutsche StaatsbürgerInnen profitieren eher von ihr, als dass sie Angst haben müssten, je davon betroffen zu sein. MigrantInnen werden stärker überwacht, damit die EinwohnerInnen der Festung Europa nicht auf ihre Privilegien verzichten müssen. Die Ausweitung bestimmter Überwachungs- und Kontrollmechanismen schreitet auch in Bezug auf deutsche bzw. EU-BürgerInnen voran. Die Repression bezieht sich dabei jeweils nur auf sozial marginalisierte bzw. als kriminell eingestufte Gruppen. MigrantInnen gelten qua Herkunft als dazugehörig. Die öffentliche Diskussion um Einwanderung findet seit dem 11. September 2001, der anschließenden Rasterfahndung nach männlichen Studierenden muslimischen Glaubens und den steten Rufen nach Verschärfungen des Ausländerrechts unter veränderten Vorzeichen statt.

Im Vordergrund des Diskurses steht nicht mehr nur, ob und wie viele hochqualifizierte oder billige Arbeitskräfte zum Wohle der deutschen Wirtschaft angeworben werden dürfen, sondern wie die Migrations- und Asylpolitik mit der Terrorbekämpfung verknüpft werden kann. Die jetzt eingeleiteten Maßnahmen folgen dabei der Logik von Entwicklungen auf nationaler und europäischer Ebene, die die gesamten 90er Jahre geprägt haben. Natürlich ließen sich nach dem 11.9. schon länger gehegte Wünsche von Überwachungsdiensten und Sicherheitstechno-

Fortsetzung auf Seite 4

Unsichtbarer Vorhang Landkreis – die Residenzpflicht schlägt zu

Das »Residenzpflichtgesetz« ist nicht mehr als einige Paragraphen des Asylverfahrengesetzes, doch nichts desto trotz ein offensichtliches Zeichen institutionalisierten Rassismus. Offiziell regelt es den Aufenthalt von Flüchtlingen während ihres laufenden Asylantrages, reell spricht es ihnen jedoch das Recht auf Bewegungsfreiheit ab. Es verankert das Verbot, den ihnen als Wohnort kontingentierten Landkreis zu verlassen und verpflichtet sie in den ihnen zugewiesenen Flüchtlingsunterkünften zu leben. Das Verlassen des Landkreises ist nur mit Genehmigung der deutschen Behörden möglich. Nicht nur, dass diese Erlaubnis von der Willkür der jeweiligen SachbearbeiterIn abhängt, sie ist zusätzlich noch kostenpflichtig.

Noch nicht nach Deutschland Geflüchtete sollen im Sinne der kapitalistischen Verwertungslogik abgeschreckt und schon Anwesende kontrolliert werden. Durch die Unterbringung in Heimen und die Begrenzung auf Landkreise werden Flüchtlinge als gesellschaftliche Randgruppe stigmatisiert. Allgemein wird Bewegungsfreiheit als bürgerliches Recht angesehen. Rassistischen Prinzipien folgend werden Flüchtlinge in Deutschland davon ausgenommen. In feudaler Manier wird ImmigrantInnen damit die Grundlage für ein selbstbestimmteres Leben genommen. Noch ist die Residenzpflicht auf Deutschland beschränkt, könnte sich aber durchaus als weiterer Exportschlager erweisen, der auf Drängen der BRD zum EU-Standard avanciert.

Residenzpflicht beschneidet natürlich in erster Linie die Bewegungsfreiheit. Dadurch ist ihr kausal eine Einschränkung der Rede-, Meinungs- sowie Versammlungsfreiheit impliziert, die sich darüber hinaus auch im Verbot der politischen Betätigung durch die Ausländergesetzgebung äußert. Damit ist eine politische Betätigung von MigranntInnen sicher verhindert. Sie werden demzufolge unsichtbar, beziehungsweise mundtot gemacht. Um die Einhaltung der Residenzpflicht staatlich abzusichern, kann eine Verletzung eine Reihe weiterer Diskriminierungen nach sich ziehen oder legitimiert diese zumindest im voraus. Ein Verstoß kann für MigrantInnen eine nicht zu bewältigende Geldstrafe von bis zu 2500 Euro bedeuten, wobei die Höhe des Betrages in Bezug zu dem, den Flüchtlingen zustehenden, Bargeldbetrag von etwa 40 Euro pro Monat zu setzen ist. Bei wiederholtem Übertreten der Residenzpflicht droht eine Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr.

Das Residenzpflichtgesetz liefert die Grundlage beziehungsweise Berechtigung für rassistisch-motivierte, selektive Polizeikontrollen anhand äußerer Kriterien. Die bei Verstößen vollzogene erkennungsdienstliche Behandlung perfektioniert die Stigmatisierung von Flüchtlingen zu Kriminellen, macht sie in der Öffentlichkeit zu Verdächtigen per se. Der Druck und die Verunsicherung, mit denen MigrantInnen zu leben gezwungen sind, wird verstärkt.

Wir sind uns durchaus bewusst, dass der Kampf um die Abschaffung der Residenzpflicht nicht radikal ist, da eine Forderung an den Staat nach bürgerlichen Grundrechten dem widerspricht. Dennoch wird die Problematik im Rahmen des Camps in Thüringen ihren Platz finden, als Forderung nach einer nachholenden Entwicklung, welche eine weitergehende politische Betätigung von Flüchtlingen ermöglicht.

Im Kampf gegen die Residenzpflicht sollte nicht nur skandalisiert werden, sondern diese in einem weiter gefassten Zusammenhang betrachtet werden, stellt das Residenzpflichtgesetz doch einerseits eine Spielart des institutionalisierten, staatlichen Rassismus dar. Andererseits werden Flüchtlinge als Gruppe pauschal nach kapitalistischer Verwertungslogik als nicht nützlich verurteilt und von entsprechenden Privilegien ausgeschlossen.●

FORTSETZUNG VON SEITE 3

kraten leichter durchsetzen, während die liberale Öffentlichkeit unisono dem Schock der Anschläge unterlag, nach mehr Sicherheit schrie oder einfach schwieg. Denn mit der vermeintlichen Bedrohung konnte so einiges gerechtfertigt werden, was im Rahmen der Debatte um ein Einwanderungsgesetz mühsamer hätte durchgeboxt werden müssen und was mit Terrorismusbekämpfung offensichtlich nichts zu tun hat, wie zum Beispiel Sprachanalysen zur »Bestimmung der Herkunftsregion«, bei denen es sich laut Gesetzesbegründung um eine Maßnahme zur erleichterten Abschiebung Ausreisepflichtiger handelt.

Andererseits enthält das Terrorismusbekämpfungsgesetz auch ein weiteres Moment, das nicht unterschlagen werden sollte. Die Anschläge des 11. September haben das Gefühl größtmöglicher Sicherheit und Bewegungsfreiheit für BewohnerInnen westlicher Wohlstandsstaaten scheinbar nachhaltig erschüttert. Aus integrierten Vorzeigeausländern wurden terroristische Schläfer. Der Ruf nach mehr Sicherheit, Überwachung und Abschottung hat in diesem Zusammenhang auch zu Maßnahmen geführt, die schwerlich der Logik der Einwanderungsdebatte entsprungen sein können, sondern Reaktion auf eine als real empfundene Bedrohung mit rassistischer Konnotation sind. Instrumentarien wie Visaerteilung oder Rasterfahndung, die gerade qualifizierte, also potentiell nützliche ausländische StudentInnen oder WissenschaftlerInen betrifft, machen den Wirtschaftsstandort Deutschland wohl eher madig.

Da nützen auch staatliche Antinazikampagnen nichts, wenn die begehrten Fachkräfte mit staatlichem Rassismus konfrontiert werden, der sonst nur »unnützen« Flüchtlingen vorbehalten schien. Ein Fakt, den selbst das Auswärtige Amt »als mit den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands unvereinbar« kritisiert. Derart irrationale Maßnahmen könnten also durchaus nach einiger Zeit, wenn sich das Wahlkampfgeschrei gelegt hat, weniger zur Anwendung kommen. Die Frage, wer Zugang wohin und mit welchen Rechten hat, ist aber aus beiden – der scheinbar rational-ökonomischen und der vermeintlich irrational-sicherheitsphobischen – Perspektiven die entscheidende. Und in beiden Fällen dient Rassismus zur Legitimierung.

let's get organized together

Antirassistische Politik in diesem Land sollte nicht in erster Linie für Flüchtlinge, sondern Politik gegen Deutsche und deren Rassismus, gegen deutsche Behörden und die staatliche Ausländerpolitik sein. Der Mythos der gemeinsamen Betroffenheit von »deutschen« Linken und Flüchtlingen/MigrantInnen muss aufgehoben werden: »deutsche« Linke sind den rassistischen Repressalien und der Gewalt nicht ausgesetzt.

Rassismus beinhaltet allerdings nicht nur eine abwertende Fremdzuschreibung, sondern auch eine einschränkende Selbstdefinition. Obwohl eine »deutsche« Linke in der gesellschaftlichen Situation davon profitiert, ist es falsch, einen selbstlähmenden Täter-Opfer-Gegensatz aufzumachen, sondern die Zurichtung von Menschen in rassistische Kategorien sollte bereits Anlass genug sein, sich aus den rassistischen Verhältnissen zu befreien.

Mitte der 80er Jahre fand erstmalig eine Auseinandersetzung innerhalb der Linken in der BRD mit dem Thema Rassismus statt. Die meist antiimperialistischen oder sozialrevolutionären Gruppen sahen Flüchtlinge und MigrantInnen als das neue revolutionäre Subjekt in Ablösung der Arbeiterklasse als Hoffnungsträger, als verlängerten Arm der Befreiungsbewegungen im Trikont und als Opfer der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung. Flüchtlinge galten zwar als politische Subjekte und PartnerInnen, wurden jedoch auch überhöht und instrumentalisiert.

Diese Sichtweise kehrte sich Anfang der 90er Jahre vor dem Hintergrund der rassistischen Pogrome und der de-Facto-Abschaffung des Asylrechtes um: Seitdem dominierte in der meist weissen, deutschen Antirabewegung ein instrumenteller Umgang mit Flüchtlingen, die meist nur als Opfer einer rassistischen Ausländerpolitik und des völkischen Rassismus wahrgenommen wurden. Entsprechend fand antirassistische Politik sowohl in Form von Flüchtlingshilfe und linker Sozialarbeit statt, als auch als Politik gegen den staatlichen Rassismus, aber nur selten gegen den Rassismus in der Bevölkerung. Versuche gemeinsamer Organisierung scheiterten im allgemeinen an mangelnder Vermittlung der unterschiedlichen Ansätze und Vorstellungen sowie am Paternalismus der »deutschen« AntirassistInnen. MigrantInnengruppen warfen ihnen vor, in rassistischen Denkmustern verhaftet zu sein und sich nur mangelhaft mit ihrem eigenen Rassismus auseinanderzusetzen.

Der antirassistische Blick auf das Objekt der Begierde bewegte sich in einem Spannungsfeld. Auf der einen Seite stand die unbedingte Solidarität und kritikloser Anerkennung der politischen Inhalte von Flüchtlingen und MigrantInnen. Ihnen sollte nicht die durch die rassistische Sozialisation geprägte deutsche Sichtweise aufgezwungen werden. Die andere Extremposition forderte die gleichen politischen Ziele und Methoden ein, ohne die spezifischen Voraussetzungen und Ansätze einzubeziehen und sich mit ihnen gleichberechtigt politisch auseinanderzusetzen. Dieses Spannungsfeld wurde fälschlicher Weise meist einseitig in Richtung einer dieser Extrempole aufgelöst, obwohl es immer neu ausgelotet und ausgehalten werden muss. Weder Paternalismus und Mitleid, aber auch nicht die Halluzination der gleichen Betroffenheit können eine ernsthafte Basis für antirassistische Politik sein.

Das Anti-Grenzcamp ermöglicht eine gemeinsame politische Zusammenarbeit zwischen »deutschen« AntirassistInnen und Flüchtlingen/MigrantInnen über eine Solidarisierung hinaus und jenseits von Paternalismus. Sowohl in der Organisierung des Camps als auch in der Woche selbst sind über eine bloße Teilnahme hinaus Selbstorganisationsgruppen und Flüchtlinge und MigrantInnen politisch eingebunden und präsent. In diesem Sinn gestaltet sich das Camp als Experimentierfeld für eine gleichberechtigte politische Zusammenarbeit und für eine Diskussion und Vermittlung unterschiedlicher politischer Vorstellungen. Das Camp bietet die Möglichkeit, die wechselseitig formulierten Ansprüche ernst zu nehmen und umzusetzen, und nicht zuletzt die politische Trennung von »deutschen« und »migrantischen« Gruppen aufzubrechen. Maßstab sollte hierbei nicht der Status (z.b. »Flüchtling«) sein, sondern gemeinsame politische Interessen: z.B. der Kampf gegen den rassistischen Konsens und die Politik in der BRD. Darüber hinaus ist ein solidarischer Bezug auf die Kämpfe der anderen möglich.

Grenzcamp goes Thüringen

Antirassismus heißt auf dem antirassistischen Camp nicht nur ein Nebeneinander und einseitiges Starkmachen deutscher Antiragruppen für die Interessen von Flüchtlingen, sondern bedeutet eine wirkliche Zusammenarbeit mit selbstorganisierten MigrantInnen, die zwingend notwendige politische Auseinandersetzung miteinander. Nur über diesen Ansatz kann längerfristig und über ein Anti-Grenzcamp hinaus eine kooperative politische Praxis erwachsen, unter der Voraussetzung, dass sie auf der Basis gemeinsamer politischer Ziele steht.

Ein Anspruch des Camps war von Beginn an, eine Stärkung der Gruppenstrukturen vor Ort, regional und bundesweit zu erreichen. An diesem Ziel ist auch in Thüringen anzusetzen. In Thüringen gibt es eine starke Selbstorganisierung von Flüchtlingsgruppen, die Zusammenarbeit zwischen ihnen und deutschen linken und linksradikalen Gruppen in der Region kann gestärkt, beziehungsweise eine Vernetzung von Flüchtlingen untereinander vorangetrieben werden. An bestimmte interne, auf dem Camp in Frankfurt/ Main begonnene Debatten soll angeknüpft werden, als Beispiele seien die Verschränkung von Sexismus und Rassismus, die Verzahnung von Herrschaftsverhältnissen am Thema Arbeit oder der Paradigmawechsel in der Einwanderungspolitik unter der rotgrünen Regierung genannt.

Ein Schwerpunkt des Camps wird einerseits auf der Lebenssituation der Flüchtlinge in den Heimen in Thüringen und anderswo, anderseits auf dem Kampf gegen die Residenzpflicht liegen. Die ZAST in Jena-Forst und das angegliederte Transitlager, wo etwa 400 Menschen unter knastähnlichen Bedingungen leben müssen, wird Ziel unserer Interventionen sein. Die Residenzpflicht beschränkt MigrantInnen in ihrer Bewegungsfreiheit, und somit in der Möglichkeit zur politischen Betätigung. Sie ist als innere Grenze Teil eines institutionalisierten Rassismus um Einwanderungsgesetze, Innerer Sicherheit und Kampf gegen den Terrorismus, und soll thematisiert und bekämpft werden.

Im Gegensatz zu Frankfurt/Main, dem letztjährigen Austragungsort des Camps, wird es wieder eine stärkere und nötige Konfrontation mit der Bevölkerung geben. Statt einer kulturell-rassistischen Bevölkerung, von der 20 bis 30% ohne deutschen Pass leben, erwartet die TeilnehmerInnen ein rassistischer Konsens, der sich, gepaart mit den nazistischen Strukturen und rechter Hegemonie, insbesondere auf die Lebensbedingungen der Flüchtlinge vor Ort auswirkt.

Das Camp in Thüringen, dass einerseits durchaus eine Rückkehr zu den Wurzeln der Campidee darstellt, soll andererseits nicht auf den Teilbereich Antira beschränkt bleiben. Wie schon die Jahre zuvor wird vorrangig das Herrschaftsprinzip Rassismus herausgegriffen, um darüber hinaus eine grundsätzliche Gesellschaftskritik zu üben und die Verbindung zu anderen Herrschaftsverhältnissen zu beleuchten. Besonderes Augenmerk beim Grenzcamp 2002 soll die Einwanderungsdebatte und die damit verbundene Diskussion um das kapitalistische Verwertungsprinzip sein. Gerade auch in Jena ist eine Trennung nach Nützlichkeitskriterien für den Wirtschaftsstandort Deutschland offensichtlich. Einerseits werden Flüchtlinge terrorisiert, stigmatisiert und unsichtbar gemacht, andererseits soll nach Überfällen auf ausländische Gastprofessoren eine Prise Antifaschismus das Image retten.

Verbunden mit dem Blick auf die Anschläge vom 11. September, nach denen der Kampf gegen den Terrorismus ausgerufen wurde, will sich das diesjährige Camp auch mit Krieg auseinandersetzen. In Thüringen werden sich unsere antimilitaristischen Aktionen exemplarisch gegen Jenoptik richten, die unter anderem militärisches Equipment produzieren. Die taktische Forderung nach einer Verbesserung der konkreten Lebenssituation von Flüchtlingen soll verbunden werden mit einer grundsätzlichen Gesellschaftskritik. Die konkrete Situation in Thüringen lässt die inhaltliche Ausrichtung des Camps mit verschiedenen Optionen offen. Letztendlich lebt das fünfte antirassistische Camp von der Vielfalt der politischen Ansätze und Ideen im linken bis linksradikalen Spektrum.●

Strawberry champagne for ever!
Für eine radikale Linke!
For free movement – smash capitalism!
Ninguna persona es ilegal!
Détruyez la societé bourgeoise !

summer:camp:action yesterday & today

Das antirassistische Grenzcamp wurde von Beginn an durch »kein mensch ist illegal« getragen, einer Kampagne, die 1997 von mehr als 30 Organisationen und Gruppen aus dem kirchlichen, gewerkschaftlichen und autonomen Spektrum ins Leben gerufen wurde.

Die TeilnehmerInnen der Camps waren und sind eine bunte Mischung aus Jung-, Alt-, Ex-Autonomen, Antifas, KampagnenaktivistInnen und Kulturlinken. Ihre Zahl stieg dabei über die Jahre kontinuierlich an. Kollektives Zusammenleben wurde erprobt, neue Aktionsformen getestet und linke Freiräume geschaffen. Das Camp war der Versuch der praktischen Verbindung von Antira und Antifa und steht auch aktuell noch für den Anspruch sowie die Schwierigkeit gemeinsamen politischen Handelns.

Aufgegriffen wurden Themen wie Festung Europa, Grenzen und deren Verlagerung nach innen und außen, die Entstaatlichung der Überwachung, Fluchthilfe, Denunziation, Abschiebung, Zuwanderungsgesetz, der Zusammenhang zwischen Weltwirtschaft und Migration.

Immer versuchte das Camp sich mit allen erdenklichen Mitteln einzumischen. Doch Aktionen waren nie der alleinige Schwerpunkt des Camps: inhaltliche Auseinandersetzungen um Sexismus und Rassismus, Strategiediskussionen für Antira und Antifa, später Debatten um Antiglobalisierung und Zuwanderungspolitik gaben und geben dem Camp ein theoretisches Fundament.

Im Sommer 1998 fand das erste Aktionscamp noch unter dem Kohl-Kabinett an der deutsch-polnischen Grenze in der Nähe von Görlitz statt. Schon allein das Stattfinden in dieser Region hatte einen großen Provokationseffekt, welcher durch oftmals nicht polizeilich angemeldete Happenings gesteigert wurde. Schwerpunkt bildeten Aktionen gegen die BetreiberInnen unmenschlicher Flüchtlingslager, die Kriminalisierung von TaxifahrerInnen und regionale (neo-)faschistische Strukturen.

Ein Jahr später wurden vereinzelt existierende Hoffnungen auf Veränderungen in Flüchtlings- und Einwanderungspolitik, die sich an den Regierungswechsel knüpften, enttäuscht. Nicht nur deshalb kamen zum Camp in Zittau dreimal so viele Menschen wie im Vorjahr. Sie blokkierten die BGS-Kaserne, brachten Nazi-Kader ans Licht der Öffentlichkeit und thematisierten den Begriff des Fluchthelfers.

Im Nachhinein gab es teilweise Enttäuschung über die zu kurz greifenden inhaltlichen Auseinandersetzungen zu bestimmten Themen. In Zukunft sollte der Schwerpunkt auch auf der Vernetzung der in- und ausländischen Gruppen und der breiten Diskussionen antirassistischer Themen liegen. Diese Forderung erfüllte sich 2000 in Forst (Brandenburg). Neben Aktionen gegen Residenzpflicht, ZAST, Nazistrukturen und rassistischen Alltag gab es verschiedene workshops, etwa zu Sexismus und Antisemitismus. Problematisch für das Camp war die partielle Vereinnahmung für ein »besseres Deutschland« im Zuge des Antifa-Sommers.

Nach drei Campjahren direkt an der ostdeutschen Außengrenze wurde 2001 als Ort das Rhein-Main-Gebiet und der Frankfurter Flughafen gewählt. Fokussiert wurde damit auf die »inneren Grenzen« des nationalen Grenzregimes. Mit mehr als 1.000 TeilnehmerInnen und Aktionen an Orten wie Börse, Flughafen und Hauptbahnhof wurden Flughafenverfahren, Internierungslager am Airport, Abschiebung, Zwangsarbeit und nazistische Strukturen thematisiert.

Trotz aller Vorsätze war das vierte Camp, wie seine Vorgängerinnen auch, ein überwiegend weißes, deutsches Camp. So findet in diesem Jahr bei der Vorbereitung des fünften antirassistischen Grenzcamps erstmalig eine wirkliche Zusammenarbeit mit selbstorganisierten MigrantInnen statt. Ein Erfolg der antirassistischen Grenzcamps ist ihre Internationalisierung. Nachdem im vergangenen Jahr in verschiedenen Ländern, wie Spanien, Slowenien, Polen und Mexiko die Zelte aufgeschlagen wurden, schließt sich an Thüringen das europaweite Camp mit antirassistischer und antikapitalistischer Ausrichtung bei Strasbourg vom 19. bis 28. Juli an. Eine Karawane wird die beiden Camps verbinden. Das vom europaweiten noborder Netzwerk organisierte Camp soll Entwicklungen im Bereich Innere Sicherheit, eine am Arbeitsmarkt orientierte Migrations- und Asylpolitik, sowie den Gegensatz zwischen Bewegungsfreiheit und Grenzen aufgreifen. Ein Interventionspunkt des noborder-actioncamps ist das Schengen Informationssystem, in dem die Sondererfassung unerwünscher Menschen auf Europaebene vorgenommen wird. Dagegen ist für den 27. Juli eine über die TeilnehmerInnen des Camps hinausgehende Demonstration geplant.

Für das fünfte antirassistische Camp stellte sich die Frage, wie es an den Erfolg des vergangenen Jahres anknüpfen will und kann. Die Entscheidung des bundesweiten Vorbereitungskreis fiel auf Jena. Zweifel an der unbedingten Zusammenarbeit mit Flüchtlingsgruppen, weil diese nicht per se linksradikal ist, und die vermeintlich alleinige Fokussierung auf Antirassismus führten dazu, dass die KritikerInnen zu den »Land in Sicht – ordnungswidrige Aktionstage« vom 16. August in Hamburg aufrufen. Diese sollen nicht nur ein antirassistisches Event, sondern auch der Kampf für eine glückliche und befreite Gesellschaft sein. Angelehnt an die Entwicklungen um Schill soll kurz vor der Bundestagswahl der als Anti-Kriminalitätsdiskurs getarnte Rechtsextremismus einen tragenden Inhalt darstellen.

Auf den antirassistischen Camps fanden immer inhaltliche Auseinandersetzungen statt. Dabei konnte das vorhandene Bedürfnis nach Vertiefung teilweise nicht befriedigt werden. Anknüpfend an die crossover-Konferenzen in Bremen und Berlin sollen diese Diskussionen, wie zum Beispiel jene über die Verschränkung von Herrschaftsverhältnissen, weitergeführt werden. Gruppen aus verschiedenen Ländern organisieren in diesem Zusammenhang das crossover summer camp vom 03. bis 10. August bei Cottbus. Das Programm für das Camp umfasst politische Aktionen, Performances, Diskussionen, Theorieworkshops.●

Grenzcamps 2002

Gleich vier Termine für antirassistische Grenzcamps in diesem Jahr.
12. bis 19.7.2002: Jena (Thüringen)
www.nadir.org/camp02
19. bis 28.7.2002: europaweites antirassistisches und antikapitalistisches Actioncamp in Strasbourg (Elsaß)
www.noborder.org
3. bis 10.8.2002: Crossover Summer Camp in der Nähe von Cottbus
www.summercamp.squat.net
Vom **16. bis 22.8.2002** finden die »Land in Sicht-Tage« in Hamburg statt (http://www.nadir.org/landinsicht), bei denen es schwerpunktmäßig um Rechtspopulismus in Europa gehen soll.

KOLLEKTIVBÄCKEREI WEBER: WAS GIBT'S NEUES VON SAID – ODER:

»Ausschließlich betriebliche Gründe ...«

Im Februarheft von CONTRASTE wurde ja ausführlich über unseren Bäckergesellen Said Muhammed berichtet. Dies hier ist nun ein Stück Fortsetzung der Geschichte – und auch der Versuch, so was wie eine »Initiative der durchs Ausländergesetz geschädigten Betriebe« anzuleiern. Denn unser Eindruck ist inzwischen, dass es einige Betriebe gibt, denen es ähnlich ging oder geht wie uns.

Said Muhammed darf nur noch symbolisch Hand in der Bäckerei anlegen, auch wenn das Kollektiv dringend auf seine Arbeitskraft angewiesen ist

Foto: Pavlovic

Klaus Dernbecher, Winnenden ● Said Muhammed, Asylbewerber aus Togo, seit fast zehn Jahren in Deutschland, seit vier Jahren in unserer Bäckerei, inzwischen Bäckergeselle: Sein Asylantrag ist abgelehnt, er soll nun wieder nach Togo abgeschoben werden. Zu diesem Zweck haben die Behörden seit November letzten Jahres begonnen, Daumenschrauben anzulegen in Form eines Arbeitsverbotes. Dieses Arbeitsverbot konnte für eine gewisse Zeit durch einen Widerspruch ausgesetzt werden. Dieser, unser Widerspruch wurde abgelehnt. Gegen diese Ablehnung haben wir Klage eingereicht. Die geht vor das Verwaltungsgericht und kostet auch schon Geld, aber immerhin hat auch diese Klage wieder die Wirkung, das Arbeitsverbot auszusetzen – bis zur nächsten Ablehnung. Denn die Rechtslage ist düster, und so besteht unsere einzige Chance wohl darin, soviel unangenehmen Staub aufzuwirbeln und die Öffentlichkeit auf eine Weise zu mobilisieren, dass sich vielleicht auch in einer Ausländerbehörde etwas bewegt.

Die Unmenschlichkeit des Ausländerrechts ist natürlich kein Argument, das im Innenministerium irgendein Gewicht hätte. Was aber vielen, auch konservativ eingestellten Menschen an diesem Fall spontan aufstößt, ist der Gesichtspunkt, dass solche Arbeitsverbote und Abschiebungen die Gesellschaft Geld kosten, indem sie zum einen aus einem steuerzahlenden Bäcker einen almosenempfangenden Asylanten machen (natürlich nur bis zur Abschiebung ...) – und indem die betroffenen Betriebe durch den Verlust der Arbeitskraft geschädigt werden. Denn oft – wie z.B. auch bei uns – ist auf lange Sicht kein Ersatz zu finden, kein deutscher, und schon gar kein gleichwertiger.

Unser Widerspruch gegen Saids Arbeitsverbot wurde vom Regierungspräsidium Stuttgart mit folgender Begründung abgelehnt: Für die Weiterbeschäftigung gäbe es keinerlei öffentliches Interesse – weder regionaler, arbeitsmarktpolitischer oder wirtschaftlicher Art. Es sei ein »ausschließlich betriebliches« Interesse an der Weiterbeschäftigung von Said Muhammed zu sehen. (Es gibt offensichtlich kein wirtschaftliches Interesse daran, dass ein Handwerksbetrieb ausreichend Arbeitskräfte hat ...)

Im Laufe der letzten Monate haben sich bei uns spontan mehrere Betriebe gemeldet, denen es genauso ging wie uns – die also das offenbar völlig belanglose, rein betriebliche Interesse hatten, einen guten Mitarbeiter weiter zu beschäftigen, den dummerweise das Ausländeramt nicht mehr hier in Deutschland sehen wollte. Wir glauben, es gibt noch mehr solcher Fälle – und jeder für sich kämpft fast immer vergeblich gegen diese Maschinerie. Aber wenn wir das bündeln könnten – wenn da vielleicht fünf oder zehn Betriebe an die Öffentlichkeit gehen, und auf's Ministerium zutreten: das hätte ein anderes Gewicht (und aus den »ausschließlich betrieblichen Gründen« würden vielleicht sogar »wirtschaftliche Interessen«, die auch einem Herrn Innenminister nicht mehr gleichgültig sein können. Deshalb unsere Frage an Euch: Wer von Euch hat das gleiche Problem – und möchte was dagegen tun? Oder kennt einen Betrieb, wo gerade so was läuft?●

Dann bitte melden beim Kollektiv Bäckerei Weber, Ringstr. 48, D-71364 Winnenden; (0 71 95) 6 16 92; Fax 6 53 38 (Klaus Dernbecher)

Neuigkeiten aus der Kommuneszene

Leh, Berlin ● Etwa sechzig KommunardInnen aus 18 linken, politischen Kommunen (rund um die Zeitschrift »Kommuja«) haben auf ihrem Jahrestreffen im Wendland vom 30. Mai bis zum 2.Juni eine »Erklärung zum internationalen Antikriegstag am 1.September 2002« verabschiedetet. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

STOPPT DEN KRIEG – ÜBERALL

»Auf dem Kommunetreffen am 30. Mai bis 2. Juni 2002 haben wir beschlossen, unsere Antikriegshaltung durch gemeinsame Aktionen am 1. September, dem internationalen Antikriegstag, zum Ausdruck zu bringen.

Die Kommunebewegung hat unter anderem zum Ziel, durch gemeinsames Wohnen und Arbeiten, dem Versuch einer gemeinsamen Ökonomie und durch Ablehnung kapitalistischer, sexistischer und rassistischer Strukturen auch im praktischen Alltag eine herrschaftsfreie, solidarische Gesellschaft aufzubauen und ein friedliches Zusammenleben – auch auf internationaler Ebene einzuüben.

In allen Kriegen, die vorwiegend von Männern geführt werden, sind die Zivilbevölkerung und dort Kinder und Frauen die Hauptleidtragenden.

Krieg und Kriegsbeteiligung Deutschlands und auch anderer Länder, lehnen wir als Mittel von Konfliktlösung grundsätzlich ab!

Wir entlarven Krieg als das, was er ist, Mittel um wirtschaftliche Interessen durchzusetzen und Ausbeutungsverhältnisse aufrecht zu erhalten.

STOPPT DEN KRIEG – ÜBERALL«

Wir schlagen vor, dass sich alle Kommunen am 1. September durch eine Aktion, Theater, Veranstaltungen oder Transparenten beteiligen und dieser Protest gegen Kriege in regionalen Presseerklärungen, sowie Mitteilungen an andere Zeitungen unterstützt wird. Wir halten eine Beteiligung der regionalen Bevölkerung und bestehender Antikriegsgruppen für sinnvoll.

Weitere Vorschläge für Presseerklärungen, die unsere Antikriegshaltung unterstützen, und als Vorlage zur Veröffentlichung in den regionalen, alternativen Zeitungen verwendet werden, können an das Wohnprojekt Zorrow geschickt werden. (Kontakt: Wohnprojekt Zorrow, Grüntaler Str.38, D-13359 Berlin, mailto: leh@zorrow.de)

Kommunetreffen vom 30. Mai bis 2. Juni in Karmitz

Das viertägige Treffen, das überwiegend dem alljährlichen, eher »familiären« Austausch dient, erarbeitete ebenfalls das Konzept für eine neuerliche Informationsreise (Kommune-Infotour, vgl. CONTRASTE Nr. 211 vom April 2002) für das kommende Frühjahr. Die Tour soll voraussichtlich durch den Südwesten der BRD und anschließend nach Basel und Zürich gehen.

Für den Herbst ist auch ein Wechsel in der Redaktionsmitarbeit bei CONTRASTE angepeilt. Die langjährige Redakteurin Elisabeth Voss wird das Ressort »Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften« abgeben an eine kleine Redaktionsgruppe, die sich ebenfalls auf dem Kommunetreffen zusammenfand. Näheres zum neuen Redaktionskonzept werden wir dann im Herbst in dieser Zeitschrift veröffentlichen.●

Überfall auf AKTION 3.WELT Saar

In letzter Zeit verstärkt Drohungen wegen Einsatz für Familie Özdemir

Ein Schaufenster des Weltladens der AKTION 3.WELT Saar in Losheim wurde in der Nacht von Freitag auf Samstag, 6. Juli, um 1.52 Uhr eingeworfen. Die mutmaßlichen Täter flüchteten auf einem dunkelfarbenen Motorroller mit niedriger Kubikzahl. Gefahren wurde der Roller von einer Frau. Während die Fahrerin ein ärmelloses, helles T-Shirt sowie einen Helm trug, hatte der Beifahrer keinen Helm auf. Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen. Ein Mitarbeiter der AKTION 3.WELT Saar war zur Tatzeit im Haus anwesend. Der Vereinsvorstand wird Strafanzeige stellen.

Die AKTION 3.WELT Saar hat sich zuletzt vorwiegend zu zwei Themen öffentlich geäußert. Sie bezog Stellung gegen den aufkommenden Antisemitismus im Nahostkonflikt und in der Möllemann Debatte. Zweiter Schwerpunkt waren die Proteste für die Rückkehr der Familie Özdemir sowie gegen die versuchte Abschiebung von Tahsin Özdemir aus der Psychiatrie in Merzig am vergangenen Montag (1.7.). Diese Abschiebung hat zu einer öffentlich ausgetragenen, kontroversen Diskussion zwischen dem Unterstützerkreis der Familie Özdemir und den Klinikärzten mit dem saarländischen Innenministerium geführt.

Da es in der letzten Zeit mehrere Drohanrufe gegenüber der AKTION 3.WELT Saar gab und im Gästebuch auf der Internetseite der Fam. Özdemir gehäuft Verleumdungen auftraten, geht der Vorstand davon aus, dass die Täter politische Motive hatten.

Wer die AKTION 3.WELT Saar unterstützen möchte, kann Geld spenden oder Mitglied werden.
Spendenkonto: Postbank Saarbrücken, Konto Nr. 1510 663, BLZ 590 100 66.●

ABI STATT LERNEN IM HAMSTERRAD

ABI – was sonst?

In der Bildungspolitik gibt es ein uralt neues Thema: Die Bildungsmisere, aufgedeckt und aufgeschreckt durch die sogenannte PISA-Studie, bringt nicht nur den deutschen Standort in Gefahr. Nicht wird gefragt, was dient den Menschen, sondern was dem Staat.

Hier ist nun ein (weiterer) Versuch von links den etablierten Standort-Erziehern etwas entgegen zu setzen:

Gerhard Kern, Morbach ● Das »Sozialpolitische Projekt – Behinderte und Nichtbehinderte in Selbstverwaltung –, Dörrwies e.V.« möchte mit dem ABI für Alle beginnen. Abwechslungsreich, den Anforderungen eines modernen und guten Lebens entsprechend soll Lernen und Arbeiten gestaltet werden. Der Entwurf spricht Menschen an mit dem Willen ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen und herauszufinden in welcher Branche sie tätig werden wollen; Lust am Lernen, Leben und Arbeiten könnten ein Motto für diese Zeit sein. Angeknüpft werden soll an die Ideale humanistischer Bildung und der wandernden Gesellen, um einen Weg aus der nicht mehr zeitgemäßen Schmalspurberufsausbildung aufzuzeigen.

ABI steht für Alternative Bildungs-Initiative und beginnt mit einer Studentin, einem Studenten oder Auszubildenden jenseits der Berufsschulpflicht. Ein Wanderstudium soll über drei Jahre gehen und den Lernenden in mehrere Tätigkeiten und Theorien einführen. Der oder die Lernende organisiert dieses Studium mit Beratung durch Mitarbeiter des Dörrwies e.V. völlig selbstständig. Es ist seine Aufgabe, im Rahmen des ausgehandelten Programms die Stätten der Tätigkeit oder auch des theoretischen Studiums aufzufinden und die Kontakte bis hin zur Vereinbarung auszuarbeiten.

Die ABI-PartnerInnen sind Kommunen, Kollektive und (freie)Schulen, aber auch Einzelpersonen mit linkem politischen Anspruch und Betriebe.

So kann durchaus der Hochschulprofessor oder die Professorin ein/e mögliche/r Partner/in sein. Für diese entstehen Kosten für Unterkunft und Verpflegung und einem kleinen Taschengeld (nach Vereinbarung und Möglichkeit). Weiter muss die gesetzliche Krankenversicherung aufgebracht werden. Für den Anfang übernimmt das der Dörrwies e.V. aus eigener Kraft. Im weiteren Verlauf wird die Einsicht in die Notwendigkeit einer solchen Innovation hoffentlich andere GeldgeberInnen motivieren, dies ebenfalls zu unterstützen.

Der programmatische Verlauf soll etwa folgendermassen aussehen: Das ganze Studium ist völlig selbst organisiert und schließt mit einer selbst erstellten Dokumentation in Buchform ab. Jede Phase wird von den jeweiligen »Ausbildern« mit einem entsprechenden »Diplom« beendet. Der »Student« soll die Kontakte zu seinen zukünfigen Ausbildungsstätten selbst (mit Unterstützung durch seine Ausbildungspersonen) suchen.

In den drei Jahren sollten sowohl handwerkliche, landwirtschaftliche und natur+geisteswissenschaftliche Elemente vermittelt werden. Wichtig ist auch die theoretische Unterrichtung in gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen. Hiermit sind Kenntnisse über die sozialistische Geschichte bis zur Gegenwart gemeint. Zusätzlich sollen Kenntnisse in politischen Aktionsformen (Demonstrationen, Wahlen, Veranstaltungen) vermittelt werden. Andere Wünsche können berücksichtigt werden. (Sprachen, Ausland)

Lehrplan:

- Anlernen im jeweiligen Tätigkeitsfeld der Kommune, des Kollektivs, der Schule, des Lehrers oder der Lehrerin;
- Künstlerische Tätigkeiten;
- Historie – Entwicklung der Gesellschaften bis heute;
- Sozialismus (Marxismus, Anarchismus, Liberalismus);
- Globalisierung – Ökonomiekritik – Alternativen zum Kapitalismus;
- Politische Aktionsformen: Parteien, Gruppen, APO, Gewerkschaftsarbeit, Streik, Generalstreik, Flugblatterstellung, Internet, Theater, Demonstrationen, (gewaltfreier) Widerstand, juristische Formen des Widerstandes, etc.;
- Philosophie: Grundlagen (griechische, chinesische) und neuere philosophische Entwicklungen;
- Unfallschutz: Grundlagen des Unfallschutzes im jeweiligen Betrieb;
- Erste Hilfe-Lehrgang: jährliche Teilnahme an einem Erste Hilfe Lehrgang;
- Tagebuch bis zur Fertigstellung des Buches: Das Tagebuch soll Notizen enthalten, Bescheibungen von Erfahrungen und Lehrinhalten, Vorträgen und eigenen Schlussfolgerungen. Dieses Tagebuch wird im letzen Halbjahr zur Grundlage eines Buches, welches als Diplom der dreijährigen Ausbildung von den Ausbildern zertifiziert wird.

Im Ergebnis sollte der Gebildete seinen nächsten Schüler oder die Schülerin einführen und anschieben.....●

Kontakt: Dörrwies e.V., Dörrwiese 4, D-54497 Morbach, Tel. (0 65 33) 9 37 30, E-Mail: egalite@aol.com

2. Europatreffen des PGA-Netzwerks

PGA ist ein weltweites Netzwerk, das auf eine nachhaltige, friedliche Alternative ohne Grenzen und in direkter Demokratie zum Kapitalismus und zu allen Unterdrükkungssystemen hinwirkt. Movimento de Resistencia de Global (Bewegung des Weltweiten Widerstands – MRG-Catalunia) und das Eurodusnie-Kollektiv (Leiden, Niederlande) sind die europäischen Gastgeber des kommenden Treffens. MRG und das Eurodusnie-Kollektiv rufen die verschiedenen europäischen Sozialen Bewegungen, welche sich den Grundsätzen des Nezwerks PGA verbunden fühlen, dazu auf, sich vom 31. August bis zum 4. September in Leiden (Niederlande) zur Zweiten Europäischen PGA-Konferenz zusammenzufinden.

Die Konferenz erstreckt sich über fünf Tage, sowie jeweils ein Tag für An- und Abreise. Während der fünf Tage sind nur wenige Vollversammungen vorgesehen, aber viele verschiedene kleinere Treffen werden an verschiedenen Orten abgehalten. Wir zählen darauf, dass die TeilnehmerInnen den Inhalt des Programmes aktiv mit vorbereiten. Wir, die Gastgeber der Konferenz und ihrer Teilnehmer, werden hauptsächlich damit befasst sein, eine gute, unterstützende Logistik beizusteuern: Schlafplätze, Mahlzeiten, Konferenzräume, Kulturprogramme und Koordination zwischen den verschiedenen Programminhalten. Wir wollen außerdem einen Computer-Arbeitsraum und ein Indymedia Center einrichten.

Postdresse: PGA Workgroup/Eurodusnie, Postbus 2228, 2301 CE Leiden, The Netherlands
Telefon/Fax : +31 (0)71 5173019

BERLIN: PROJEKTWERKSTATT AUF GEGENSEITIGKEIT

Entschärfung des Privat-Eigentums

Die Veränderungen der Stiftungs-Gesetzgebung in 2000 haben zur Einrichtung zahlreicher, neuer Stiftungen geführt. CONTRASTE hat bereits einige Stiftungen vorgestellt, die bei der Finanzierung politisch und sozial orientierter Projekte hilfreich sein wollen.
In Berlin hat eine Gruppe von 20 Personen im vergangenen Jahr den Versuch gestartet, eine Projektwerkstatt zur Entwicklung von Wohnprojekten mit den Strukturen einer Stiftung zu kombinieren.
In der »Projektwerkstatt auf Gegenseitigkeit« sollen sich Wohngruppen dabei helfen, sich zu formieren und Räume zu erschließen – ohne dabei private EigentümerInnen von Haus und Grund werden zu müssen.

Die Gründerinnen und Gründer der Projektwerkstatt auf Gegenseitigkeit haben langjährige Erfahrung in kollektiven Arbeits- und Wohnprojekten. Neben viel Freud, Schweiß und Tränen ist in unserer Erinnerung ein von uns nicht bewältigtes Problem unserer Projekte haften geblieben:

Zwar war es uns mehr oder weniger gelungen, den Umgang mit dem Eigentum an unseren Betrieben und Lebensorten zu demokratisieren. Zwischen uns zählten die Stimmen der Menschen. Die Stimmen waren, zugegeben, unterschiedlich laut und einflussreich – aber, sie waren an die Personen gebunden und nicht an den Besitz von Kapitalanteilen, Produktionsmitteln oder Häusern.

Nicht gelungen war es uns jedoch, das Eigentum an unseren Projekten zu neutralisieren. Spätestens bei der Auflösung der Gruppen fiel das Eigentum der Projekte den Verbliebenen auf die Füße. Immer wieder kam es zu Zerwürfnissen über die Reprivatisierung und Aneignung des mit den Jahren gestiegenen Betriebsvermögens oder -verlustes.

Unsere Arbeitsweise

In unserer Projektwerkstatt machen wir nun endlich Anstalten zur Entschärfung des Eigentums: Hier können von Interessierten aus der Region Wohn- und Lebensprojekte entwickelt werden. Dafür hat sich eine Gruppe von erfahrenen FachberaterInnen gebildet. Diese begleiten die Projekt-Interessenten auf Wunsch bis zur Verwirklichung ihres Projekt-Vorschlages. Es wird Unterstützung bei der Gruppen-Entwicklung, in bautechnischen Fragen und bei der Gestaltung der Finanzierung angeboten.

Als Instrument zur Neutralisierung von Eigentum wurde im Rahmen der Projektwerkstatt die »Stiftung für dissidente Subsistenz« (SDS) ins Leben gerufen. Die gemeinnützige Stiftung sammelt Zuwendungen von UnterstützerInnen. Zuwendungen können in Form regelmässiger Beiträge, durch Übertragung von Vermögenswerten und das Abtreten von Immobilien geleistet werden. Aus den Mitteln der Stiftung werden Gebäude und Grundstücke angeschafft, die an Wohnprojekte zur Nutzung verliehen werden.

Besonderheit: Leihe

Mit der Ausleihe von Immobilien versucht die Stiftung eine bisher wenig genutzte Form der Nutzungs-Überlassung umzusetzen. Die Leihe begründet weder Eigentums- noch Mietverhältnis und schafft auch kein bürgerliches Schuldverhältnis. Stattdessen verpflichten sich die NutzerInnengruppen zur Hilfestellung für weitere NutzerInngengruppen bei der Stiftung mitzuarbeiten und diese zu fördern.

Die Ausleihe von Gebäuden und Grundstücken bei der Stiftung wurde von uns als ein tragendes Element der Eigentumsneutralisierung konzipiert: Wer nutzt wird nicht EigentümerIn. Auf der anderen Seite entscheiden nicht die GeldgeberInnen, sondern ein Rat aus Projekten über die Ausleihe: Für Mittel, die der Stiftung unwiderruflich zur Verfügung gestellt werden, geben die Fördernden Eigentum und Verfügungsgewalt auf.

Unsere Ziele: Mit der Aufgabe von Eigentumswerten sollen diese dem allgemeinen Akkumulations-Kreislauf entzogen und damit den Ressourcen des Fonds für die Entwicklung und Gestaltung von Projekten hinzugefügt werden.

Bekanntlich erfordert der Aufbau von Projekten mit demokratischen und kollektiven Strukturen immer einen erheblichen, zusätzlichen Aufwand an Zeit, damit die notwendige Transparenz und emanzipierende Gestaltung von Entscheidungsprozessen überhaupt hergestellt werden kann. Wir versprechen uns durch die Projektwerkstatt auf längere Sicht eine Kosten-Entlastung für Projekte, die sich den hohen Aufwand des Erlernens kollektiver Lebensgestaltung leisten.

Wir wünschen uns, dass es uns gemeinsam gelingt, unsere Kooperationsfähigkeiten weiterzuentwickeln und damit ein Leben in »dissidenter Subsistenz« für mehr Menschen attraktiv zu machen.

Anregende Praxis

Über die strukturell bereits angelegte Notwendigkeit der Zusammenarbeit und des gemeinsamen Entwickelns von Projekten hinaus, wurde für die Projektwerkstatt ein Selbstverständnis entwickelt, dass die üblichen Interessengegensätze mit aktiver Balance bewältigen will.

Aktive Balance versucht, die Reduktion von Kontrahenten auf ihre Gegensätzlichkeit innerhalb von auftretenden Konflikten zu vermeiden. Das verlangt von den TeilnehmerInnen von Gruppenprozessen vor allem auch, sich selbst nicht auf eine starre, übernommene Rolle zu reduzieren. Wir sehen Projektgruppen, auch uns selbst, als eine Art Interessen-Mobile. Die ursprüngliche, oft nur vermeintliche, Balance der gemeinsamen Zielsetzung muss im Alltag permanent wieder neu herausgefunden und hergestellt werden. Wir verlangen von uns selbst also die Bereitschaft, unsere Gewichte bei Bedarf so zu verlagern, wie unsere gemeinsame Zielsetzung und die jeweils aktuelle Gruppen-Situation es erfordern.●

Kontakt:
Projektwerkstatt auf Gegenseitigkeit, Liegnitzer Str. 18, D-10999 Berlin, Tel. (0 30) 61 28 62 24, Fax 61 28 62 04
Bürozeiten: Dienstag und Donnerstag, 10.00 bis 14.00 Uhr
E-mail: projektwerkstatt@gegenseitig.de
Web: www.gegenseitig.de

Sommer-Gala 2002: Arbeit, Arbeit, Arbeit – und was uns sonst noch zum Glück fehlt

Liebethaler Sommerakademie zum Stellenwert von Erwerbsarbeit in unseren Lebensläufen mit der Ausstellung »Arbeit auf Teufel komm raus« von abfallGUT Dresden & Bildungswerk Weiterdenken im Begleitprogramm
4. bis 8. September 2002

Zur Diskussion

Arbeit, Arbeit, Arbeit – wir können es schon nicht mehr hören ..., aber wovon sollen wir denn sonst leben?

Was hat diese immer rationellere Industriemaschine nur aus uns gemacht? Auf wendige Hand- und Denkgriffe dressierte Arbeitstierchen, individualisiert und flexibel an der Leine weniger global player.

Wo aber gehen wir hin, wenn uns – endlich(?) – die alte Arbeit ausgeht, oder immer mehr Anpassungsleistungen von uns erpresst?

Manchmal ist da eine Ahnung, dass es etwas anderes gibt, ein Leben jenseits von Erwerbsarbeit und -streben.

Schwerpunkt der diesjährigen Sommerakademie ist unser Verhältnis zur Erwerbsarbeit, wie sie für die Lebensweisen im 20. Jahrhundert typisch war. Wir wollen dabei die individuellen Erwerbsbiografien und -wünsche der TeilnehmerInnen in Beziehung setzen zu Entwicklungstendenzen der Arbeitswelt. Dabei suchen wir vor allem nach praktischen Ansätzen für eine allmähliche Ablösung von durch Erwerbsarbeit dominierten Lebensweisen – welche Übergänge sind denkbar zu mehr selbstbestimmtem Tätigsein, mehr Existenzsicherheit in wohlhabenden Gesellschaften, mehr Gemeinschaftlichkeit in einer angeblich individualisierten Gesellschaft, zu lokaler, solidarischer und menschlicher Ökonomie? Ansätze aus Projekten der »Neuen Arbeit« oder des Gemeinschaftswohnens und -arbeitens werden in ihrem theoretischen Gehalt und den praktischen Wirkungen diskutiert.

Die Sommerakademie setzt die GALA-Tradition der Arbeitswochenenden fort und will zugleich weitere an der Thematik Interessierte, vor allem also von Erwerbsarbeit und Erwerbslosigkeit Betroffene zu Gesprächen über »Arbeit in unserem Leben« einladen. Damit greifen wir auch die Ergebnisse der bundesweiten Werkstatt NEUE ARBEIT - NEUE ÖKONOMIE vom September 2001 in Dresden auf. Neben Gesprächsrunden und Vorträgen mit Diskussion können Videos zum Thema besichtigt und der persönliche Austausch beim Töpfern oder Spazierengehen in der reizvollen Umgebung der Wesenitz gepflegt werden. Deshalb ist die Teilnehmerzahl auf 20 Personen begrenzt.

Vorschau auf das Programm

Mi. 4.9. Prolog: Was die Arbeit aus uns macht
bis 16 Uhr Ankommen in Liebethal
16 Uhr: Eröffnung der Ausstellung »Arbeit auf Teufel komm raus« mit Stehkaffee/Tee
nach dem gemeinsamen Abendessen: Doping durch Arbeit? Wir erzählen uns unsere »Erwerbsbiografien – Gespräche im Sommergarten«

Do.5.9. Neue Arbeit – lokale Ökonomie
9.30-12.30 Uhr: Umsonstläden – praktische Kritik der Warenwelt und unserer Lebensstile? Erfahrungen aus Hamburg und anderen Städten (Arbeitskreis Lokale Ökonomie e.V., Stadtteilladen »Neue Arbeit Ottensen«)
15 Uhr: Arbeit – Regionalentwicklung – lokale Ökonomie. Podiumsdiskussion mit Vertretern des Landkreises Sächsische Schweiz, des Arbeitsamtes und aus Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten
abends: Tun mit Ton – Töpfern in der Werkstatt des Liebethaler e.V. mit Siegrun Budnick

Fr. 6.9. Aus dem »Arbeitstakt kommen – Leben in Übergängen«
9.30-12.30 Uhr: Von Übergangsarbeitsmärkten und Passagen zwischen verschiedenen Tätigkeitsformen. Fortschreibung der traditionellen Arbeitsgesellschaft oder Chance zu mehr Selbstbestimmung? Vorträge und Diskussion u. a. mit Reinhard Röder (Institut für Neue Arbeit/Sozialistische Selbsthilfe Mühlheim)
15 Uhr: Wanderung zur Daubemühle im Liebethaler Grund
abends: »Autopsie eines Selbstmordes« Filme zum Thema

Sa. 7.9. Gemeinschaftlich leben – solidarisch wirtschaften
ab 9.30 Uhr: Warum denn in die Ferne schweifen? Projekte des gemeinschaftlichen Wohnens und Arbeitens in Sachsen zu ihrer Perspektive und Attraktivität als »Lebensform« – Lebens-Gut Pommritz, Liebethal ...
ab 15 Uhr: emanzipatorische »Bildungsangebote für eine selbstbewusste Planung der Erwerbsbiografie und gegen Arbeitszwang?« Diskussion zum GALA-Themenschwerpunkt Bildung (Carsten Ungewitter, Dresden/Jena)
abends. Nicht Showdown, sondern Check-up: Nichtarbeitsbiografie – schon vor der Rente? Gespräche am Lagerfeuer oder am (erfrischenden) Lehmofen zu unseren persönlichen Passagewünschen und -erfahrungen abseits von Erwerbsarbeit

So.8.9. Existenzsicherung ohne Erwerbsarbeit?
ab 9.30 Uhr: Willkommen im Jahrhundert der Parasiten? Diskussionsrunde zum GALA-Themenschwerpunkt Existenzsicherung (Ronald Blaschke, Dresden)
nach dem Mittagessen: Epilog: Was wir aus der Arbeit machen Abschluss, Feedback, Abschied und Verabredungen

Gala arbeitet seit 1999 als Gruppe aus Dresden und Umgebung, deren Aktive in verschiedenen Gemeinschaftswohn- & Neue Arbeit-Projekten engagiert sind.
Gala ist für Leute mit Pioniergeist da, die gemeinsam mit ähnlich Motivierten den Sprung in neue Lebens- und Arbeitsformen wagen wollen.
Kontakt über SIGUS e.V., Liebethal 51, D-01796 Pirna,
Tel: (0 35 01) 57 83 55 (Peter Müller)
oder (03 51) 810 60 63 (Carsten Ungewitter)
Fax: (0 35 01) 57 83 54
E-Mail: kontakt@gala-dresden.de oder sigus-CasaLina@t-online.de
Internet: www.gala-dresden.de

Bürgerrechtler und Künstler rufen auf

Volksabstimmung wählen

Der Omnibus für Direkte Demokratie ist täglich auf Marktplätzen und in Fußgängerzonen für die Einführung der Volksabstimmung unterwegs.
»Immer mehr Menschen wollen das eigenmächtige Treiben der Parteien nicht mehr mit ihrer Stimme legitimieren,« berichtet Brigitte Krenkers, Geschäftführerin des Omnibus von ihren Erlebnissen. Selbst treueste Wähler kämen ins Zweifeln über die Kompetenzen der Parteien.
Stummes Nicht-Wählen sei aber sinnlos. Deshalb sammelt der Omnibus nun die Stimmen der Nichtwähler, um sie für die Einführung der Volksabstimmung zu bündeln. Brigitte Krenkers: »Wenn Sie nicht mehr wählen wollen, dann schicken Sie dem Omnibus für Direkte Demokratie Ihre Wahlbenachriftungskarte«.

Thomas Mayer (Omnibus) ● Die Aktion richtet sich auch an Wähler. Wer wählen will, solle seine Stimme nicht bedingungslos abgeben, sondern den Abgeordneten oder die Partei dazu verpflichten, sich für faire Volksabstimmungen einzusetzen. Das Motto lautet »Stimmabgabe nur mit Volksabstimmung.« Der Omnibus hat entsprechende Absichtserklärungen vorbereitet.

Zur Aktion »Volksabstimmung wählen« rufen Künstler wie der Liedermacher Reinhard Mey und der Entertainer Christoph Schlingensief und Bürgerrechtler wie die Autorin Freya Klier, der Pfarrer der Nikolaikirche Leipzig Christian Führer und Hans-Jürgen Fischbeck auf.

Im Juni 2002 lehnte der Bundestag in Berlin die Einführung von bundesweiten Volksbegehren und Volksentscheiden ab. Die Grünen und die SPD hatten einen Gesetzentwurf eingebracht, CDU/CSU und FDP war aber dagegen, so daß die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit nicht zustandekam. Somit bleibt die Ausübung der »Staatsgewalt« durch das Volk darauf beschränkt, im starren Rhythmus der Legislaturperioden Parteien anzukreuzen. »Doch die Parteien sind so in ihren Eigeninteressen verstrickt, daß wir uns nicht zu wundern brauchen, wenn wir in den großen Fragen der Zeit nicht weiterkommen«, sagte Werner Küppers, der Busfahrer, der den Omnibus das ganze Jahr hindurch begleitet. »Die gewählten Repräsentanten können bestenfalls den Status quo verwalten. Die entscheidenden Impulse für die gesellschaftliche Entwicklung müssen vom Souverän (d.h. von uns allen) gegeben und vor allen Dingen auch verantwortet werden. Dafür brauchen wir die Volksabstimmung!«

In der Bevölkerung gibt es eine stabile und parteienübergreifende Mehrheit für Volksabstimmungen. Eine Umfrage des Forsa-Instituts im September 2000 hat ergeben, daß die Frage »Sind Sie für Volksabstimmungen?« von 77% der SPD-Wähler, 68% der CDU-Wähler, 69% der Grünen-Wähler, 75% der FDP-Wähler und 75% der PDS-Wähler mit Ja beantwortet wird. Trotz dieses klaren Wählerauftrages findet die Einführung der Volksabstimmung im Bundestag keine Mehrheit. Brigitte Krenkers: »Stummes Ankreuzen von Kandidaten und Parteien reicht dafür nicht aus. Nehmen wir also die Bundestagswahl zum Anlaß, mit unserer Stimme unmißverständlich unseren Willen auszudrücken, direkt verantwortlich in die Ausgestaltung der Demokratie einzugreifen.«

Die Volksabstimmung sei eine Frage des Gewissens.

Die jüngste Vergangenheit habe gezeigt, daß leichtfertig abgegebene Stimmen auch als Ermächtigung zum Führen von Kriegen gedeutet werden können. Spätestens hier würde deutlich, so Werner Küppers, daß Wählen immer die Dimension einer Gewissensentscheidung habe. Da man Gewissensentscheidungen aber nur selber treffen könne, helfe hier nur die Entwicklung direktdemokratischer Instrumente aus diesem Dilemma.

Die Omnibus gGmbH arbeitet seit 15 Jahren an der Verankerung der Volksabstimmung. Der Omnibus mit Goldkrone ist in ganz Deutschland als rollende Heimat der Idee der Direkten Demokratie unterwegs. Neben den Aktionen für die Einführung der bundesweiten Volksabstimmung startet und unterstützt die Omnibus gGmbH vor allem Volksbegehren in den Bundesländern.●

Kontakt: Omnibus für Direkte Demokratie, Öschstr. 24, D-87437 Kempten, Tel. (08 31) 570 76 89, Fax 585 92 00, info@omnibus.org, www.omnibus.org

KRITIK:

Rio plus 10

Was ist Nachhaltigkeit?

Der Definitionen gibt es viele – sie sagen vor allem aus, dass es keine einheitliche Definition gibt. Nachhaltigkeit ist das, was sich jedeR draus macht, die Regierenden, die Konzerne, die Umwelt-NGOs oder wer auch immer.

Red. Umweltschutz von unten ● Zugrunde liegt eine eher banale ökologische Aussage, z.B. im Text *»Die Welt ist keine Ware«* von Hartwig Berger *(»Stachelige Argumente«, 5/1999, S. 9):* »Die Debatte um Nachhaltigkeit ist aus einer leicht begreiflichen Erkenntnis entstanden, die Bauern, Förster und Fischer im einfachen Satz zusammenfassen würden: Es darf nicht mehr geerntet werden als nachwächst. Etwas anspruchsvoller formuliert, können wir auch sagen: Ökologische Teilsysteme wie Gewässer, Landschaften oder Wälder und Gesamtsysteme wie die Meeresströmungen oder das Weltklima dürfen nicht so belastet werden, dass dadurch ihre Funktionen und ihre Funktionsfähigkeit geschwächt oder nachteiligt verändert werden. Nachhaltig ist demnach ein Handeln, welches das Funktionieren der Natur als Ressourcenquelle, als Aufnahmemedium für Emissionen und als Lebensgrundlage für die Menschen nicht einschränkt«.

Doch diese fachlich orientierte Definition ist beliebig dehnbar. Wie ist das Ziel zu erreichen und wie sieht das gewünschte Endstadium aus? Dazu gibt es keine Klarheit. Herrschaftsverhältnisse werden regelmäßig ausgeblendet. So kann der von Kinderhänden geknüpfte Teppich als nachhaltig gelten, wenn die Kinder so »gehalten« werden, dass sie nicht verhungern, und der Anbau der Rohstoffe so erfolgt, dass der Boden erhalten bleibt. Sehr stark verengt wird Nachhaltigkeit auf die Frage der Effizienz: Nur Technik und moderne Regierungssysteme (die wehrhafte Demokratie als Weltmodell) können die Rettung sein. So findet sich im *Freitag* am 13. Juli 2001 (S. 5) das Zitat: »Wir sind für den Wettbewerb der Eigentumsformen, um die Form zu finden, die am meisten nachhaltige Effizienz zeitigt ...«.

Der *Bundesverband der Deutschen Industrie* sprang 1999 auf den Nachhaltigkeitszug auf und bestimmte gleich die Richtung: »... In der Tat drohte vor Jahrzehnten auch in Deutschland kurzfristig – und kurzsichtig –, rational erscheinendes Verhalten die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören. Schadstoffe in Gewässern, in der Luft und im Boden nahmen beunruhigende Ausmaße an. Seither ist aber viel geschehen. Durch Innovationen und Investitionen ist es der Industrie in Deutschland gelungen, Umweltbelastungen durch Fabriken enorm zu reduzieren. Gleichzeitig wurde der Lebensstandard nicht nur gehalten, sondern erheblich gesteigert. Technisch ausgedrückt heißt das: Umwelt- und Ressourcenverbrauch sowie Wirtschaftswachstum wurden entkoppelt. ... Neue Techniken senken den Treibstoffverbrauch drastisch. Biotechnologien reduzieren die Flächenanforderungen in der Ernährung. Kernenergie vermindert den CO_2-Ausstoß in der Energieversorgung ... Es ist schon seltsam, dass gerade diejenigen, die sich so engagiert für Umweltschutz und Ressourcenschonung einsetzen, gleichzeitig neuen Technologien so skeptisch gegenüberstehen, bei der Biotechnologie auf die Bremse treten und bei der Kernenergie den totalen Ausstieg wollen. Der Ausstieg Deutschlands macht die Welt nicht sicherer – im Gegenteil. Unsere Sicherheitsstandards sind führend in der Welt. Wir müssen weiter dazu beitragen können, dass die Kernenergie weltweit sicherer wird, um Katastrophen wie Tschernobyl in Zukunft zu verhindern. ... Eine nachhaltige soziale Sicherung setzt zuallererst auf private Initiative. ... Einer der wichtigsten Schlüssel für die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft heißt Bildung. ... Die Hochschulen müssen die Freiheit haben, um die besten Hochschullehrer zu konkurrieren (und die nicht so guten zu entlassen). Die Freiheit der Hochschulen, Studiengebühren zu erheben, gehört genauso dazu, wie private Hochschulen zu gründen und zu stärken. ... Und eine Politik für Nachhaltigkeit hat verstanden, dass es einen fruchtbaren Wettbewerb um knappe Ressourcen gibt. Nachhaltig können nur solche Gesellschaften sein, die in diesem Wettbewerb Boden gewinnen oder wenigstens halten. ... Die Ursachen für diese Defizite sind weitgehend bekannt. Bei wichtigen Faktoren im Wettbewerb der Standorte um Investitionen und Innovationen hat Deutschland Nachteile aufzuweisen. Die Arbeitskosten sind im internationalen Vergleich die höchsten, die Arbeitszeiten die kürzesten der Welt. Die Steuer- und Abgabenbelastung unternehmerischer Betätigung ist in Deutschland besonders hoch. An allen diesen Hebeln muss eine Politik für Nachhaltigkeit ansetzen.« *(aus: Position des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zur Nachhaltigkeit, 1999)*

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Da wollte auch Wirtschaftsminister Werner Müller nicht fehlen und schrieb für eine Schrift der führenden Umweltmanagement-Organisation *B.A.U.M.* den folgenden Text: »Die Wirtschaft in Deutschland richtet sich mehr und mehr am Leitbild der Nachhaltigkeit aus. Der Diskurs hierüber wird offensiv geführt und der Erfolg zeigt, dass Nachhaltigkeit mit Gewinn für das Unternehmen und die Umwelt umsetzbar ist. Bislang sind es jedoch vorwiegend Großunternehmen, die Engagement zeigen und Schrittmacherfunktion übernehmen.« *(Grußwort zum B.A.U.M.-Jahrbuch, Quelle: B.A.U.M.-News Nr. 16 vom 8.10.2001).*

Wie unendlich dehnbar die Ideologie der Nachhaltigkeit ist, zeigen etliche KritikerInnen, die ihre Bedenken äußern, aber doch ständig wieder in den Sog aufgenommen sind. So schrieb etwa der gleichzeitig in Berlin für Agenda 21 auftretende Prof. Elmar Altvater im Vorwort zu seinem Buch »Vernetzt und verstrickt« *(1997, Westf. Dampfboot in Münster, S. 22):* »Der Begriff der Nachhaltigkeit hat ... den »Charme eines Poesie-Albums« – und folglich auch nur dessen politische Verbindlichkeit.« Im gleichen Buch formulierte Andreas Missbach im Text *»Nachhaltige Entwicklung und Nord-Süd-Konflikt« (S. 86-89):* »Der Brundtland-Bericht selbst enthält keine überzeugende Analyse und kein widerspruchsfreies Programm, sondern ist ein wissenschaftliches und politisches Konsensdokument. Gerade dessen Unschärfe und Widersprüchlichkeit waren entscheidend für seinen Erfolg. Der Bericht besitzt den Charme eines Poesie-Albums: es finden sich unzählige gute Ratschläge jedwelcher Provinienz. ... Jenseits von Worthülsen aber hören die Gemeinsamkeiten auf: nämlich dann, wenn es um die Entwicklungsstrategien gegen die Armut und die nötigen Veränderungen zum Schutz der lebenserhaltenden Ökosysteme geht. ... Entscheidend für die allgemeine Akzeptanz des Brundtland-Berichtes war das Bekenntnis zu realem weltwirtschaftlichem Wachstum. Die Autoren des Berichts sprachen sich für ein fünf- bis zehnfaches Wachstum der Produktion bis zum nächsten Jahrhundert aus ... Nachhaltige Entwicklung ist für diese Kritiker lediglich eine Ausdehnung der Entwicklungsideologie, ein Versuch des Nordens, die Kontrolle zu behalten, nichts Geringeres als »eine neue Welle der Kolonialisierung« ...

Die Debatte um Nachhaltigkeit verfolgt andere Ziele als meist angegeben. Sie ist eine der ältesten ideologischen Grundlagen für die Zuspitzung von Herrschaftsverhältnissen, für die Legitimierung der Dominanz westlicher Lebensmodelle und für die Schein-Integration kritischer Stimmen in das große, gemeinsame Projekt einer Erneuerung der Welt. Die Nachhaltigkeit ist älter als die erst in den letzten Jahren entstandenen Debatten um Freiheit durch Sicherheit, Menschenrechte durch humanitäre Kriege und Wohlstand durch Ausgrenzung. Diese Debatten aber haben wichtige gemeinsame Grundlagen – sie dienen der Verklärung von Herrschaftsinteressen und der Modernisierung von Politik und Zugriffsrechten auf Mensch und Natur. Und sie sind Teil des ideologischen Kampfes zwischen den Regierungen vor allem der Industriestaaten, um internationale Konkurrenz und Einflusssphären.

Dieses ist gar kein Geheimnis und keine abstruse Verschwörungstheorie. Wer es wissen will, muss nur lesen, z.B. in Texten von Michael Müller, Vize-Fraktionschef der SPD im Bundestag und Präsidiumsmitglied im Deutschen Naturschutzring. Als Vorsitzender der Kommission »Aufbruch 21« hat er dem DNR eine auf Nachhaltigkeit getrimmte Programmatik verpasst. Michael Müller und Ulla Burchardt, beide SPD-MdBs, schreiben in der *FR* vom 17.4.2002: »Die Leitidee der nachhaltigen Entwicklung ist schon deshalb von großer, ja strategischer Bedeutung, weil sie die wichtigste Antwort auf die Herausforderung der neoliberalen Globalisierung ist. Sie ist zuerst ein europäisches Konzept. Denn mit ihr verbinden sich drei große Ideen der europäischen Moderne: Gerechtigkeit, Demokratie und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Nicht von ungefähr kamen die wichtigsten Impulse von den drei europäischen Regierungschefs Olof Palme, Willy Brandt und Gro Harlem Brundtland.

Das Konzept hat in den letzten Jahren weiter an Bedeutung gewonnen. Nachhaltigkeit ist die wichtigste Alternative zu einem US-Unilateralismus, der auf militärische Stärke setzt und die Welt den Interessen der Wall Street unterordnet. Sie setzt dagegen auf mehr Partnerschaft, mehr Demokratie und mehr Mitverantwortung. Mit ihr kann Europa eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der Globalisierung einnehmen, statt an den Rand gedrängt zu werden. ... Der Europäische Rat hat die Nachhaltigkeit zum Leitziel der EU ausgerufen. Damit kann Europa – wie schon beim Kyoto-Prozess – eine entscheidende Vorreiterrolle einnehmen. Deshalb ist es so wichtig, dass die Bundesrepublik, als das wirtschaftlich stärkste Land der Europäischen Union, sich an die Spitze der Nachhaltigkeitsdebatte stellt. Nachhaltigkeit ist kein theoretischer Ansatz mehr. Denke global und handele lokal, regional und national – das ist die politische Maxime, um Europa zu behaupten ...«

Das aktuellste Werk zur Nachhaltigkeit ist die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Schon die Entstehung zeigt das Besondere: Beteiligt sind alle Ministerien, die Umweltverbände, viele Institute und Prominente. Modernes Regieren schafft Integrationsplätze. Die Idee des »Governance«, des scheinbaren Verschwimmens der Grenzen zwischen Regierenden und Regierten, schimmert deutlich durch. Viel deutlicher als die Umweltverbände enttarnt Achim Brunnengräber, Mitarbeiter von MdB Ernst-Ulrich von Weizsäkker, den Sinn des Papieres: »Allem Anschein nach hat die Nachhaltigkeitsstrategie ein ganz anderes Ziel. Sie wird zu einer Öffentlichkeitskampagne, durch die die rot-grüne »Reformen« sozial-ökologisch geschickt vermarktet werden sollen. Sie dürfte vor allem auf der partizipativen Ebene Erfolg haben (Stichwort »symbolische Politik«), neue inhaltliche Maßstäbe werden dadurch nicht gesetzt. Das wird auch gar nicht gewünscht. Rio+10 ist nur ein kleiner Aspekt der viel umfangreicheren Wahlkampfstrategie der Bundesregierung. Denn wohlgemerkt: Erst geht's auf den Gipfel, dann in die Wahllokale.« *(Achim Brunnengräber, »Rio+10 – nur Schaufenster nationaler Nachhaltigkeit?«, in: Ökologisches Wirtschaften 1/2002, S. 8)*●

Links und Infos zur Nachhaltigkeitskritik und zu emanzipatorischen Umweltschutzideen:
www.projektwerkstatt.de/uvu

Zitate und Debatten zu Nachhaltigkeit, Agenda 21, Umweltschutz von oben und Ökoneoliberalismus:
www.projektwerkstatt.de/aes

Umfangreicher Internetbereich mit Fachtexten, Terminen, Direkter Aktion:
www.projektwerkstatt.de

Eine Sammlung von Dokumenten, Büchern usw. zu Naturschutzfilz, Nachhaltigkeitskritik, rechter Ökologie und NGOs ist Teil des KABRACK!archivs der Projektwerkstatt in Saasen, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen, 06401/903283, projektwerkstatt@apg.lahn.de.

Aktuelle Hintergründe bietet eine neue, im IKO-Verlag herausgekommene Buchreihe der Gruppe »action creative«. Der erste Band beschreibt unter dem Titel »Reich oder rechts« die Verstrickungen von Umwelt-NGOs mit Wirtschaft und Staat, rechte Verbindungen und esoterische Positionen. Das zweite erscheint Ende des Sommers 2002 und setzt sich kritisch mit markt- und staatsorientierten inhaltlichen Positionen von NGOs und sozialen Bewegungen auseinander - u.a. mit der Nachhaltigkeit, der Tobin Tax oder Regulierung, Stärkung der Nationalstaaten oder marktkonformen Politikmodellen. Nähere Informationen ebenfalls unter www.projektwerkstatt.de/aes.

Governance, Runde Tische, Zivilgesellschaft:

Hilfe, noch mehr Demokratie droht!

Red. Umweltschutz von unten ● Die ProtagonistInnen der Konzepte von »Governance« sitzen nicht nur in den Regierungen, sondern auch in den modernen NGOs. Dort treibt eine Mischung aus Karriere- und Einflusshoffnungen immer mehr FunktionärInnen zu Vorschlägen für eine Modernisierung von Regierungsstrukturen, wobei sie sich immer selbst an den Tischen des erweiterten Kreises der Mächtigen sehen. Im Schlusskapitel der Erdcharta, einem NGO-Papier zur Weltkonferenz in Johannesburg, heißt es: »Eine Partnerschaft von Regierungen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft ist unabdingbar für eine wirkungsvolle Lenkung und Gestaltung unserer Geschikke.«

Die Idee der Governance ist dabei verbunden mit dem Ruf nach Reregulierung, deutlich zu sehen im Text »Was ist Global Governance?« der Erlassjahrkampagne *(aus »erlassjahr.de«, Kampagnen-Kurier Oktober 2001, S.9):* »Da, wo Rot und Grün sich auf eine ernsthafte Debatte über die Nord-Süd-Dimension der Globalisierung einlassen, treffen sie sich zumeist mit kritischen Bewegungen bei der Forderung nach Globalen Regelungsmechanismen (neudeutsch: »Global Governance«) für eine weltweite und grundsätzlich kapitalistisch verfasste Wirtschaft. Diese grundsätzliche Forderung nach Regulierung statt Liberalisierung haben soziale Bewegungen in den letzten Jahren erfolgreich auf sehr konkrete einzelne Forderungen zugespitzt, an denen sich nun die Ernsthaftigkeit einer proklamierten Reformbereitschaft auf Seiten der Regierungsparteien überprüfen lässt. Die Forderung nach einer Devisentransaktionssteuer (»Tobin Tax«) gehört ebenso dazu, wie die nach einer Reform der schuldenproduzierenden staatlichen Exportbürgschaften (Hermes-Reform)«.

Die zur Zeit modernste NGO, *ATTAC*, wähnt sich gar selbst als Vorstufe des zivilen Teils der Governance: »Hunderttausende können in den elektronischen Quartalszeitschriften, in den Websites aller ATTAC-Filialen Abhandlungen, Polemiken, Informationen und Hinweise auf tausend weitere Links finden. So wird eine gemeinsame Gesprächsgrundlage für die globale Bürgergesellschaft gelegt.« *(aus: C. Grefe, M. Greffrath und H. Schumann, 2002: attac. Rowohlt Berlin, S. 165)*

Governance bezieht die sog. »Zivilgesellschaft« mit ein. Damit sind aber keine größeren Spielräume der Selbstbestimmung oder mehr Beteiligungsrechte für die Menschen gemeint – schon gar nicht eine Gesellschaft der Freien Menschen in Freien Vereinbarungen ohne Regierungen, Staat und Markt. Als »Zivilgesellschaft« werden die Organisationen betrachtet, in denen sich Interessen bündeln. Deren FührerInnen, oft weit weg von der Basis und gleichzeitig Spitzenkräfte in Parteien, staatlichen Institutionen oder Konzernen, definieren sich selbst als VertreterInnen der Menschen – die sie aber tatsächlich nicht fragen. Verklärend beschreibt ATTAC diese Organisationen im Buch »Eine andere Welt ist möglich!« *(2002, VSA Hamburg, S. 146):* »Alle Gesellschaften, egal wie arm, haben Organisationen, die Bauern, ArbeiterInnen, Frauen, die Geschäftswelt und so weiter vertreten, und die je nach Regierung mehr oder weniger frei agieren können.«

Governance bläht Demokratie auf, erweitert die Beteiligten und schafft damit zum einen erhöhte Akzeptanz, zum anderen werden Herrschaftssysteme leistungsfähiger, weil mehr Potential an der Ausführung mitwirkt. Die »VertreterInnen der Zivilgesellschaft« suggerieren eine demokratische Breite und bringen kritisches Know-How ein. Tatsächlich aber haben die Menschen keine neuen Mitbestimmungsebenen – ganz im Gegenteil: Während sich die Debatte um Governance, Nachhaltigkeit und Zivilgesellschaft ausbreitete, wurden Beteiligungsrechte immer mehr der Standortpolitik geopfert. Das wird so weitergehen – die FunktionärInnen der NGOs werden zu den Gewinnern der modernisierten Herrschaft gehören. Die Menschen verlieren immer mehr Freiräume, aber es gibt immer mehr, die ihnen das Gegenteil erzählen.●

NGO'S

Rio plus 10

Schwach, anbiedernd, inhaltsleer

Umwelt-NGOs als Akzeptanzbeschafferinnen von Staat und Wirtschaft

Wenn die Mächtigen dieser Welt, von den Regierenden der weltbeherrschenden NATO-Staaten bis zu den korrupten Diktaturen in den ausgebeuteten Peripherieräumen, zusammen ein neues Weltzukunftsprogramm beschließen, ist nichts zu erwarten, was die Menschen in ihrer Selbstbestimmung stärkt. Immerhin könnte der Gipfel aber die Chance bieten, klare Positionen vorzubringen. Doch davon ist weit und breit nichts zu sehen.

Red. Umweltschutz von unten ● Stattdessen bereiten sich die NGOs auf ihr Randdasein in Johannesburg vor. An den Tischen der Mächtigen zu sitzen, ist für sie gut geübter Selbstzweck. Kaum ein Umweltverband hat ein klares Positionspapier entwickelt, artiges Beifallklatschen für Entwürfe der Bundesregierung sowie Detailkritik stehen im Mittelpunkt. Wo sich die NGOs zu eigenen Aktivitäten hinreißen lassen, wird es noch düsterer – fast immer bleiben sie hinter den Positionen der Regierenden zurück. So hat der BUND zusammen mit NGOs und Gruppen aus anderen Ländern einen Vorschlag für ein Beschlusspapier vorgelegt, die Erd-Charta.

Nach einigen Einführungskapiteln finden sich im Kern der Texte etliche herrschaftsstützende Positionen sowie, hier zu Beginn zitiert, die Forderung nach einer neuen Spiritualität: »Die Lebensfähigkeit, Vielfalt und Schönheit der Erde zu schützen, ist eine heilige Pflicht. ...

Unsere ökologischen, sozialen und spirituellen Herausforderungen sind miteinander verknüpft, und nur zusammen können wir umfassende Lösungen entwickeln. ...

Der Geist menschlicher Solidarität und die Einsicht in die Verwandtschaft alles Lebendigen werden gestärkt, wenn wir in Ehrfurcht vor dem Geheimnis des Seins, in Dankbarkeit für das Geschenk des Lebens und in Bescheidenheit hinsichtlich des Platzes der Menschen in der Natur leben.« *(Präambel)*

»Die Bedeutung der moralischen und spirituellen Bildung für einen nachhaltigen Lebensstil anerkennen.« *(Punkt 14.d)* »Anerkennen, dass Frieden die Gesamtheit dessen ist, das geschaffen wird durch rechte Beziehungen zu sich selbst, zu anderen Personen, anderen Kulturen, anderen Lebewesen, der Erde und dem größeren Ganzen, zu dem alles gehört.« *(Punkt 16.f)*

Die Erdcharta blendet Herrschaftsverhältnisse komplett aus und bezieht sich positiv auf den Nationalstaat und ihr Handeln, Völker statt Menschen stehen im Mittelpunkt: »Die Erd-Charta ... soll ein verbindlicher Vertrag der Völker auf der ganzen Welt werden.« *(Einführung in der deutschen Broschüre)*

»Das Entstehen einer weltweiten Zivilgesellschaft schafft neue Möglichkeiten, eine demokratische und humane Weltordnung aufzubauen.« *(Präambel)*

»Alle militärischen Aktivitäten, die die Umwelt schädigen, vermeiden.« *(Punkt 6.e)*

»Gegenseitiges Verstehen, Solidarität und Zusammenarbeit unter allen Völkern und innerhalb und zwischen den Nationen ermutigen und unterstützen.« *(Punkt 16.a)*

»Nationale Sicherheitssysteme auf ein nicht bedrohliches Verteidigungsniveau abrüsten ...« *(Punkt 16.c)*

Der nachhaltige Lebensstil wird zur neuen weltweiten Leitkultur: »Für das ethische Fundament der entstehenden Weltgemeinschaft brauchen wir dringend eine gemeinsame Vision von Grundwerten. Darum formulieren wir in gemeinsamer Hoffnung die folgenden eng zusammenhängenden Grundsätze für einen nachhaltigen Lebensstil. Es sind Leitlinien für das Verhalten jedes Einzelnen, von Organisationen, Unternehmen, Regierungen und übernationalen Einrichtungen.« *(Präambel)*

»Wie üblich in der Umweltdebatte wird den nachfolgenden Generationen die Aufgabe übergeben, die Welt zu retten. Bildung wird zum Nachhaltigkeits-Zwang, Erwartungshaltung gegenüber Jüngeren entstehen: Künftigen Generationen Werte, Traditionen und Institutionen weitergeben, die ein langfristiges Gedeihen der Erde und der Menschheit fördern.« *(Punkt 4.b)*

»Die jungen Menschen in unseren Gemeinschaften achten und unterstützen, damit sie ihre unverzichtbare Rolle beim Aufbau nachhaltiger Gesellschaften erfüllen können. *(Punkt 12.c)*

Für alle, insbesondere für Kinder und Jugendliche, Bildungsmöglichkeiten bereitstellen, die sie zur Mitarbeit an nachhaltiger Entwicklung befähigen.« *(Punkt 14.a)*

Auch die klassische und alte, längst tausendfach widerlegte, antiemanzipatorische Position vom umweltgefährdenden Bevölkerungswachstum findet sich neu aufgewärmt in der Erdcharta: »Ein beispielloses Bevölkerungswachstum hat die ökologischen und sozialen Systeme überlastet.« *(Präambel*, Quelle für alles: www.earthcharter.org/earthcharter/charter_ger.htm)

Moderne Umwelt-NGOs sehen sich als UnterstützerInnen ihrer Regierung. Wie weit das geht, zeigte sich bei den Beratungen um das neoliberale Kyoto-Protokoll. Statt eigener Vorschläge, klarer Kritik an den viel zu geringen Zielen und der Ablehnung des marktförmigen Mechanismus der handelbaren Verschmutzungsrechte unterstützten die NGOs die europäischen Regierungen gegen die vermeintlich böse US-Regierung. Eine klare Umweltposition wurde gar nicht mehr sichtbar, z.T. kritische Gruppen offensiv ausgegrenzt. Auch die sonst eher regierungskritischen Tageszeitungen (*Junge Welt, Neues Deutschland*) sowie die *PDS* standen auf Seiten der Bundesregierung und griffen die KritikerInnen an. Die regierungstreuen Blätter *taz, FR* usw. zeigten ohnehin nur ihre bedingungslose Orientierung an den reformerischen Teilen rotgrüner Regierungspolitik. Die Diskussion um Kyoto schuf eine Einheitspolitik von *PDS* bis *NPD*, vom *BUND* bis zur Großindustrie.

Zum Weltgipfel in Johannesburg planen viele Verbände und Gruppen, alles voran die lokalen Agenda-21-Runden Feste, Jubiläumsfeiern und ökosoziale Folklore. Politische Positionen und klare Forderungen wird es dagegen kaum oder gar nicht geben. Einen Höhepunkt an Anbiederung bietet die *BUNDjugend* zusammen mit anderen Jugendverbänden. Sie planen Sternradtouren mit Zielpunkt Göttingen. Ihre Bitte an die Regierenden: »Gebt uns Hoffnung!« Zitate von Henrike Wegener aus dem Bike+10-Office (aus »Gimme Hope, Jo'anna«, punkt.um 3/2002 S. 14): »Auf einer zehntägigen Sternradtour werden sie zahlreiche Nachhaltigkeitsprojekte besichtigen, sich mit Eine-Welt- und Umweltgruppen treffen sowie den Stand der lokalen Agenda-21-Aktivitäten in verschiedenen Kommunen begutachten. ... »Gimme Hope, Jo'anna« ist ein Appell an die Mächtigen, aus eigener Einsicht zusteuern und sichtbare Veränderungen einzuleiten. ... Während wir unseren Regierungen 'Gimme Hope' zurufen, sehen wir ein, dass unser eigener Lebensstil noch weit davon entfernt ist, nachhaltig zu sein.«●

Aktionsseite gegen Rio +10:
www.no-rio.de

Aufruf zu Aktionen gegen Rio+10

Vor zehn Jahren, 1992, fand in Rio de Janeiro der erste Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung statt, auf dem sich Staats- und Regierungschefs unter anderem mit der zunehmenden Zerstörung der Umwelt befassten. Im September 2002, zehn Jahre später, soll in Johannesburg erneut ein Nachfolgegipfel stattfinden.

In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Umweltpolitik weiter verschlechtert. Verbessert hat sich einzig die Propaganda von Politik und Konzernen. Selbst das Wissenschaftsgremium der UN, das IPCC, hat festgestellt, dass eine umgehende CO_2-Reduktion von mindestens 60% notwendig wäre, um den weltweiten Klimawandel aufzuhalten. Im sogenannten Kyoto-Protokoll wurden lediglich Reduktionen von ca. 5% vereinbart, die dann auf der letzten Klimakonferenz in Marrakesch auf lächerliche 2,5% herabgesetzt wurden.

Dazu wurden durch den Emissionshandel Instrumente geschaffen, mit denen die westlichen Länder selbst ihren geringen Verpflichtungen noch entgehen können. Während in vielen Industrieländern die Nutzung der Atomenergie zurückgeht, wird der Aus- und Neubau von Atomanlagen in Entwicklungsländern und in Osteuropa weiterhin forciert. Atommüllexporte nach Russland sind im Gespräch und können schon bald stattfinden. Man »entsorgt« seine Umweltprobleme in ärmeren Ländern.

Aus der BSE-Krise wurden keine Konsequenzen gezogen. Die vielbeschworene Agrarwende findet nicht statt. Nachdem das Thema aus der Tagespolitik verschwunden war, ging man wieder zum Alltag von Agrarfabriken und Massentierhaltung über. Der ungebremste Ausbau von Straßen und Flughäfen wird kaum noch in Frage gestellt. Gleichzeitig finden an vielen Orten Kriege um Ölreserven und andere natürliche Ressourcen statt. All dies wird von den PolitikerInnen in Johannesburg nicht in Frage gestellt werden.

Das zentrale Ergebnis von Rio war die Agenda 21. In diesem Dokument wird durchgängig die neoliberale Globalisierung befürwortet und beispielsweise das Festhalten an Atom- und Gentechnologie gefordert.

Unverständlich, wieso sich so viele Umweltgruppen immer noch auf die Agenda berufen. Die Arbeit in der Lokalen Agenda bringt in der Praxis meist nichts. Dort werden WirtschaftsvertreterInnen, PolitikerInnen und Umweltverbände an einen Tisch gebracht. Die Forderungen der Umweltverbände werden dadurch verwässert, dass der Zwang zum Konsens zu wirtschaftsfreundlichen Positionen führt. Der Schlüsselbegriff der Agenda 21 lautet »nachhaltige Entwicklung«. Er dient heute als Sammelbegriff für nahezu alles. Die Schwammigkeit des Begriffes ist pure Strategie: es wird ein Konsens zwischen Konzernen und Umweltgruppen vorgegaukelt.

Der gesamte Prozess von Rio, Agenda 21 und jetzt Rio+10 in Johannesburg dient vor allem dazu, die kritische Öffentlichkeit einzubinden und der Bevölkerung vorzutäuschen, dass man alles im Griff habe. Aktiver Widerstand gegen diese Politik soll damit verhindert werden, UmweltaktivistInnen werden integriert und vereinnahmt.

Wir sagen Nein zu Rio+10. Wir werden weiterhin Widerstand leisten, gegen Atomtransporte, gegen Straßenbau, gegen ihre Giftfabriken. Die selbsternannten Herren der Welt, die für die Umweltzerstörung verantwortlich sind, werden nicht zur Lösung dieser Probleme beitragen.

Wir rufen auf zu phantasievollem Protest gegen die Politik von Rio und gegen den Weltgipfel Rio+10 in Johannesburg.●

BUNDjugend Tübingen, Widerstandskooperative Ludwigsburg

Nachhaltige Wirtschaft

Direkte Ökonomie, Selbstorganisation? Fehlanzeige ...

Das Wirtschaftsbild der Nachhaltigkeit ist einfach: Eine Effizienzrevolution, die Entwicklung neuer Techniken und ihre weltweite Anwendung stehen im Mittelpunkt. Riesige neue Märkte erschließen sich. Die europäische und vor allem deutsche Vorreiterrolle in der Nachhaltigkeitsdebatte hat hier ganz andere Gründe als die immer vorgeschobenen sozialen und ökologischen Verbesserungen. Hinzu kommen vor allem in lokalen Bezügen, z.B. den Agenda-21-Prozessen die punktuelle Unterstützung von Direktvermarktung oder ökologisch erzeugten Produkten. Doch das alles soll nur ein Randdasein fristen – Bauernmärkte werden als Nische eingerichtet, während z.B. große Agrarkonzerne weiterhin ungestört ihre Großstrukturen schaffen können. Ein Gentechnik-Konzern wie Schering ist in Berlin gleichzeitig Sponsor der Agenda und schafft sich so ein grünes Image.

Veränderte Wirtschaftsformen sind aber nur dort vorstellbar, wo direkte Ökonomie oder gar die Überwindung ökonomischer Verhältnisse zwischen Menschen tatsächlich spürbare Anteile an der Alltagsorganisation von Menschen einnimmt – durch Schenk- oder Tauschökonomie sowie, deutlich weiterentwickelt, freie Ware und freies Wissen (z.B. freie Software, Copyleft). Wo Menschen Eigentumsformen aufheben zugunsten kollektiven Besitzes oder gar Überwindung von Gewinnmöglichkeiten.

Es ist kein Wunder, dass die wenigen Experimente solcher Prozesse, vom Mietshäusersyndikat in Freiburg über anarchistische Kommunen bis zur Projektwerkstatt in Saasen, von Umsonstläden bis zu selbstorganisierten Aktionen und Kampagnen mit Nachhaltigkeit oder Agenda 21 wenig am Hut haben.●

Mehr Atomtechnik, mehr Gentechnik, universelle Lebensentwürfe

Die Inhalte von Nachhaltigkeit und Agenda 21

Die Weltkonferenz von Rio ist 10 Jahre her. Seit ca. 1995 hat die Agenda 21 einen eindrucksvollen, mit Millionen geschmierten Siegeszug durch Kommunen zunächst vor allem in Deutschland und wenigen anderen Ländern Europas, dann aber zunehmend weltweit angetreten. Die Ergebnisse sind angesichts des gigantischen Einsatzes von Geld und Personal extrem mickrig, gleichzeitig sind selbstorganisierte soziale und ökologische Gruppen, Zentren, Projekte, Bildungsangebote und Vernetzungen fast überall zusammengebrochen.

Red. Umweltschutz von unten ● Schon strategisch war damit die Agenda 21 ein bedeutsamer Beitrag zur Entpolitisierung gesellschaftlicher Debatte, kommunaler Entscheidungen und des Wirkens sozialer Bewegungen. Noch schockierender ist der Blick in die Inhalte der grundlegenden Werke. Während die Agenda 21 offensiv für weltweite Märkte, mehr Atom- und Gentechnik sowie die Förderung der Mitbestimmungsrechte von Unternehmen eintritt (Zitatesammlungen im Internet unter www.projektwerkstatt.de/aes), bietet die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« (*1996, Birkhäuser Verlag*) einen tiefen Blick in die Entpolitisierung.

Christoph Spehr schrieb schon 1996 in seinem Buch »Die Öko-Falle« (*ProMedia, Wien*): »Zukunftsfähiges Deutschland versucht sich vor allem am Nachweis, dass eine ökologisch nachhaltige Umorientierung der BRD ohne größere Konflikte und grundsätzliche Einschnitte möglich ist. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie aufgrund einer Reihe methodischer Kniffe, eines sehr reduzierten Nachhaltigkeits-Begriffs und eines eher blauäugigen Vertrauens auf angeblich bereits wirksame Tendenzen in die richtige Richtung. ... Am Rande wird erwähnt, dass gut zehn Prozent des Primärenergieverbrauchs (also direkte Nutzung für Maschinen, Heizung und Fortbewegung) auf das Konto »Kleinverbraucher und Militär« gehen. (Kleinverbraucher sind nicht die privaten Haushalte, die gehen extra.) Mehr ist nicht zu erfahren. ... Die Studie ist daher als Beitrag zu einem Kapitalismus zu sehen, der mit einem verbesserten, nachhaltigeren Akkumulationsmodell vor allem sich selbst nachhaltiger macht: seine Herrschaft und seine Privilegien. Sie ist eine Blaupause für einen reformierten Öko-Kapitalismus, der zukunftsfähig ist: fit, schlank und mit gutem Gewissen. ... Die herrschende Nachhaltigkeits-Debatte suggeriert, dass die Verhältnisse keiner grundlegenden Veränderung bedürfen, um den Tanker wieder flott zu kriegen. Sie redet zwar von gewaltigen Anstrengungen, die nötig seien, um die ökologische Krise zu überwinden. Aber diese sollen komplett auf der Linie der bisherigen Entwicklungsstränge bleiben: technische Entwicklung; Strukturpolitik; internationale Abkommen; Steuerung des individuellen Verhaltens gemäß objektiven Notwendigkeiten; Formierung der Gesellschaft im Sinne einer nationalen Handlungsfähigkeit. Durch intelligente Technik und intelligente Politik soll dem bestehenden Kapitalismus ein überraschender Ausweg aus der ökologischen Krise gefunden werden. Die Anziehungskraft der Nachhaltigkeitsdebatte besteht in der Vermarktung dieser Idee eines raffinierten Coups: Alles nicht so schlimm gewesen. Donald Duck schafft es wieder einmal in der letzten Minute.»

Die Agenda 21 selbst wird immer wieder als Hoffnungskonzept vorgestellt – eine Lüge, die enorme Wirkung hatte bei vielen Menschen, die frustriert aus jahrelanger wirkungsloser politischer Arbeit einen neuen Halt suchten. Sie ließen sich fangen mit bunten Broschüren und Versprechungen. »Mutige Vision für ein ehrgeiziges Projekt« bezeichnete der *DNR* die Agenda 21, die *Grüne Liga* sprach von »politischer Sprengkraft« und »detaillierten Handlungsaufträgen«, während der *BUND* seine Mitglieder und Aktiven mit »ein Konzept, dass einer revolutionären Umwälzung gleichkommt« manipulierte. Tatsächlich finden sich in der Agenda aber an vielen Orten Forderungen nach freiem Zugang zu allen Märkten und Rohstoffen, z.B. in Kapitel 2.12: »Daher sollen alle Länder früher eingegangene Verpflichtungen im Hinblick auf die Beendigung und Umkehrung des Protektionismus und die weitere Öffnung der Märkte, insbesonde-

Fortsetzung nächste Seite

VORABDRUCK:

Rio plus 10

Reich oder rechts?

Vorabdrucke aus dem gleichnamigen Buch, das im Juli/August 2002 im IKO-Verlag (Frankfurt) erscheint. Autor ist Jörg Bergstedt. Das Buch ist eine aktuelle Analyse von den Arbeitsstrategien und -inhalten von NGOs sowie dem Filz zwischen Verbandsspitzen, Staat und Wirtschaft. Einige Kapitel betrachten auch die Auswirkungen der Nachhaltigkeitsdebatte auf die AkteurInnen im Umweltschutz. Zwei Abschnitte veröffentlichen wir hier vorab.
Im September/Oktober erscheint ein zweites Buch des gleichen Autors unter dem Titel »Nachhaltig, modern, staatstreu?«, in dem die Ideologien und Forderungen von politischen Gruppen und NGOs auf ihren markt- und staatsorientierten Gehalt untersucht werden. Hier wird u.a. auch die Nachhaltigkeit inhaltlich durchleuchtet.

Nachhaltige Umweltbildung

Der folgende Text stammt aus dem Kapitel »3.5 Umweltzentren, -büros, -institute, -werkstätten usw.« und beschreibt die Auswirkungen der Debatte auf die Bildungsinhalte und -formen.

Die Themen: Vom klassischen Umweltschutz zum modernen Lifestyle

Ausgangspunkt der Umweltbildung waren die klassischen Themen vom Artenschutz bis zur Atompolitik. Die Vielzahl selbstorganisierter Seminare sowie nur einzelfallweise mit Staatsgeldern unterstützter Bildungsangebote war kaum überschaubar – viele Gruppen gaben eigene Seminarprogramme heraus. Im Laufe der 80er Jahre setzte sich als Stil der Bildungsarbeit eine sehr schulische Form durch, unterstützt durch gezieltere Geldvergabe von Staat und Stiftungen, die feste Seminarabläufe, frontale Wissensvermittlung sowie oft naturkundlich-wissenschaftlich ausgerichtete Maßnahmen einforderten. Hinzu kamen Fördermittel für feste Stellen in Einrichtungen, deren Aufgabe wiederum die Zentralisierung und damit auch Kontrolle von Bildungsmaßnahmen war. In der Folge klaffte eine immer größere Lücke zwischen Seminarthemen und Veranstaltern und den tatsächlichen politischen Auseinandersetzungsfeldern. Bildungsarbeit entfernte sich von politischen Bezügen, praktische Aktion entleerte sich aufgrund der Trennung inhaltlich zusehends. Die unabhängige Jugendumweltbewegung von ca. 1985 bis 1994 war die letzte Phase, innerhalb derer Seminar- und Aktionsinhalte aufeinander bezogen waren.

Ende der 80er Jahre erfasst eine Esoterik- und Lebensstil-Welle die Gesellschaft. Dabei waren es vor allem reichere Schichten, die sich Themen wie alternativen Heilverfahren, Therapien oder höheren Mächten zuwendeten. Die Esoterik war eine Reaktion auf die zunehmende Orientierungslosigkeit in der Gesellschaft. Eine besondere Bedeutung erlangten esoterische Themen, Selbsterfahrungs-, Meditations- und esoterische Kreise auch in der Umweltbewegung, da hier Resignation und Ziellosigkeit ausgebrochen waren. Jedes vierte verkaufte Buch stammte zeitweise aus esoterischem Gebiet. (2)

Therapieformen und -gruppen wuchsen wie Pilze aus dem Boden, die Menschen zahlten unglaubliche Preise für höhere Erkenntnisse. Das merkten auch solche Bildungseinrichtungen, die bislang ökologische Themen anboten. Etliche nahmen spirituelle Angebote in ihr Programm auf: Tiefenökologie, Meditation, Umwelt und Psychologie oder Tai Chi hießen einige der Themen. Kaum ein Seminarprogramm oder ein Kongress hatte nicht einen erheblichen Anteil solcher Workshops, Tagungen und Seminare.

Auch im praktischen, handwerklichen Bereich wechselte das Angebot. Kochen, Schuhe nähen, Massage oder Seidenmalerei verdrängten klassische Naturschutzthemen und praktische Tipps, z.B. zu ökologischem Gemüseanbau, Fahrradbasteln oder Solaranlagenbau immer mehr. (3)

Mitte der 90er Jahre kam ein zweites Thema hinzu, das Seminar- und Bildungsinhalte zu dominieren begann: Die gesamte Spanne von Nachhaltigkeitsthemen, Agenda 21 bis hin zu modernem Lifestyle. Noch deutlicher, als die zielgerichtete Mittelvergabe für entpolitisierende Bildungsangebote in den 80ern, war staatliches Geld der Auslöser. Umweltverbände, Wissenschaftsläden, Umweltinstitute, -zentren usw. wurden zu Anbietern der gesellschaftliche Machtstrukturen völlig ausblendenden Bildungsangebote zur Nachhaltigkeit. Fast alle Fördergelder setzten diesen Bezug voraus, die Umweltverbände und -einrichtungen folgten willig. Aus UmweltberaterInnen und -pädagogInnen wurden Agenda-ModeratorInnen oder AnbieterInnen dazu passender Bildungsangebote. Wer seinen Job im Umweltbildungsbereich retten wollte, musste den Schwenk zum neu vorgegebenen Thema mitmachen. Angesichts der Dominanz der Hauptamtlichen in den meisten Umweltzentren und -einrichtungen ließ sich das auch ohne Probleme durchsetzen. (4)

Anmerkungen

(2) Anteil der Esoterikbücher und Lebensratgeber am gesamten Buchmarkt. Umweltschutzliteratur ist dagegen seit Mitte der 90er Jahre fast unverkäuflich.

(3) Das Ökowerk Berlin bietet tiefenökologische Kurse an. In den Programmen der BUNDjugend tauchen spirituelle Themen auf (Tai Chi u.a.) und auf den landes- und bundesweiten Kongressen der Jugendumweltbewegung sind Meditationen und Bastelkurse am besten besucht – beginnend bereits auf dem Festival *AufTakt 1993* in Magdeburg (siehe Kap. 3.6).

(4) Ein prägnantes Beispiel ist die Evangelische Akademie Loccum. Seit Mitte der 90er Jahre stellt sie zunehmend eine wichtige Plattform für den Wandel gesellschaftlicher Debatte insgesamt und auch des Umweltschutzes hin zu einem markt- und staatsorientierten Kurs dar. Die Harmonisierung von Konflikten über moderne Vermittlungsverfahren prägt alle Seminare, bei denen es um Nachhaltigkeit, die Verbindung von Ökologie und Ökonomie oder positive Bezugnahme auf die Expo 2000 ging. Eingeladen als ReferentInnen waren immer die RepräsentantInnen von NGOs, Firmen und Regierungen. BasisakteurInnen tauchten nicht auf, kritische Briefe wurde mit Beschimpfungen beantwortet.

FORTSETZUNG VON SEITE 8

re in Bereichen, die für Entwicklungsländer von Interesse sind, in die Praxis umsetzen. ... Besonders vordringlich sind demnächst die Verbesserung der Marktzugänge für Rohstoffe ...« und 2.37: »... wichtigstes Ziel wäre die Vereinfachung oder Beseitigung der Beschränkungen, Vorschriften und Formalitäten, welche in vielen Entwicklungsländern die Gründung und Führung von Unternehmen erschweren, verteuern und verzögern ...«

Die Unternehmen sollen gleichberechtigt mit der Politik sein, wird in Kapitel 30.1 gefordert: »... Die Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen und die sie vertretenden Verbände sollen gleichberechtigte Partner bei der Umsetzung und Bewertung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Agenda 21 sein«. Frauen, Jugendliche, ArbeitnehmerInnen usw. sollen dagegen nur »aktiv einbezogen« oder »beteiligt« werden.

Indigene Bevölkerungsgruppen sind sogar zu blöd für die neue, wieder europäisch geprägte Leitkultur Nachhaltigkeit. Kapitel 26.1: »Indigene Bevölkerungsgruppen ... Ihre Fähigkeit zur uneingeschränkten Mitwirkung an einem auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichteten Umgang mit ihrem Land hat sich aufgrund wirtschaftlicher, sozialer und historischer Faktoren bisher als begrenzt erwiesen.« Wenig verwunderlich ist angesichts dieser Zielrichtung, dass die Agenda 21 den massiven Ausbau der Gentechnik vorschlägt, eine atomare Entsorgungsstruktur in allen Ländern dieser Welt sowie die Rückführung abgebrannter Atombrennstäbe an die Länder, wo das Uran gewonnen wurde.●

Nachhaltig marktfetischistisch

Der folgende Text stammt aus dem Kapitel »3.9 Öko-Betriebe und Geldinstitute als AkteurInnen« und beschreibt konkrete Auswirkungen der Marktorientierung ökologischer Konzepte, die auch in der Nachhaltigkeitsdebatte prägend sind.

Ökokapitalistische Politik Klimaschutz

Ein beeindruckendes und umfassendes Beispiel ökokapitalistischer Orientierung ist der Klimaschutz (47). Das Kyoto-Protokoll unterwirft mit dem Deckmantel der Ökologie bisher nicht der Verwertung unterliegende Bereiche dem Diktat von Kauf und Verkauf, der Akkumulation von Produktionsgrundlagen, denn das Recht, Luft zu verschmutzen, wird handelbar. In der Folge werden reiche Konzerne und Länder zum einen diese handelbaren Zertifikate bei sich konzentrieren können (und damit auch das Recht auf ungehinderte Produktion, Mobilität und Energieverbrauch) sowie gleichzeitig denen, die die Zertifikate nicht mehr nutzen können, neue Technologien zur Emissionsreduktion anbieten. Das bringt wirtschaftliche Macht und Profite.

Im Original: Auszüge aus Sebastian Oberthür/Hermann E. Ott, 2000: Das Kyoto-Protokoll, Leske+Budrich in Opladen

... könnten die Mechanismen zur wegweisenden Innovation werden, da sie Prinzipien des Marktes in bisher nicht gekanntem Ausmaß in die internationale Umweltpolitik einführen. (S. 136)

Der Emissionshandel, die Gemeinsame Umsetzung und der Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (...) verfügen zweifellos über alle Voraussetzungen, um sich zu den wichtigsten Elementen des Klimaregimes zu entwickeln. Ihre politische Bedeutung kann wohl kaum zu hoch bewertet werden. Mit der Nutzung dieser Instrumente wird sich das Klimaregime von einer in erster Linie auf den Umweltschutz gerichteten Vereinbarung in einen »harten« Wirtschaftsvertrag verwandeln. Es wäre denkbar, dass der CDM eines Tages in Konkurrenz zur multilateralen Entwicklungshilfe tritt. Mit der Schaffung eines Systems für den Handel mit Emissionen (und abgeleiteten Produkten wie Termingeschäften) könnte ein riesiger neuer Markt entstehen, auf dem umfangreiche Finanztransaktionen stattfinden. (S. 350)

Diese Art von Umweltschutz als Erweiterung von Marktlogik gefällt denn auch Kreisen, die als Vordenker und Lobbyisten des neoliberalen Umbaus gelten.

Im Original: Auszug aus »Die Frohe Botschaft Nr. 8« (48)

Maurice Strong, Vorsitzender des Umweltgipfels in Rio 1992 hat die aus seiner Sicht zwölf wichtigsten Schritte vorgeschlagen, mit denen den weltweiten Umweltproblemen am besten begegnet werden kann. Die meisten davon sprechen uns zutiefst aus dem liberalen Herzen. Zum Beispiel Vorschlag Nummer Drei: Behandelt die Erde und ihre Ressourcen als ob sie ein Unternehmen wäre.

Aus der Selbstverpflichtung der deutschen Wirtschaft zum Klimaschutz von November 2000 (Quelle: http://www.bmu.de/fset800.htm)

Solange die »Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der deutschen Wirtschaft zur Klimavorsorge« erfolgreich umgesetzt und gemäß Ziff. V gemeinsam weiterentwickelt wird, wird die Bundesregierung keine Initiative ergreifen, um die klimaschutzpolitischen Ziele auf ordnungsrechtlichem Wege zu erreichen.

Nachhaltigkeit & Co. (49)

Der tiefgreifendste Diskurs zur Verbindung von Ökologie und Ökonomie sowie zur Modernisierung von Herrschafts- und Verwertungslogik unter sozial-ökologischen Gesichtspunkten ist die Nachhaltigkeitsdebatte. Sie versucht, die Vereinbarkeit von Effizienz, Profit, Kontrolle sowie Herrschaft und Verwertung auf der einen und sozialen und ökologischen Zielen auf der anderen Seite herzustellen. Tatsächlich schafft sie das aber nur in einem konstruierten Rahmen, d.h. in der öffentlichen Wahrnehmung, in den Debatten in Medien und Wissenschaft, nicht aber im realen Leben. Die Schere zwischen Arm und Reich ist weiter auseinandergegangen, die Herrschafts- und Verwertungslogik erfasst die letzten Bereiche des Lebensalltags und beim Schutz der Umwelt stehen wenigen Prestigeerfolgen alarmierende Trends gegenüber.

Dennoch hat die Nachhaltigkeitsdebatte sowie ihre Teilelemente unter den Begriffen »Zukunftsfähigkeit«, »Zukunftsfähiges Deutschland«, »sozialökologische Erneuerung« oder »Agenda 21« die Brutalität von Herrschaft und Verwertung vernebelt. In diesem Sinne wird sie auch weiter denen dienlich sein, die auch den Umweltschutz als praktisches Mittel zur Legitiminierung von Herrschaft und Ausbeutung einsetzen. Entsprechend deutlich sind die Reaktionen aus der Wirtschaft selbst – dort wird der Nachhaltigkeitsdiskurs als große Chance bewertet, selbst in der Umweltdebatte die Meinungsführerschaft zu übernehmen. Zwanzig Jahre vorher stand die Industrie noch in der Sündenbockrolle.

Im Original: Bundeswirtschaftsminister Werner Müller in seinem Grußwort zum B.A.U.M. Jahrbuch, Quelle: B.A.U.M. News Nr. 16 vom 8.10.2001

Die Wirtschaft in Deutschland richtet sich mehr und mehr am Leitbild der Nachhaltigkeit aus. Der Diskurs hierüber wird offensiv geführt und der Erfolg zeigt, dass Nachhaltigkeit mit Gewinn für das Unternehmen und die Umwelt umsetzbar ist. Bislang sind es jedoch vorwiegend Großunternehmen, die Engagement zeigen und Schrittmacherfunktion übernehmen.

Es bleibt noch abschließend darauf hinzuweisen, dass die Entwicklung erst am Anfang ist. Die Aktienkurse haben nach den euphorischen Anfangsjahren die Zone normaler Kursgewinne und -verluste erreicht, Öko-Unternehmen bilden ihre eigenen Lobbyverbände und agieren in den Wirtschaftsvereinigungen mit. Sie fordern mehr Liberalisierung des Marktes – wie ihre konventionellen KollegInnen auch. Selbst in der Schule wollen ÖkologInnen heute nicht mehr den Ökologieunterricht, sondern die Schulung in Unternehmensgründungen. Unter den Überschriften »Earning oder Learning« und »Erziehung zu Eigeninitiative und Unternehmensgeist« warb die ökopädagogische Zeitung »21« (50) für die Gründung von SchülerInnenfirmen als neue Lernform – nachhaltig, versteht sich.

Die Diskussion um die Weiterentwicklung ökokapitalistischer Konzepte wird in den passenden Kreisen geführt – unter Ausschluss unabhängiger UmweltschützerInnen. Ein prägnantes Beispiel sind die jährlichen »Umweltkonferenzen« in Berlin Kreuzberg (51), wo hochrangige ManagerInnen der Großkonzerne (Deutsche Bank, Bayer, Novartis, Preussen Elektra usw.) mit den Führungspersonen der Umwelt NGOs und der Grünen über Ökologiestrategien diskutieren. Im Jahr 2001 kam es zu Protestaktionen von unabhängigen UmweltaktivistInnen.

Im Original: Auszüge aus Beiträgen auf der »Umweltkonferenz 2000«

Wer nicht zuerst auf die »Widerständler« starrt, sondern sich nach möglichen »Helfern« umschaut, dem bieten sich interessante Perspektiven. (Reinhard Loske, B'90/Grüne, 2000)

Regierungen und Konzerne sind Täter, nicht Schützer. (6m Transparent einer Protestgruppe vor der Bühne, 2001)

Anmerkungen zu diesem Abschnitt:

(47) Weitergehende Informationen in den Ö-Punkten 2/2001 zum Klimaschutz (www.oepunkte.de) und unter www.projektwerkstatt.de/oekofilz.

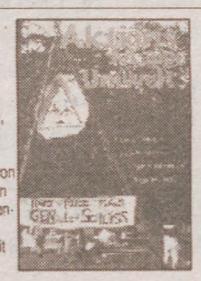
(48) Rundbrief von Dirk Maxeiner und Michael Miersch, die in etlichen Büchern sowie in wirtschaftsnahen bis hin zu rechten Zeitungen (eigentümlich frei, Novo, Junge Freiheit) UmweltschützerInnen seit Jahren beschimpfen (siehe www.maxeiner miersch.de).

(49) Nachhaltigkeit ist eine umfassende gesellschaftliche Debatte, die der Modernisierung von Herrschaft und Verwertung dient. Sie soll daher im zweiten Band dieser Buchreihe, wo es insgesamt um soziale und ökologische Konzepte als Vehikel für den Ausbau von Markt und Staat geht, vertiefend behandelt werden. Weitergehende Literatur: Siehe Anhang. Texte zur Nachhaltigkeitskritik sind in den Zitate Rubriken von www.projektwerkstatt.de zu finden.

(50) Die Zeitschrift wird von der nachhaltigkeits und agendaorientierten Gruppe um den Berliner Prof. Gerhard de Haan herausgegeben und ist im ökom Verlag verlegt, der im Bereich ökokapitalistischer Konzepte führend ist.

(51) Ca. Ende Januar in der Waldorfschule.

Bücher ...



Freie Menschen in Freien Vereinbarungen: Gegenbilder zu Verwertung, Herrschaft und Kapitalismus – Selbstorganisierung, Selbstentfaltung, Gleichberechtigung, Mensch-Natur-Verhältnis, emanzipatorische Bewegung. 164 S., A5. 10 €
Kritische Reader zu Ökonomie von unten, Agenda 21, Politik von unten, Ökostrom von unten, Herrschaftskritik, Dominanzabbau in Gruppen und Ökonomie&Ökologie. Gesammelte Texte, Dokumente, Statements. A4, je ca. 70 S.&6 €.
Aktionsmappe Umwelt, Tipps für die konkrete politische Arbeit vor Ort. Organisation, Rechtliches, Aktionstipps, Finanzen usw.. A4-Ordner. 15 €

Das System ist schuld. Kleines Heftchen zu Umweltzerstörung und den Ursachen. A5, 24 S., 1 €.
Blockadefibel – Tipps für Blockaden, Lock-Ons, Besetzungen und mehr. A5, 52 S., 2 €.
Food-Koop-Handbuch. Tipps für Gründung, Rechtliches usw. A5, 110 S., 8 €.
Umweltschutz in der Gemeinde. Vorschläge für politische Programme und Projekte. A4, 64 S., 2 €.
Graue Seiten. Kommentierte Umwelt-Adressenliste – mit Direkt-Kontakten, www und Email. A6, 64 S., 2,50 €
Agenda, Expo, Sponsoring:
Band 1: Recherchen im Naturschutzfilz. Infos zum Filz zwischen Umweltschutz, Wirtschaft und Staat. Beschreibung der Umweltverbände und -einrichtungen. Rechte Ökologie, Esoterik, Agenda/Nachhaltigkeit, Anbiederung, Umweltparteien und vieles mehr. 400 S. 20 €.
CD zum Band 1. Gescannte Dokumente, Internetauszüge und mehr zum Filz. Mit Acrobat-Reader. Für Windows, Apple, Linux und OS/2. 24 €
Band 2: Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutz. Kapitel zu Strukturen, Naturschutz, Ökonomie, Umweltbildung und mehr. 280 Seiten. 20 €.
Gesamtpaket (2 Bände+CD): 56 € pro Paket.

Internet

www.hoppetosse.net: Einstiegsseite für alles!!
Dort auch Eintragungsmöglichkeit in Mailingliste.
www.projektwerkstatt.de/uvu: Umweltschutz von unten

"Widerstand und Vision – Strategien politischer Bewegung"
Diese Buchreihe soll die bestehende Praxis politischer Gruppen kritisch durchleuchten, Konzepte und Ideen für eine emanzipatorische Praxis werden vorgestellt. Herausgeberin: action creative.
Band 1: Reich oder rechts 22,80 €
Umweltgruppen und NGOs im Filz mit Staat, Markt und rechter Ideologie. Wer vertritt welche Konzepte, erhält welche Gelder? Wo sitzen Parteileute in Leitungsgremien, wie werden Entscheidungen von oben durchgesetzt? Wo sind Schnittstellen zu rechten oder esoterischen Gruppen? Viele Daten aus dem Innenleben der Verbände. A5, 300 S.
Ab 5 Stück: 18 €, ab 10 Stück 15 €.
Band 2: Nachhaltig, modern, staatstreu? ca. 18,- €

Staats- und Marktorientierung aktueller Konzepte von Agenda 21 bis Tobin Tax: Aktuelle Vorschläge aus politischen Gruppen werden daraufhin untersucht, wieweit sie Markt und Staat, Diskriminierung oder Nationalismus fördern statt überwinden. Eine schonungslose Kritik von NGOs bis linksradikalen Positionen. A5, ca. 200 S., ab Ende Sommer 2002.

HERRSCHAFT AUSMACHEN

Blick ins Herz der Finsternis

In den großen alten Geschichten ist Herrschaft leicht zu identifizieren. Wenn Sauron im »Herr der Ringe« danach strebt, alle BewohnerInnen von Mittelerde zu unterwerfen und sich verfügbar zu machen, ist die Lage klar: Es gibt Gute und Böse, Freie und Unterdrückte, Herrscher und ihre Gefolgsleute. Und in Wirklichkeit?

schöner leben göttingen ● Wenn Deutschland wieder Krieg führt, Castortransporte durchs Land geprügelt werden, staatliche Einsatzkräfte bei Demonstrationen auf Menschen schießen und anlässlich der Münchener Sicherheitskonferenz das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung außer Kraft gesetzt wird, sind herrschaftsförmige Prozesse auch ohne einen Sauron noch irgendwie auszumachen. Doch jenseits solcher Großereignisse ist es meist gar nicht so leicht zu erkennen, wo, wie und wodurch unser Leben fremdbestimmt und reglementiert ist – und was dahinter steckt.

Um also ein wenig Durchblick ins Dickicht der Herrschaftsverhältnisse zu bringen, soll das Phänomen Herrschaft unter zwei grundsätzlichen Fragestellungen betrachtet werden: »Was ist Herrschaft?« und »Wie funktioniert Herrschaft?«.

Dank vieler Jahre emanzipatorischer Bewegung brauchen wir die analytische Brille allerdings nicht neu zu erfinden. So können wir einerseits auf viele schon entwickelte Aspekte zurückgreifen. Andererseits können wir uns auf einige Eigenschaften und Details konzentrieren, die uns an unserer Brille wirklich hilfreich scheinen – denn was nützt eine Brille, die zwar hip aussieht, aber verschmierte Gläser hat, oder die unglaublich präzise geschliffene Gläser hat, unter deren Gewicht aber kein Millimeter Bewegung mehr möglich ist?

One ring to rule them all? – Kapitalismus vs. Sexismus vs. Rassismus vs. ...

Neulich in Bremen hielt Frau Lieselotte Meier einen Fragebogen in den Händen. Sie sollte dort Kategorien ankreuzen: männlich/weiblich; schlank/übergewichtig; unter 50 Jahre/über 50 Jahre; nicht behindert/behindert; sportlich/unsportlich; heterosexuell/homosexuell; mit EU-Pass/ohne EU-Pass usw.

Einige der Kategorien war sie gewohnt (»Ja klar, weiblich.«), andere schienen ihr ungewöhnlich, ließen sich aber immerhin leicht ankreuzen (mit EU-Pass; nicht behindert; heterosexuell). Doch dann schimpfte sie los: »Sportlich oder unsportlich; schlank oder übergewichtig – so eine Frechheit, soll ich damit gebrandmarkt werden? Und was soll das mit meinem Alter, bin ich mit 53 etwa schon zu alt?« Frau Meier fühlt sich bei der Frage nach ihrem Alter unwohl und irgendwie ausgeschlossen. Da sie andererseits keine Behinderung hat, braucht sie vor Diskriminierung in diesem Zusammenhang keine Angst zu haben.

Herrschaft manifestiert sich also in den unterschiedlichsten Bereichen. Unverzichtbarer Bestandteil emanzipatorischer Politik ist es, Herrschaftsverhältnisse in allen diesen Bereichen zu kritisieren und zu bekämpfen, also z.B. Sexismus, Rassismus oder Behindertenfeindlichkeit. Eine Beschränkung auf einzelne solcher Herrschaftsverhältnisse und ihre isolierte Betrachtung hat fatale Folgen: Es kann zu Reproduktion von Herrschaft und diskriminierendem Handeln in anderen als dem gerade problematisierten Bereich kommen. Die Tatsache, dass Frau Meier viel weniger verdient als ihr Mann, obwohl sie ursprünglich einmal das gleiche gelernt haben, empfindet sie als diskriminierend. Dafür findet sie es sehr praktisch, dass ihre polnische Putzfrau dazu bereit ist, für nur 5 Euro bei ihnen zu arbeiten. Wer in einem bestimmten Herrschaftsverhältnis zu den Unterdrückten und Fremdbestimmten gehört, ist oft in einem anderen auf der Seite der Herrschenden und Bevorteilten. In dem Willen, Sexismus, und zwar nur Sexismus, zu kritisieren, ist schon manche »Feministin« schnurstracks dahin gekommen, den Krieg in Afghanistan deswegen zu befürworten, weil er sich gegen das frauenverachtende Talibanregime richtet.

Diese Beschränkung der Analyse auf einzelne Unterdrückungsverhältnisse kann nicht nur in die beschriebenen Sackgassen führen, sondern ist auch inhaltlich fragwürdig. Deshalb ist es wichtig festzustellen, dass Herrschaftsverhältnisse grundsätzlich miteinander verknüpft, wechselseitig verwoben und in gleichem Maße problematisch sind. So bleibt die kapitalistische Vergesellschaftung mit ihren Mechanismen und Auswirkungen nicht auf die Sphäre der Ökonomie beschränkt, sondern strahlt in alle Lebensbereiche. Andererseits lassen sich beispielsweise rassistische Strukturen und Handlungen nicht erschöpfend aus der kapitalistischen Logik heraus erklären. Mehr noch, es gibt vom Kapitalverhältnis unabhängige Prinzipien, die gesellschaftlich verankert sind und ebenfalls eine umfassende Durchschlagskraft entfalten.

Herrschaft im Brennpunkt

Erst wenn Herrschaft selbst im Mittelpunkt der Analyse steht, ist es möglich, gemeinsame Grundmuster und Wirkungsweisen von z.B. Kapitalismus und Rassismus zu erfassen. Bei der Betrachtung dieser allgemeinen Funktionsprinzipien geraten dann auch weniger »prominente« Herrschaftsverhältnisse in den Blick, wie beispielsweise Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit oder die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Alters oder einer sogenannten Behinderung.

Darüber hinaus wird es so möglich, auch die eigene Verwicklung und Stellung innerhalb des Herrschaftsgeflechts zu erkennen. Frau Meier ist als Frau von manchen guten Positionen in Beruf und Gesellschaft ausgeschlossen. Im selben Moment profitiert sie aber von ihrem europäischen Pass und der Tatsache, dass viele Menschen weder den Pass noch die damit verbundenen Privilegien besitzen. Den rassistischen Konsens in Deutschland zu bekämpfen, heißt dementsprechend nicht nur, gegen Residenzpflicht, Abschiebungen und Internierungslager Widerstand zu leisten. Gleichzeitig ist es auch unser Ziel, Privilegien als »Weiße« und damit in einer rassistischen Gesellschaft »höher« Bewertete bewusst zu machen und damit verbundene Machtstellungen zu überwinden.

Der Blickwinkel oder Die drei Seiten der Medaille Was ist Herrschaft?

Sauron, der Herr der Ringe, verfügt über Orks und Schwarze Reiter, Frau Meier über ihre Putzfrau und der Chef von Frau Meier über ihre – durch Mutterschaftspause abgewertete und damit günstigere – Arbeitskraft. Gesellschaftliche Strukturen, Regeln und Rollen sorgen dafür, dass Frau Meier auch wirklich arbeiten gehen muss, sie kann sich der Verfügung nur schwer entziehen. Der Zugriff der ChefInnen auf »ihre« Frau Meiers ist somit über die persönliche Beziehung hinausgehend abgesichert – und genau das macht Herrschaft aus. Eine Brille, mit deren Hilfe wir die verschiedenen Ebenen von Herrschaft aufdecken können, sollte einen Wechsel des Blickwinkels ermöglichen.

Foto: Volker Derlath

Die Vogelperspektive: Gesellschaftliche Erscheinungsformen und Strukturen

Viele (politische) Theorien und Strategien erschöpfen sich darin, verschiedene Herrschaftsverhältnisse nur auf der Ebene ihrer gesellschaftlichen Erscheinungsform zu erfassen. Das aktuell prominenteste Beispiel sind hier große Teile der GlobalisierungskritikerInnen, die den Neoliberalismus nicht als derzeitige Erscheinungsform des Kapitalismus, sondern als alleinige Ursache von Armut und ungerechter Verteilung bekämpfen. Ein anderes Beispiel ist die Beschränkung der Problematisierung des Geschlechterverhältnisses auf prozentuale Frauenanteile in bestimmten gesellschaftlichen Positionen und die Quotierung als (alleinige) politische Strategie.

Andere Ansätze gehen einen Schritt weiter und thematisieren nicht nur die Erscheinungsebene von Herrschaftsverhältnissen, sondern auch die zugrundliegenden gesellschaftlichen Strukturen. Kritisiert werden dann z.B. hierarchische Klassenstrukturen, die gesellschaftliche Organisation des Marktes (in ihrer neoliberalen Verfasstheit) und damit einhergehende Konkurrenzverhältnisse. Übertragen auf die Geschlechterproblematik würde das heißen, die Kritik am Patriarchat, an der Hierarchisierung der Geschlechter, an geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung etc. zu formulieren. Solche Ansätze, die den Blick auf die gesellschaftlichen Strukturen und deren Erscheinungsformen richten, sind notwendig, um Herrschaft in ihrem gesellschaftlichen Kontext zu erfassen, aber nicht hinreichend, um sie radikal kritisieren und grundsätzlich verändern zu können.

Der Röntgenblick: Was liegt dem zugrunde?

Wichtig erscheint es uns zusätzlich, hinter diese gesellschaftlichen Erscheinungsformen von Herrschaftsverhältnissen sowie ihre strukturelle Verankerung zu gukken: Herrschaft stützt sich auf grundlegende Prinzipien, die jedeR als unabänderlich und normal, als quasi-natürliche Gesetzmäßigkeit, empfindet. Diese Prinzipien sind materiell nicht erfahrbar und sie werden nicht unmittelbar erlebt. Dennoch sind sie von den Individuen so verinnerlicht, dass sie für diese die Wirklichkeit darstellen und somit bedeutsam für ihr Denken, Entscheiden und Handeln sind.

Dabei liegen Herrschaftsverhältnissen verschiedene strukturierende Prinzipien zugrunde. Für jede jeweils aktuelle Ausgestaltung des Kapitalismus ist beispielsweise der Zwang wesentlich, alles und jedeN als Wert zu erfassen und vorhandene Werte im Produktionsprozess zu vermehren – zu verwerten im wahrsten Sinne des Wortes. Dass aber abstrakte Dinge (z.B. Arbeit) genauso wie konkrete Dinge (z.B. Waschmaschinen) überhaupt einen Wert haben, erscheint uns als zweifellose »Wahrheit«.

Genauso selbstverständlich ist uns die abendliche Wahl zwischen dem Frauen- und dem Männerklo in der Kneipe: Grundlage von Patriarchat und Sexismus ist die Konstruktion und der damit einhergehende Zwang zur Zweigeschlechtlichkeit. Das bedeutet zum einen, dass wir es als vollkommen normal empfinden, dass Menschen anhand des Geschlechts in zwei gesellschaftliche Gruppen eingeteilt werden und nicht anhand des Unterscheidungsmerkmals »angewachsene Ohrläppchen/nicht angewachsene Ohrläppchen«. Der Zwang zur Zweigeschlechtlichkeit bedeutet zum anderen, sich ständig zu einem von zwei Geschlechtern eindeutig zuordnen zu müssen, sei es bei der Klowahl, dem Ankreuzen von offiziellen Formularen oder der ersten Frage an die frischgebackenen Eltern: »Was ist es denn?« – mit all den Vorstellungen von Rollenmustern, Chancen und Möglichkeiten, die an dieser Frage mit dranhängen. Ohne das Prinzip der Zweigeschlechtlichkeit sind patriarchale Verhältnisse schlicht nicht vorstellbar, da nur in ein hierarchisches Verhältnis zueinander gebracht werden kann, was vorher voneinander unterschieden wurde.

Der Alltagsblick: Der 5-Euro-Putzjob – Wie wir und andere Herrschaft erfahren

Schließlich kann Herrschaft als persönliche Erfahrung beschrieben werden: Die beschriebenen grundlegenden Prinzipien, ihre Verankerung in gesellschaftlichen Strukturen und die Erscheinungsformen von Herrschaftsverhältnissen werden als konkrete Einschränkung, als alltägliche Fremdbestimmung erlebt. Die polnische Putzfrau kann ohne EU-Pass hier nicht einfach so arbeiten und »muss froh mit dem sein, was sie bekommt«. Für Lieselottes transsexuelle Tochter Martin wird der sonst so alltägliche Gang zur Toilette in öffentlichen Räumen ebenso zur großen Qual wie die taxierenden Blicke all derer, die endlich wissen wollen, »was« sie denn nun ist. MigrantInnen dürfen sich aufgrund der Residenzpflicht nicht aus ihrem Landkreis bewegen, Sozialhilfekürzungen entscheiden eben darüber, ob die Tochter mit auf die Klassenfahrt fährt oder man einem Freund mal einen Kaffee ausgeben kann.

Jeder dieser drei Blickwinkel auf Herrschaftsverhältnisse – d.h. jede der drei Seiten der Medaille – ist unserer Meinung nach notwendig und relevant, um Herrschaft erkennen, benennen und bekämpfen zu können. Von vielen Gruppen und Menschen wird jedoch nur ein einzelner Blickwinkel gewählt. Humanitäre Organisationen oder christliche Initiativen konzentrieren sich in der Regel vollkommen auf den Alltagsblickwinkel: In diesem Bereich tun sie durchaus sinnvolle Dinge, ohne jedoch die zugrundeliegenden Missstände zu thematisieren oder eine über das Individuum hinausgehende Veränderung anzustreben. In anderen Kreisen ist es dagegen üblich, allein die dahinterliegenden Prinzipien zu betonen. Hier werden dann schnell Proteste gegen die ungerechte Verteilung gesellschaftlichen Reichtums als Lappalie bzw. konterrevolutionärer Akt abgetan. Eine Politik, die persönliche Erfahrungen und gesellschaftliche Erscheinungsformen derart gegenüber den zugrundeliegenden Prinzipien unterbewertet, ist unserer Ansicht nach elitär. Genauer gesagt, den Widerstand gegen Sozialhilfekürzungen als Peanuts abzutun, muss mensch sich leisten können.

Die Spezialfilter oder Tragende Säulen der Dickichtkonstruktion Wie funktioniert Herrschaft?

Herrschaftsverhältnisse können aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet werden. Ansatzpunkte für politische Strategien und konkrete Aktionen lassen sich jedoch besser formulieren, wenn zusätzlich berücksichtigt wird, wie sich Herrschaft konkret umsetzt und vermittelt, d.h. also, welche widerspenstigen Mechanismen dazu beitragen, dass Selbstbestimmung fast nirgendwo zu finden ist. Um eine Vorstellung davon zu bekommen, wie Herrschaft funktioniert und wie sie sich scheinbar selbst stabilisiert, lohnt es sich, die analytische Brille mit verschiedenen Spezialfiltern auszustatten. Mit ihrer Hilfe sollen einige zentrale, in der Welt sonst kaum entwirr- und unterscheidbare Mechanismen von Herrschaft einmal einzeln betrachtet werden können.

Herrschaft äußert sich zum einen als direkte Gewalt mit dem Ziel der Aufrechterhaltung geltender, d.h. »herrschender« Spielregeln. Während direkte Gewalt in Form von physischem Zwang auf zwischenmenschlicher Ebene durchaus alltäglich ist, wird sie auf staatlicher Ebene zunehmend ergänzt durch polizeiliche, korrigierende, sogenannte »saubere« Gewalt. Bestes Beispiel sind die als »humanitäre Interventionen« bezeichneten weltweiten kriegerischen Operationen der Nato.

Auf den ersten Blick weniger sicht- und erfahrbar als direkte Gewalt, aber dadurch nicht weniger fremdbestimmend, ist strukturelle Gewalt. Zu ihr zählt beispielsweise jede Form sozialer Ungleichheit und – als spezifische Form struktureller in Verbindung mit direkter Gewalt – existenzielle Abhängigkeit. Letztere besteht darin, dass Individuen oder Gruppen soziale Kooperationen jeglicher Art nicht verlassen können, wenn sie es wollen. Anders als bei der direkten Gewalt, wird nicht direkt eingegriffen: Es werden lediglich alle Alternativen zum bestehenden Leben, Arbeitsverhältnis etc. nahezu unmöglich gemacht. Für die Ausübung struktureller Gewalt spielt der Staat durch Einschränkung von Verfügungsmöglichkeiten, aber auch durch den Schutz von Privateigentum und die Garantie von Rechtssicherheit eine zentrale Rolle. Als institutionalisierter Garant der herrschenden Ordnung ist er deshalb für uns ein wichtiges Angriffsziel.

Indem sich Gruppen als »geschlossen« definieren und bestimmen, wer über welche Eigenschaften dazugehören darf und wer nicht, funktioniert Herrschaft im Sinne von Diskriminierung, von Ausschluss. Diskriminiert wird an der Arbeitsstelle, in der Familie, im Bildungssystem, durch Gesetze, also auf verschiedenste Art und Weise auf der Basis von tatsächlichen oder konstruierten Merkmalen. Beispiele für solche Merkmale in gesellschaftlicher Größenordnung sind Geschlecht, Ethnizität und Klasse. Diskriminiert wird aber auch durch bestimmte outfits und Verhaltensweisen oder durch Normen, wie das herrschende bürgerliche Kleinfamilienideal.

Tagtägliche Zeitungs- und Fernsehmeldungen machen eines klar: Die Kontrolle der Öffentlichkeit ist eines der zentralen und wirksamsten Herrschaftsinstrumente; Geld und Macht (durch Geld) sind die zentralen Kriterien, die über ihre Verfügung entscheiden. Debatten und Analysen, die die herrschende Weltsicht als alleinige Wahrheit setzen und die daher von allen verinnerlicht, nachgebetet und schließlich aktiv vorangetrieben werden, erschweren emanzipatorischen Widerstand. Unbequeme oder abweichende Meinungen werden zunehmend durch die herrschende Öffentlichkeit vereinnahmt, die sich damit selbst als vielfältig und kritisch darstellen kann und nebenbei widerständige Positionen erstickt und unhörbar macht. Aktuell zeigt sich dies am Beispiel des World Economic Forum (WEF): Man habe die sogenannten GlobalisierungskritikerInnen erhört und »die Probleme Afrikas« erkannt, so dass die leidigen Proteste also hinfällig seien. Die angepriesene Lösung des WEF besteht nun aber gerade darin, die aggressive Ausweitung des Freihandels voranzutreiben. Die davon abweichenden Konzepte Hunderttausender kritischer Menschen sind somit durch die medienwirksame Zwangsumarmung nicht mehr sichtbar.

Herrschaftsverhältnisse als komplexe gesellschaftliche Prozesse, ihre Umsetzungsweisen und Mechanismen werden fortlaufend dadurch gesichert, dass sie von allen Individuen verinnerlicht und im alltäglichen Handeln ständig stabilisiert werden – dies ist jedoch im Fall direkter Gewalt auf Seiten der Opfer sicherlich weniger relevant. Herrschaft ist im Gegensatz zu den alten Geschichten in ihren unterschiedlichen Ausprägungen also nicht in einfachen Entgegensetzungen von Herrschenden und Beherrschten zu erfassen – obwohl es diese Rollen mit durchaus wechselnder Besetzung in konkreten gesellschaftlichen Situationen gibt.

Die zwanghafte Einbindung aller Individuen in jegliche herrschende Ordnung muss abgewickelt werden! ●

Friedenspädagoge Bernhard Nolz erhält Zivilcourage-Preis 2002

»Ich bleibe bei meiner Meinung«

Die Story ging durch die Medien: Am 17.09.2001, wenige Tage nach dem die Welt erschütternden Anschlag auf die Hochhäuser in New York, demonstrieren in Siegen Schüler. Sie wollen ihrer Betroffenheit Luft machen. Auf der Abschlusskundgebung spricht Bernhard Nolz, 57-jähriger Lehrer für Deutsch und Gesellschaftslehre der Bertha-von-Suttner-Gesamtschule. Er folgt nicht der von Bush und Schröder vorgebenen Linie des »Krieges gegen Terror« bzw. der »Uneingeschränkten Solidarität«, sondern spricht über die Toleranz, Nächstenliebe und Menschenrechte. Nach dieser Ansprache wird er vom Dienst suspendiert. Eine Hetz- und Diffamierungskampagne gegen ihn setzt in den Medien und den politischen Instanzen ein.

von Chr. Le Maan ● Bernhard Nolz ist ein unbequemer Mensch mit aufrechtem Gang. Er hat sich dem Frieden und den Menschenrechten verpflichtet. Er übt einen schönen Beruf aus, den des Lehrers. Bereits in früheren Jahren geriet er immer wieder in Konflikt mit der Staatsmacht. Zu Zeiten der RAF-Hysterie wurde er gar des »Terrorismus« verdächtigt, nur weil er mit seinen Schülern eine Demonstration für den Bau eines Schwimmbades organisierte. Er protestierte als junger stv. SPD-Bürgermeister während eines Empfangs des ehemaligen Bundespräsidenten Kiesinger, indem er diesen während dessen Ansprache immer wieder in Zwischenrufen als »Nazi« titulierte. Er gründete und betreibt in ehrenamtlicher Tätigkeit neben seiner Tätigkeit als Lehrer das Siegener Zentrum für Friedenskultur. Er ist Sprecher der bundesweiten Initiative »Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden« und beim Bund für Soziale Verteidigung (BSV) aktiv.

In seiner Ansprache am 17.09.2001 spricht Bernhard Nolz von den – übrigens bis heute nicht geklärten – Ungereimtheiten im Zusammenhang mit dem Anschlag, von dem Gebot aller Religionen »Du sollst nicht töten!«, von der Verpflichtung zur Wahrung der Menschenrechte. Er fordert – ganz in der Traditoon von Bertha von Suttner, auf die er sich ausdrücklich bezieht – die anwesenden SchülerInnen auf, den Prinzipien der Nächstenliebe und der Toleranz zu folgen, sich gegen Krieg, Terror und Gewalt zu engagieren, von dem Grundrecht auf Verweigerung des Kriegsdienstes Gebrauch zu machen. Er spricht über Machtmissbrauch durch die Herrschenden, über Ausbeutung und Unterdrückung durch die reichen Nationen und fordert, dass die Ausgaben für Waffen und Kriege eingestellt werden, um stattdessen Hilfsorganisationen und Friedensdienste zu finanzieren.

Die BILD-Zeitung titelt »Lehrer greift Amerika an!« und Paul Breuer, Mitglied des Bundestages für die CDU, fordert öffentlich, dass Bernhard Nolz »aus dem Verkehr gezogen werden muss. Nolz betreibt geistige Umweltvergiftung.« Der Staatsschutz nimmt Ermittlungen wegen »Unterstützung von Terroristen« auf. Im Ergebnis wird ihm von seiner Schulleitung die Solidarität verweigert, die Schulbehörde stellt sich gegen ihn. Er wird vom Dienst suspendiert, GRÜNEN-Umweltministerin Höhn streicht die Zuschüsse für das Zentrum für Friedenskultur.

Doch Bernhard Nolz erfährt auch Solidarität. Das Vorgehen gegen ihn (und übrigens noch andere LehrerInnen in Deutschland) läßt die Praxis der Berufsverbote wieder aufleben, mit denen in den 70er und 80er Jahren Tausende demokratisch gesinnte LehrerInnen und andere Staatsbeschäftigte belegt wurden, wenn sie sich in der DKP und anderen demokratischen Organisationen betätigten. Für Bernhard Nolz wurden Tausende von Unterschriften gesammelt, der Vertreter der Gewerkschaft Erziehung-Wissenschaft (GEW), Jürgen Schmitter, spricht von einer »Einschüchterungsmaßnahme zur Tabuisierung der NATO und der Politik der USA«. Schließlich wird Nolz im Mai 2002 für den Aachener Friedenspreis nominiert und erhält in einem Festakt am 22. Juni 2002 in Bodenwerder den Preis für Zivilcourage.

Es war die 7. Verleihung des jährlichen Preises für Zivilcourage der Anne Solbach-Freise-Stiftung. Die Stifterin, Frau Anne Solbach-Freise, erinnerte daran, dass auch Bertha von Suttner Zeit ihres Leben unter Verhöhnungen und Beschimpfungen zu leiden hatte. Trotzdem erhielt sie für ihre Forderung »Die Waffen nieder!« als erste Frau und erste Preisträgerin überhaupt den Friedensnobelpreis. Frau Solbach-Freise betonte, dass es mit der Verleihung des mit 3.000 Euro dotierten Preises an Bernhard Nolz darum ginge, zur Zivilcourage zu ermutigen. Nolz stehe in der Tradition der vorhergehenden PreisträgerInnen, die stets unter hohem persönlichem Einsatz für ihre Meinung eingetreten seien, ohne vor daraus resultierenden Nachteilen zurückzuschrecken. So etwa Axel Köhler-Schnura aus Düsseldorf oder Gregor Bökermann aus Frankfurt – die Preisträger 2000 und 2001. Getreu dem Motto der Solbach-Freise Stiftung für Zivilcourage »Demokratie wagen – Zivilcourage zeigen!« Entsprechend auch das Rahmenprogramm des Festaktes mit hervorragenden Beiträgen des Polit-Kabaretts »Die Pawlowskis« und musikalischen Darbietungen wie dem Lied des Antifaschistischen und demokratischen Widerstands »Die Gedanken sind frei«.

In seiner Dankesrede betonte Bernhard Nolz, dass in seinem Fall ganz klar ein Maulkorb verhängt werden solle; dass es den Herrschenden darum gehe, die Geschichte um den 11. September zu verfälschen. Diesen überall vorhandenen Versuchen von Unterdrückung der Meinungsfreiheit und undemokratischer Repression müsse engagiert entgegengetreten werden. Der beste Schutz vor Verfolgung und Benachteiligung sei die Herstellung von Öffentlichkeit. Das wäre in seinem Fall ebenso. Stets habe er sich nicht einschüchtern lassen, sondern stattdessen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Öffentlichkeit mobilisiert. Dadurch sei es gelungen, die Suspendierung vom Schuldienst nach drei Monaten aufzuheben. Doch sei er nun strafversetzt, die Schulbehörde ermittle seit fast einem Jahr gegen ihn wegen »Störung des Schulfriedens«. Es gehe jetzt darum, den Druck auf die Landesregierung und die Schulbehörde in Arnsberg durch weitere Unterschriftensammlung und Protestbriefe zu erhöhen.

Wir gratulieren Bernhard Nolz zu seinem Preis. Er benötigt weiterhin jede Unterstützung. Die Forderungen im Fall Nolz müssen lauten: Vollständige Rehabilitierung, Wiedereinsetzung in seiner alten Schule, vollständige Auszahlung der gestrichenen Mittel für das Friedenszentrum Siegen.●

Proteste an

Gesamtschule Bertha von Suttner, Kolpingstr. 35, D-57072 Siegen
Gesamtschule Kierspe, D-58566 Kierspe
Bezirksregierung Arnsberg, Postfach, D-59817 Arnsberg
Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung, Völklinger Str. 49, D-40221 Düsseldorf
Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bärbel Höhn, D-40190 Düsseldorf
Kopien an:
Zentrum für Friedenskultur, Kölner Str. 11, D-57072 Siegen,
Tel. (02 71) 23 82 521, Fax 23 82 474
eMail info@zfk-siegen.de

2. OEKONUX-KONFERENZ VOM 1. BIS 3.11.2002 IN BERLIN

Call for Papers

Das Projekt Oekonux (http://www.oekonux.de) arbeitet seit Juli 1999 an der Frage, ob und inwieweit die Prinzipien Freier Software-Entwicklung – Verwertungsfreiheit, individuelle Selbstentfaltung, kollektive Selbstorganisation und globale Vernetzung – entscheidende Impulse für eine neue Gesellschaft geben können.

In der Freien Software wird tagtäglich ein neues Modell der Produktion praktiziert. Wir denken darüber nach, ob dieses Modell auf andere gesellschaftliche Bereiche übertragen werden kann bzw. untersuchen Beispiele, wo dies schon (ansatzweise) geschieht.

Auf dieser Grundlage werden utopische Gedanken diskutiert, die bis hin zu möglichen Organisationsformen einer Gesellschaft gehen, in der individuelle und kollektive Selbstentfaltung die Hauptquelle der gesellschaftlichen Produktivität ist und somit die derzeitige auf Lohnarbeit, Geld und Tausch beruhende Wirtschaftsform perspektivisch aufhebt. In diesen Argumentationen ist die Produktionsweise Freier Software die Keimform eines auf freiwilliger und selbstorganisierter Zusammenarbeit beruhenden Gesellschaftsmodells. In anderen Argumentationen im Projekt ist sie zumindest ein Lehrbeispiel für funktionierende Selbstorganisation.

Untermauert werden die Diskussionen im Projekt von einer genauen Beobachtung der aktuellen Entwicklungen in der Freien Software und anderen Bereichen, die eine Übertragung derer Prinzipien versuchen. Dazu gehören natürlich auch kritische Stimmen innerhalb und außerhalb des Projekts.

Die Konferenz

Die Konferenzbeiträge können aus einem weiten Spektrum von Zugängen kommen, sollten jedoch ihren inhaltlichen Bezug zu den oben genannten Prinzipien Freier Software verdeutlichen.

Dies soll die zweite Konferenz dieser Art sein. Die erste verlief im April 2001 in Dortmund sehr erfolgreich und ist unter http://erste.oekonux-konferenz.de ausführlich dokumentiert. Diskussionen, die dort begonnen wurden, sind in der Zwischenzeit vertieft worden und können natürlich auch auf der zweiten Konferenz weiter besprochen werden.

Beiträge aus folgenden Bereichen sind sehr erwünscht:

Freie Software
Erfahrungen aus Projekten, Erfolgsgeschichten, aber auch Konflikte, Widersprüche (z.B. Geldverdienen vs. Selbstentfaltung, Lohnarbeit vs. Freies Tun etc.) sowie Untersuchungen zum Phänomen Freie Software

Übertragung der Prinzipien Freier Software
Präsentation von Projekten oder auch nur Gedanken, die die Prinzipien Freier Software-Entwicklung auf andere Bereiche des menschlichen Lebens übertragen oder die Wurzeln dieser Prinzipien in älteren Systemen (Wissenschaft, Kunst, ...) darlegen wollen

Technologieentwicklung
Beispiele offener und kooperativer Technikentwicklung, wie sieht herrschaftsfreie und nachhaltige Technologie aus und wie kann sie entwickelt werden. Welche Bedeutung haben Freie Standards? Was kann eine solche Technikentwicklung für ökologische Fragen bedeuten?

Alternativ- oder Anti-Ökonomie
Theoretische Modelle der Überwindung von Tausch, Arbeit und Geld, praktische Erfahrungen in Projekten, Widersprüche von Theorie und Praxis

Wissenschaft
Wissenschaftlich orientierte Untersuchungen über die Umbrüche in der Arbeitswelt mit der Perspektive auf eine Überwindung der Arbeitsgesellschaft

Politik
Überlegungen aus dem Sektor politischer Organisationen Freie Software und deren Prinzipien oder das Verhältnis von Staat und Freier Software betreffend

Kultur
Freie Musik und Freie Formate, Erfahrungen und Projekte, neue Entwicklungen in verschiedenen Kulturbereichen, Freie Enzyklopädien, ...

Subjektivität
Die neue Rolle der Subjektivität, anders Handeln in Freien Projekten, Selbstorganisation und Selbstentfaltung, theoretische Reflexionen und praktische Erfahrungen

Macht, Herrschaft und Befreiung
Diese Themen und ihr Bezug zu Freier Software waren im letzten Jahr ein sehr kontrovers diskutiertes Feld im Projekt. Gibt es Macht oder gar Herrschaft in Freier Software? Wie verhält sich Freie Software zum Konzept Freier Kooperation? Freie Software und Patriarchat?

Freie Software, Globalisierung und Wertkritik
Wie verhalten sich die im Projekt diskutierten Theorien zu den momentan heiß diskutierten anderen kritischen Theorien (Empire, Krisis, ...). Was haben unsere Diskussionen mit der Globalisierung zu tun?

Wie kann Oekonux praktisch werden?
Interessant sind Ideen zu konkreten Projekte, die versuchen unsere Ideen in die Praxis umzusetzen. Freie Lizenzen für andere Bereiche, Umsonstläden, ...

Die geplante Konferenz soll die Möglichkeit bieten, die Gedanken, die an verschiedenen Stellen unabhängig voneinander entstanden sind, zu bündeln, gemeinsam neu zu diskutieren und für alle fruchtbar zu machen. Neben einem Kennenlernen soll auf Vorträgen und in Workshops der jeweils aktuelle Stand der Diskussion vorgestellt werden.

ReferentInnen gesucht

Interessierte, die einen Vortrag halten oder einen Workshop anbieten möchten, reichen eine kurze Skizze des Vorhabens beim Projekt Oekonux [mailto:projekt@oekonux.de] ein.

Abgabeschluß für Vortrags- oder Workshopskizzen ist der **1. September 2002**

Entscheidung über die ausgewählten Beiträge bis zum **15. September 2002.**

Die Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch. Übersetzerinnen und Übersetzer werden benötigt!●

FRIEDENSKARAWANE

Spannende Alternativen zu Tiefflug und Bomben

Gespräche, Aktionen und Veranstaltungen werden in diesem Herbst die Dörfer in der Kyritz-Ruppiner Heide bei Wittstock (Nähe Berlin) beleben – wenn die FRIEDENSKARAWANE vom 27. September bis 13. Oktober von Ort zu Ort zieht und über ermutigende, gewaltfreie Alternativen zu Militär und Krieg informiert.

Jan Stehn, Wustrow ● Die Bundeswehr plant in dieser Heidelandschaft den größten europäischen Bombenabwurfplatz. Seit zehn Jahren verhindert die Bürgerinitiative FREIe HEIDe mit Protest, phantasievollen Aktionen und Gerichtsprozessen solch Kriegsgetöse vor ihrer Haustür. Doch seit die NATO global im militärischen Einsatz ist, wächst der Druck der Militärs nach so einem »Luft-Boden-Schießplatz«.

Bereits die Rote Armee hatte während der DDR-Zeit über Jahrzehnte mit Militärübungen und Bombenabwürfen, die Menschen dort den Krieg nie vergessen lassen. Wir wollen in dieser durch Militär und von Widerstand geprägten Region die Menschen für eine finanzielle und persönliche Unterstützung von Friedensarbeit gewinnen.

Worum geht es?

In den letzten 50 Jahren haben Friedengruppen vieler Länder FriedensarbeiterInnen in Konflikt- und Kriegsgebiete entsandt. In partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit Gruppen vor Ort suchen sie Auswege aus der Spirale der Gewalt. Sie unterstützen die Menschen bei einer konstruktiven, gewaltfreien Austragung und Bearbeitung der Konflikte. Ihre Anwesenheit bietet bedrohten örtlichen FriedensaktivistInnen häufig Schutz vor gewalttätigen Übergriffen.

Aufgrund dieser langjährigen Erfahrungen und Vorarbeit hat die Bundesregierung ab 1998 einen zivilen Friedensdienst (ZFD) im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit gegründet. Auch wenn dafür weniger als ein Prozent der Militärausgaben aufgewendet werden, ist dies ein Schritt in die richtige Richtung.

Doch der Bedarf an Friedensarbeit ist weit größer

Während der FRIEDENSKARAWANE werden wir von den Erfahrungen mit qualifizierter Friedensarbeit berichten und wir wollen die Menschen für die Unterstützung von FriedensarbeiterInnen gewinnen. Spendenpatenschaften für Ausbildung und Projekte sollen Friedensarbeit über staatliche Zuschüsse hinaus möglich machen. Und wir werden in dieser Region mit hoher Arbeitslosigkeit Menschen ermutigen und anregen, über die Perspektive einer Ausbildung als FriedensarbeiterIn nachzudenken.

Viele Menschen haben sich enttäuscht von der Politik abgewendet. Gerade diese Menschen wollen wir ansprechen: Wir brauchen nicht auf politsche Veränderungen warten – wir können selber Friedensinitiativen in Gang bringen und unterstützen. Hundert Menschen können mit zwei Prozent ihres Einkommens die Ausbildung und das Projekt eines/r FriedensarbeiterIn ermöglichen.

Mitmachen erwünscht

Für die Karawane suchen wir Menschen, die mit Musik, Theater, Artistik, Kinderspielen, freundlich-lustigen Transparenten und mit persönlichen Gesprächen ... Jung und Alt im Dorf ansprechen oder andere Öffentlichkeits- und Vorbereitungsarbeit übernehmen. An der Karawane werden auch FriedensarbeiterInnen mit Auslandserfahrung und TrainerInnen für Gewaltfreie Aktion teilnehmen.

Beginnen werden werden wir mit einem dreitägigen Training, um uns auf Argumente und Gespräche vorzubereiten. Die Karawane versteht sich als gewaltfrei, lernende Aktionsgruppe. Wir werden nicht hasten, sondern jeweils mehere Tage in einem Dorf den BewohnerInnen und uns Zeit geben, zum gegenseitigen Kennenlernen und Gespräch. Wir freuen uns über Menschen aller Alters- und Berufsgruppen als GesprächspartnerInnen für die unterschiedlichen Menschen im Dorf.

Die FRIEDENSKARAWANE ist ein Anfang – wir wollen den Versuch wagen, ob wir an der Basis, an den Graswurzeln unserer Gesellschaft, die Hoffnung auf gewaltfreie Wege zum Frieden wecken können.●

Kontaktadresse:
Friedenkarawane c/o KURVE Wustrow, Kirchstr. 14, D-29462 Wustrow, Tel. (0 58 43) 98 71-0, Fax 11
e-Mail: friedenskarawane@kurvewustrow.org
web: www.friedenskarawane.net

Spenden
Wir bitten um Spenden für die Finanzierung der Karawane, Spendenkonto Nr. 55 66 33 - 309
PB Hannover, BLZ 250 100 30
Stichwort Friedenskarawane

ERZEUGER-VERBRAUCHER-GEMEINSCHAFT E.V., WEIMAR

Kundennähe und Erzeugerkontakte

– Selbstverständnis regionaler Vermarktung

Seit nunmehr bald knapp zwei Jahren betreibt die Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft Weimar ein Geschäft Am Palais 2. Ihr Anliegen ist es, Produkte aus ökologischem Anbau und umweltverträglicher Herstellung vorzugsweise aus der Region durch den Verkauf zu Erzeugerpreisen einem breiten Kundenspektrum zugänglich zu machen. Dieses Prinzip wird mit einer Mitgliedschaft in einem Verein umgesetzt. Die EVG Weimar nimmt in Ostdeutschland eine gewisse Pionierrolle ein, indem sie hier als eines der wenigen Modelle einer engen Kooperation zwischen landwirtschaftlichen Betrieben und Konsumenten für diese Idee agiert.

Nächste Radtour zu Biobauern in Latium und Toskana vom 11.-20.10.2002.
Weitere Informationen: TAGWERK-Ökoservice GmbH, Siemensstr. 2, D-84405 Dorfen, Tel. (0 80 81) 93 79 56, Fax 93 79 55

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Der Verein »Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft e.V., ökologische Produkte aus der Region zu Erzeugerpreisen« in Weimar will mit seinem Laden eine Alternative zu den allerorten ansässigen Supermärkten bieten. In den Räumen erwarten den Besucher ein Vollsortiment an Lebensmitteln sowie eine Auswahl an Drogerieartikeln. In einem Gespräch mit dem Ladenpersonal erfährt man Näheres zur Idee des Ladens: Großer Wert wird auf Kundennähe und Erzeugerkontakte gelegt. Kundennähe bedeutet, dass sich die Käufer zu jeder Zeit über die Herkunft der Produkte, deren Inhaltsstoffe als auch deren Verwendung informieren können. Am besten lässt sich das mit den Erzeugerkontakten vor Ort bei den Gärtnern und Bauern verbinden. So konnten sich schon einige der Mitglieder über die artgerechte Tierhaltung beim Biobauer Knauer in Haufeld überzeugen, denn von hier werden Fleisch- und Wurstwaren bezogen.

Persönliche Kommunikation

Derzeit zählt der Verein über 300 Mitglieder zwischen 16 und 70 Jahren und 70 Kinder, Tendenz steigend. Vom Studenten bis zum Professor, vom Schüler, Arbeitslosen oder Angestellten bis zum Rentner, vom Single bis zur Großfamilie ist alles vertreten. Neben der Versorgung mit Lebensmitteln dient der Laden als Kommunikationsort. Wer der Anonymität der Supermärkte entfliehen will, findet hier Gelegenheit, interessierte Menschen zu treffen und Kontakte zu knüpfen. Der Verein selbst ist bemüht, eine Plattform für Interessierte zu schaffen: Mit Infoveranstaltungen, Ausflügen zu den Erzeugern oder Festen möchte der Verein die Tragweite von ökologischem Landbau und der Verarbeitung dieser Produkte verdeutlichen. Für die Verbraucherin und den Verbraucher bedeutet es in erster Linie gesunde und hochwertige Produkte. Die ökologische Landwirtschaft ist die einzige Wirtschaftsform, die zur Förderung und Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen beiträgt.

Die günstigen Einkaufspreise im Laden sind machbar durch einen regelmäßigen monatlichen Beitrag von 12,78 EURO pro Erwachsenem. Dieser ermöglicht den Verkauf der Waren ohne die übliche Handelsspanne von 30 bis 50%. Die laufenden Kosten wie Gehälter, Miete, Nebenkosten oder Versicherungen werden von den Mitgliedsbeiträgen bestritten. Der Aufschlag von 10% auf den Einkaufspreis hilft die anfallenden Verluste im Frischebereich (Obst, Gemüse, Molkereiprodukte) aufzufangen. In diesem selbstabgesteckten Rahmen kann der Laden nicht gewinnorientiert arbeiten, aber eine solide Wirtschaftlichkeit wahren. Zur Sicherung des Warenangebotes wird bei Eintritt eine einmalige Einlage von 50 EURO gezahlt, die bei Austritt in Waren zurückerstattet wird.

Rabatte für Mitglieder

Durch seine günstige Innenstadtlage gibt es auch einen Anteil an Laufkundschaft: Ohne Mitglied zu sein, kann auch im Mitgliederladen eingekauft werden. Ursprünglich wurde für diese Kunden als »Tagesmitgliedschaft« ein Aufschlag von dreißig Prozent auf die Einkaufssumme erhoben. Hier hat bei der kontinuierlichen Suche nach der richtigen Ausformung des Modells eine der grundlegendsten Veränderung stattgefunden. Mittlerweile erfolgt Auszeichnung der Waren nur noch zu Nichtmitgliederpreisen. Denn die Mitgliederpreise hatten sich immer als besonders verwirrend für neue Kunden erwiesen. Die Erklärung dazu an der Kasse durch das Personal war auch nicht immer optimal. Aus diesem Grund bekommen die Mitglieder der EVG jetzt einen Rabatt. Er ist so angelegt, dass die Produkte nicht teurer sind als mit der ursprünglichen Kalkulation (Einkaufspreis + Mwst. + 10%).

Ökologisch angebaute und erzeugte Produkte haben einen höheren Preis als Waren aus dem konventionellen Bereich. Das vielfältige Zusammenspiel von Tieren, Pflanzen und Boden zu organisieren, erfordert einen höheren Arbeitsaufwand und damit mehr Kosten als im konventionellen Landbau. Als Folge können sich diese Produkte oft nur Menschen leisten, die über ein höheres Einkommen verfügen. Um aber dem Ansinnen gerecht zu werden, einem breiterem Verbraucherspektrum den Erwerb solcher Produkte zu ermöglichen, wurde der Faktor »Zeit« in das Gesamtkonzept integriert. Häufig haben Menschen mit einem geringeren Einkommen mehr freie Zeit, als jene mit einem höheren Einkommen. Deshalb wurde das Modell der Mitgliederarbeit entwickelt: Wer will kann sich auf den monatlichen Beitrag eine Ermäßigung erarbeiten. Dieses Prinzip ist akzeptiert und verdeutlicht, dass dieses Modell auch keine Konkurrenz zu den bestehenden Bioläden bildet.

Unterstützte Umstellung

Der Verbraucher ist seit BSE und MKS mehr denn je gefordert, zu überlegen, was ihm Produkte aus ökologischem Anbau wert sind. Die Entscheidung, Produkte aus dem ökologischen Landbau zu kaufen, ist insofern seit der Gründung der EVG erheblich gestiegen. Zumindest bis zum Bekanntwerden der Belastung auch von Bioprodukten mit dem Unkrautvernichtungsmittel Nitrofen wurde verstärkt nach Produkten insbesondere Fleisch- und Wurstwaren aus kontrolliert ökologischer Tierhaltung gefragt. Auch im Obst- und Gemüsebereich stieg der Umsatz kontinuierlich. Entsprechend fällt es zunehmend schwerer, den gestiegenen Bedarf durch das gegenwärtige regionale Angebot zu decken. Nicht nur dass es zuwenig Erzeuger gibt, auch die Produktpalette ist eingeschränkt und geht oftmals nicht über Kartoffel- oder Getreideerzeugnisse hinaus. Daher wird verstärkt auf Produkte von in Umstellung auf den ökologischen Landbau befindlichen Betrieben zurückgegriffen. Auf diese Weise wird versucht, die Umstellung zu unterstützen, indem allen Betrieben ein kontinuierlicher Absatz gesichert werden kann.●

ERZEUGER-VERBRAUCHER-GENOSSENSCHAFT, JENA

Politik mit dem Einkaufskorb

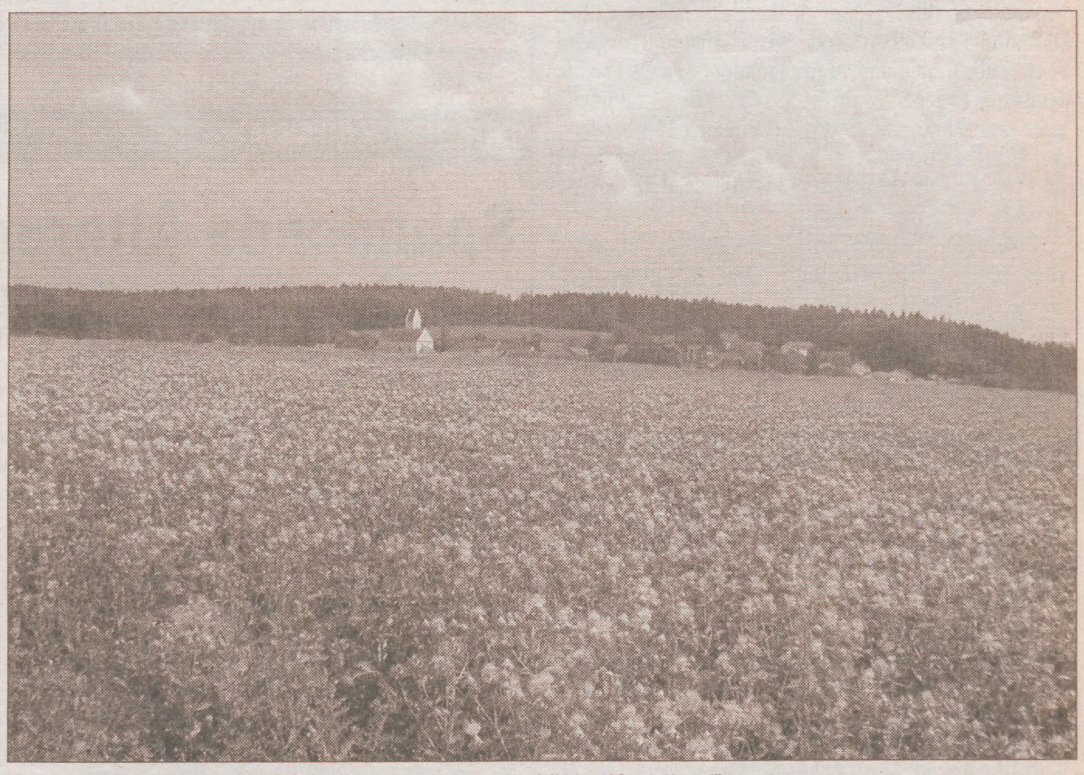
– Absatzmärkte für Bioerzeuger schaffen

Seit dem Jahr 2000 arbeitet eine kleine Gruppe von Initiatoren in Jena an der Idee einer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft. Zehn Erzeuger gehörten beim Start im Juni dieses Jahres zu der Gemeinschaft – darunter ein Gemüsebauer, eine Vollkornbäckerei, ein kleiner Fleischproduzent, aber auch »Nonfood«-Anbieter wie Stoffverarbeiter und Korbmacher.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Über Marktstände und Handzettel macht gegenwärtig eine bemerkenswerte Bürgerinitiative in Jena auf sich aufmerksam. Dort konstituiert sich eine Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft. Madeleine Ziegler-Ditschler, eine der Initiatorinnen erläuterte den Kern der Philosophie: Diverse Verarbeiter und Zwischenhändler werden ausgeschaltet; Erzeuger und Kunden sitzen in einem Boot. Gut lasse sich für das Projekt mit dem Nitrofen-Skandal argumentieren. Denn mittlerweile habe sich deutlich gezeigt, dass der Fehler nicht bei den Erzeugern lag.

Bewusste Verbraucher

Als Ziel haben sich die InitiatorInnen auf die Fahnen geschrieben: »die gegenwärtig herrschende und auf lange Sicht lebensfeindliche Ausbeutungswirtschaft von Natur und Mensch an der Basis zu beenden. Ein behutsamer und bewahrender Umgang mit der Natur, schließt sowohl eine rücksichtslose industrielle Massenproduktion als auch den dazugehörigen übertriebenen Konsum aus. So ergibt sich, dass in EVGs überwiegend kleine bäuerliche und handwerkliche Erzeuger sowie verantwortungsbewusste Verbraucher aufeinander zugehen. Diese Lebensmittelkooperativen verstehen sich als ein Weg, um gesunde Produkte aus biologischen und naturgemäßen Anbau möglichst vielen Menschen zugänglich zu machen und dadurch größere Absatzmärkte für die Erzeuger zu schaffen.«



Färberdistelfeld zur Herstellung von Distelöl. Biolandbauer Jahrstorfer produziert auch Hanf- und Sonnenblumenöl.
Nächste Radtour vom 28.7.-2.8.2002. Weitere Informationen: TAGWERK-Ökoservice GmbH, Siemensstr. 2, D-84405 Dorfen, Tel. (0 80 81) 93 79 56, Fax 93 79 55

Verschiedene Menschen in einer aus ökologischem Ökonomieverständnis gewachsenen »Selbsthilfegruppe« wollen vor diesem politischen Hintergrund eine EVG in der Rechtsform der Genossenschaft gründen. Die derzeit 20 Genossenschaftsmitglieder auf der Verbraucherseite der Gemeinschaft können alle Waren zum Selbstkostenpreis plus zehn Prozent Selbstkostenzuschlag (statt der Gewinnspanne) erwerben. Um die Kosten zu erwirtschaften, werden monatliche Beiträge ähnlich wie in einem Verein erhoben. Bereits beim Einkauf relativ weniger Waren amortisiert sich dieser Monatsbeitrag. Er »rentiert« sich mit zunehmendem Einkauf immer stärker. Die Genossenschaftsanteile selbst dienen dem Grunderwerb von Waren und dem Ausbau des Sortiments.

Auch die Nichtmitglieder unter der Kundschaft sollen bei der EVG zukünftig Bio-Ware zu Preisen kaufen können, die in etwa den Angeboten im Supermarkt entsprechen. Gestartet ist die Gemeinschaft am 20. Juni mit einem Verkaufsstand auf dem Marktplatz. Sie wird sich an dem Stellplatz vorerst jeden Donnerstag mit dem Öko-Landgut Voigt – ebenfalls Genossenschaftsmitglied – abwechseln. Denn bislang wurde noch kein zentral gelegener Laden gefunden. Unterstützung findet die Genossenschaft beim »Thüringer Ökoherz e.V.«, einem Förderverein für Öko-Landbau, Naturschutz und Landschaftspflege mit Sitz in Weimar.●

URLAUB IN ANDALUSIEN

Traumhaft selbstversorgen

Campingurlaub in Andalusien mit Blick auf Afrika bietet »La Semilla«, ein junges Gemeinschaftsprojekt an der Südküste Andalusiens. Aus dem Namen des Projektes, zu deutsch »der Same«, leitet sich schon einer der Hauptgedanken ab. Durch Vorbildwirkung will das Projekt Anstoß zu einem Leben geben, das sich in Richtung Nachhaltigkeit, bewusster Einfachheit und einem möglichst harmonischen Zusammenleben mit der Umwelt bewegt. Dies geschieht u.a. durch Anwendung von Methoden der Permakultur in der teilweisen Selbstversorgung, durch Stromversorgung mittels eigener Wind- und Photovoltaikanlage, Warmwassererzeugung mittels Solaranlage, biologisches Bauen vorwiegend mit Recyclingmaterialien, Baumpflanzungen, vegane Ernährung mit Lebensmitteln aus biologischem Anbau (möglichst aus der Region oder dem eigenen Garten, saisonal auch Wildgemüse), Veranstaltung von Seminaren und Kursen und nicht zuletzt durch die vielen positiven Aspekte des Gemeinschaftslebens.

Geboten wird neben Platz zum Campen (Zelte bei Bedarf vorhanden) bzw. Unterbringung in Steinhütten, Solardusche und Komposttoilette auch vegetarische/vegane Küche, die Möglichkeit an verschiedenen Aktivitäten teilzunehmen (Brotbacken im Holzbackofen, Küche, Kunsthandwerk, Theater, Musizieren) und Ausflüge zu Fuß oder zu Pferd. Ungefähr drei Kilometer Luftlinie vom Sandstrand entfernt. Aufenthalte sind von Juni bis Oktober möglich.●

La Semilla, Bolonia (Tarifa), Tel. 0034-956-23 67 53, Grazia verlangen (span., it., engl.)

SOMMERCAMP DER FREIREISENDEN AUF RÜGEN

Stimmung wie früher in der Bauhütte

Nahezu 100 Reisende Handwerker und Handwerkerinnen sind es in Posewald geworden, statt der erwarteten 60, war von Tizo, einem reisenden Gesellen auf der Baustelle des Fördervereins Biosphäre auf Rügen zu erfahren. Und auch nach dem offiziellen Ende des Sommercamps rund um das alte Gutshaus wollen viele noch so lange arbeiten, bis Dach, Türen und Fenster im alten Gutshaus dicht sind. Auf der Baustelle herrscht eine Atmosphäre, die einen Hauch von Bauhütte und alten Baumeistern ahnen lässt. Kein Diktat von Architekten und Statikern. Ebenso wenig von Chefs. Und doch blüht die Arbeit im kreativsten Sinne.

Foto: Andreas Küstermann / ostSeh

Keramikerin Gundula aus Freiburg organisierte auf der Baustelle das Kopieren der alten Keramikfriese des Gutshauses mittels Gipsformen

Von Andreas Küstermann, Red. Rügen/MV ● Die Gesellinnen und Gesellen halfen gegen Kost und Logis, das alte Gutshaus weitere Schritte hin zu der geplanten Jugendbildungseinrichtung voran zu bringen und lieferten dem Denkmalschutz Steilvorlagen in Sachen traditioneller Techniken. Kreisdenkmalschützer Hermann Hoge jedenfalls war begeistert, von dem, was er sah. Ein altes, originales Fenster hatte man sogar noch entdeckt und als Vorlage für die Neuen genutzt. Die Arbeiten dienten teilweise auch zur Bereicherung von dreißig Jugendlichen aus überregionalen Bildungseinrichtungen der Insel von IHK-Nord, BFS oder der Kreisdiakonie, von denen, wie Tizo meint, einige ein völlig neues und bunteres Bild von Handwerk erhalten haben.

Zum Abschluss des Sommercamps führten einige der Reisenden nochmals vor, wie sie mit einfachsten Mitteln anspruchsvolle Arbeiten ausführen. Zimmermann Tilmann Greiner aus Biberach oder Keramikerin Gundula aus Freiburg.

Ersterer fertigt mit Fußbetrieb aus grüner Buche neue Stacheten für das aus Sicherheitsgründen anzuhebende Geländer, nachdem er die frische Buche gespalten und mit verschiedenen Klingen annähernd gerundet hat. Eine Technik, die Tilmann in England gelernt hat und für die auf dem Sommercamp Zeit war, eigene Impulse zu setzen und Versuche zu starten. Ein Grund, wie er sagt, dass die Waage des Tauschwertes auf der Baustelle auch zu Gunsten der Gesellen schlägt und letztlich alle profitieren. Vielleicht nimmt er auch einmal Teil an einem Wettbewerb in England, wo die wirklich Großen binnen zehn Minuten aus einem rohen Stamm zwei Stuhlbeine fertigen.

Ausgeführt wurde neben Tischler- und Zimmerarbeiten auch Baukeramik, wie sie Gesellin Gundula zeigt. Mit vorhandenen Keramikfriesen baute sie die Musterform für die Ergänzungen. Da Ton beim Brennen schwindet, mit neun Prozent Zugabe. Gebrannt werden die getrockneten Platten bei Johanna Knull in Poseritz.

Nebenbei wurde auf der Baustelle für den täglichen Bedarf ebenso geschneidert und repariert. Die anfangs skeptischen Kreisinnungen und die Kreishandwerkerschaft konnte, wie Geselle Tizo ausführt, nach langen vorbereitenden Gesprächen davon überzeugt werden, dass dies keine staatlich subventionierte Maßnahme gegen das ansässige Handwerk sei, sondern dass dort richtig gemeinnützige Arbeit im Sinne aller ausgeführt wurde. Und das Ergebnis kann sich sehen lassen. Auch fachlich.●

VERANSTALTUNGSHINWEIS

»Essen – Wohnen – Arbeiten«: Alternative Genossenschaftstage

Auf den Alternativen Genossenschaftstagen vom 07. bis zum 11.08.2002 im Haus der Gewerkschaftsjugend in Oberursel steht am 08.08.2002 beim Runden Tisch am Nachmittag das Thema Vermarktung im Naturkostsektor und genossenschaftliche Strukturen im Vordergrund. Andere Runde Tische konzentrieren sich auf die Thematik »Ausgliederung aus dem Bestand in neugegründete Wohnungsgenossenschaften« (09.08.2002) und »Bewältigung von Arbeitslosigkeit durch Gründung von Selbsthilfegenossenschaften« (10.08.2002). Indem jeweils Mitglieder aus bestehenden Genossenschaften ihre konkreten Erfahrungen austauschen, nimmt hier die Praxis einen besonders hohen Stellenwert ein.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Unter dem Leitthema: »Soziale Erfindungen und Innovationen in neuen Genossenschaften« finden in der Zeit vom 07. bis zum 11.08.2002 bei Frankfurt die zweiten Alternativen Genossenschaftstage statt. Auf diesen werden die besonderen sozialen Stärken von neuen Genossenschaften dargestellt und anhand von Best Practice Beispielen veranschaulicht.

Das Programm:

07.08.2002

Themeneinstieg

18.00 Uhr: Abendessen

19.00 Uhr: Soziale Innovationen – Einordnung im Kontext der Nachhaltigkeitsdiskussion
Dieter Burmeister, Netzwerk Genossenschaften, Berlin

19.45 Uhr: Die Kerninnovationen neuer Genossenschaften
Dr. Gisela Notz, Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie, Königswinter

20.15 Uhr: Diskussion moderiert von Dr. Wolfgang Beywl, UNIvation e.V., Köln

21.00 Uhr: Sozialinnovationen in Genossenschaften sinnlich erfahrbar machen
Elmar Sing, GHR-Team, Karlsruhe

08.08.2002

Genossenschaften im Naturkostsektor

10.00 Uhr: Regionalvermarktung – Grenzen und Chancen
Dr. Michael Köbler, TU München-Weihenstephan, Freising

11.30 Uhr: Ecotainment – der neue Weg im Umweltmarketing
Martin Lichtl, Unternehmensberater, Hofheim

13.00 Uhr: Mittagessen

15.00 Uhr: Runder Tisch: Genossenschaften im Naturkostsektor – Diskussion positiver Erfahrungen und Probleme mit dem Schwerpunkt Vermarktung
TeilnehmerInnen u.a.:
Bernd Wulf, LANDWEGE-Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft eG, Lübeck
Franz Westhues, Marktgenossenschaft der Naturland Bauern eG, Lippetal-Lippborg
Peter Bargfrede, Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft eG, Bremen
Andreas Kleist, ÖKOFRANKEN Erzeugerzusammenschluss für ökologisch erzeugte landwirtschaftliche Produkte in Oberfranken und angrenzenden Gebieten eG (angefragt)
moderiert von Heike Budig, Regionalvermarktungsberatung, Freiburg

19.00 Uhr: Abendbüfett: (Mitgebrachte) Produkte von Genossenschaften

09.08.2002

Neue Wohnungsbaugenossenschaften

10.00 Uhr: Finanzierungskonzepte für neue Wohnungsbaugenossenschaften
Gert Behrens, Steuerberater, Berlin

11.30 Uhr: Erfahrungen mit Mietergenossenschaften und anderer Formen neuer Wohnungsbaugenossenschaften durch die Bestandsübernahme
Thomas Schaefers, Bundesverband Deutscher Wohnungsunternehmen, Berlin

13.00 Uhr: Mittagessen

15.00 Uhr: Runder Tisch: Neue Wohnungsbaugenossenschaften – Diskussion positiver Erfahrungen und Probleme von Ausgründungen aus dem Bestand
TeilnehmerInnen u.a.:
Mark-Robin Wendt, Mietergenossenschaft »Bremer Höhe« eG, Berlin
Heike Hansen, riwetho eG, Oberhausen
Detlef Hecker Wohnungsgenossenschaft »Einheit« eG, Chemnitz
Jörg Keim, Wohnungsbaugenossenschaft »Heiterblick« eG, Leipzig
moderiert von Dr. Sonja Menzel, innova eG i.G., Leipzig

19.00 Uhr: Filmabend: Wohnungsbaugenossenschaften – Generationsübergreifendes gemeinschaftliches Eigentum

10.08.2002

Selbsthilfegenossenschaften

10.00 Uhr: Teamentwicklung und Entwicklung sozialer Kompetenz
Norbert Körschgen, Körschgen, Pongé & Kollegen, Wuppertal

11.30 Uhr: Genossenschaftliche Entwicklungsstrategien zur Schaffung und Sicherung neuer Arbeitsplätze
Michael Sobanski, Berliner Service Genossenschaft eG, Berlin

13.00 Uhr: Mittagessen

15.00 Uhr: Runder Tisch: Selbsthilfegenossenschaften – Diskussion positiver Erfahrungen und Probleme
TeilnehmerInnen u.a.:
Michael Birkenbeul, »WiWAt eG« – Stadtteilgenossenschaft Mülheim am Rhein für solidarisches Wirtschaften, Wohnen, Arbeiten und Leben, Köln
Gabi Hafner, Freie Hilfe Arbeitslosenzentrum eG, Ludwigsburg (angefragt)
Willy Achter, Stadtteilgenossenschaft Wedding für wohnortnahe Dienstleistungen eG, Berlin
Michael Herrmann, Lerchenhof Handwerksgenossenschaft St. Pauli eG (angefragt)
moderiert von Hans-Gerd Nottenbohm, netz, Dortmund

19.00 Uhr: Lesetheater: Co op von Upton Sinclar

11.08.2001

Ausblick

09.15 Uhr: Von der Produktions- zur Ideenwirtschaft – Innovationsmanagement in neuen Genossenschaften
Dr. Burghard Flieger, innova eG i.G., Freiburg

10.15 Uhr: Sozivation – Stellenwert neuer Genossenschaften in der Geschichte sozialer Erfindungen
Prof. Dr. Rolf Schwendter, Fachbereich Sozialwesen an der Gesamthochschule Kassel, Kassel

11.15 Uhr: Moderierte Diskussion und Abschlussbesprechung

13.00 Uhr: Mittagessen und Ende der Veranstaltung

Veranstalter werden der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) in Kooperation mit dem Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens, dem netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation und der OekoGeno eG sein.

Anfragen zum Programm und zur Mitarbeit sind zu richten an: Dr. Burghard Flieger, Erwinstrasse 29, D-79102 Freiburg,
Tel.: (07 61) 70 90 23, Fax: 70 90 84,
E-Mail: Genossenschaft@t-online.de

Seminar

Neue Anforderungen an Gewerkschaften: Globalisierung, EU-Osterweiterung, Zuwanderung, illegale Arbeit

IG-Metall-Vorstand Schmitthenner schlug in seinen Thesen für die RLS-Veranstaltung »Gewerkschaft-Migration-Frauen« am 3. November 2001 in Hamburg vor, ausländische ArbeitnehmerInnen in die deutsche Gewerkschaftsbewegung einzubinden und die gemeinsamen Interessen stärker zu betonen. Sein Vorstandskollege Schallmeyer fordert für die IG Metall faktisch sogar eine Legalisierung von irregulären ausländischen ArbeitnehmerInnen sowie ein weitgehendes Bleiberecht für MigrantInnen. Sein Vorschlag fand kaum öffentliche Aufmerksamkeit. Dies dürfte der IGM womöglich recht gewesen sein. Denn während eine solche Forderung eine Notwendigkeit unserer Zeit widerspiegelt, stehen die Gewerkschaften doch zugleich vor einem Dilemma: Auf der einen Seite steht die Einsicht, sowohl angemessen auf die Realitäten der Globalisierung zu reagieren, wozu eine enorme globale Mobilität von legalen wie irregulären Arbeitnehmern gehört. Andererseits wollen die Gewerkschaftsmitglieder vor allem ihre Interessen verteidigt sehen und haben nicht unbedingt Verständnis für die wandernden oder gar »illegalen« KollegInnen, die eher als Konkurrenz empfunden werden.

Aus der Globalisierung und aus der EU-Osterweiterung resultieren Befürchtungen und Fragen, die Antworten suchen: Sind ArbeitnehmerInnen der künftigen Mitgliedsstaaten als Konkurrenz anzusehen oder aber sind sie zukünftige KollegInnen mit gemeinsamen Interessen? Wie können die Gewerkschaften angemessen auf diese neuen Formen der Arbeitswanderung reagieren? Was bedeuteten diese Veränderungen für unsere Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit? Wie könnten gewerkschaftliche Antworten auf Fragen nach Verteilungsgerechtigkeit im Zeitalter der Globalisierung aussehen?

Es gibt auch ganz praktische Fragen: Welche Strategien böten sich an, die ausländischen und auch die irregulären KollegInnen zu unterstützen? Wäre gar die Legalisierung der Irregulären ein Thema für die Gewerkschaften? Ließen sich SaisonarbeiterInnen, Werkvertrags- und andere befristete ausländische ArbeitnehmerInnen organisieren? Ließen sich sogar irreguläre ArbeitnehmerInnen vertreten? Ist nicht eine arbeitsrechtliche Beratung für derart marginalisierte KollegInnen notwendig? Und wie steht es um die Chance, sie in Konflikten mit ihren Arbeitgebern (z.B. bei einbehaltenen Löhne) angemessen zu unterstützen?

Wir stellen uns ein Seminar vor, in dem wir diese Fragen ausführlich diskutieren und möglicherweise dazu beizutragen, zukunftsträchtige Argumente und Handlungsstrategien zu skizzieren. Wir denken an ein gewerkschaftsübergreifendes Seminar mit Leuten aus dem Raum Bremen-Niedersachsen mit folgenden Diskussionsangeboten:

- Globalisierung, Migration, Fragen der sozialen Gerechtigkeit
- Für wen und was steht eigentlich »illegale« Zuwanderung und Arbeit
- Arbeitsbedingungen polnischer MigrantInnen mit und ohne Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis, Erfahrungen mit praktischer und rechtlicher Unterstützung
- Probleme der Gewerkschaften im Umgang mit Zuwanderung
- Bericht von der gewerkschaftlichen Arbeit mit MigrantInnen.

Als ReferentInnen, bzw. LeiterInnen von Arbeitsgruppen sind eingeladen:
Cornelia Roth, Polnischer Sozialrat, Berlin
Franck Düvell, Universitäten Bremen und Exeter, Sozialwissenschaftler,
Bernd Honsberg, Bundesvorstand der IG BAU (angefragt)
Monique Trödel, Mitglied im Ver.di-Vorstand Bremen
Thorsten Lieder, Ver.di Betriebsgruppenvorstand Briefpost Bremen (FB10),
Beirat Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen e.V.
Huriye Birinci, Ver.di Mirgationsausschuss Hamburg (angefragt)
Sonnabend, 24.08. ab 14 Uhr und Sonntag, 25.08.2002, DGB-Haus Bremen
Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen e.V. in Zusammenarbeit mit Ver.di Bremen und der Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
Anmeldungen bis 10.08. bitte unter lieder@luxemburg-initiative.de
oder Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen e.V., Tel. (04 21) 390 96 20, Fax: 39 09 69 21

Angriff der Falken

Am 11. September 2001 wurde eine entsetzte Welt Zeuge der blutigen Terrorflüge von New York und Washington. Bis heute stehen Fragen nach dem Warum, dem Sinn, den Zielen dieses unsinnigen Massenmords im Raum. Sie konnten nicht beantwortet werden. Die Ergebnisse eines mehrtausendköpfigen Ermittlerstabes in den USA sind dürftig. Kritik wird laut. Immer mehr Experten wenden ein, dass das FBI und mit ihm der internationale Polizeiapparat von Anfang an viel zu einseitig in Richtung auf eine islamistische Verschwörung ermittelt habe. Professor Augusto Pradetto von der Bundeswehr-Hochschule Hamburg erklärte, Bin Laden sei bestenfalls ein Bestandteil des Terror-Kommandos, aber kein wesentlicher. Wie der ehemalige Minister und Bundesbeauftragte für Spionagekontrolle Andreas von Bülow, sieht er die Welt der Geheimdienste als eigentlichen Finger am Abzug.

Das vorliegende Buch geht diesen ungewöhnlichen Gedanken nach. Vor dem Hintergrund des World-Trade-Anschlages beleuchtet es mögliche Täter auf staatlicher wie auf wirtschaftlicher Ebene. Es zeigt Motivationen, Fallen, Fallensteller. Bis hinab zu Terroristen, die trotz ihres verwegenen Erscheinungsbildes im Dienst geachteter Regierungen stehen und von diesen bezahlt werden.

Die Fragen lauten: Wem nutzten die Selbstmordflüge wirklich? Bedurfte es eines Anlasses für ein zuvor geplantes militärisches Engagement der USA in Afghanistan oder Israels in Nahost? War für den 11. September eine geheimdienstliche Operation geplant, die den Anlass für eine spätere Intervention und die Zustimmung der öffentlichen Meinung dafür sicherstellen sollte? Gab es eine direkte Beteiligung verdeckter Strukturen im Regierungs-, Militär- und Geheimdienstapparat, die die Verschärfung der innen- wie außenpolitischen Lage für ihre extremistischen machtpolitischen Ziele nutzen wollen? Die Antworten sind erschreckend.●

dp

Angriff der Falken. Die verschwiegene Rolle von Mossad und CIA bei den Anschlägen vom 11. September.
240 Seiten, 16,90 EUR, ISBN 3-935845-05-7

KPD in Bremen 1945-1968

Bunke beschreibt in seiner Bremer Dissertation eindrücklich den Niedergang der KPD in der Hansestadt. War jene einstmals sowohl was Mitglieder, Wähler als auch öffentliche Präsenz anbelangte, eine Massenpartei, wurde sie durch innerparteiliche Auseinandersetzungen, sektiererische Politik und nicht zuletzt antikommunistische Repression marginalisiert.

Da der Zeitabschnitt 1945 bis 1948 relativ gut erforscht ist, widmet sich Bunke diesem Zeitraum nur kursorisch: Im Oktober 1945 wird die KPD wieder zugelassen und ist bis Januar 1948 im Senat, der Bremer Landesregierung vertreten. 1946 treten zwei prominente KPD-Senatoren zur SPD über. Die KPD hat in diesem Zeitraum knapp 3.000 Mitglieder und erreicht bei Wahlen ungefähr 20.000 Stimmen, was einem Anteil von 6 bis 9 Prozent der Stimmen entspricht.

Im zweiten Kapitel widmet sich Bunke der Organisation und Struktur der Partei. Er stellt die verschiedenen Ebenen und Strukturen und die Nebenorganisationen, wie die FDJ oder die Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft vor. Hochinteressant sind die Angaben zur Alters- und Geschlechterverteilung: Hier zeigt sich die männliche Schlagseite und auch die tendenzielle Überalterung der Partei. Die Jahre 1949 bis 1952 waren auch von mehreren, aus heutiger Sicht unverständlich erscheinenden »Säuberungen« geprägt. Mehrere prominente und für die Öffentlichkeitswirksamkeit wichtige GenossInnen, darunter ehemalige SenatorInnen und die spätere Gruppe »Arbeiterpolitik«, werden ausgeschlossen und damit die Parteiführung gegenüber der mehr im Interesse der Öffentlichkeit stehenden Parlamentsfraktion gestärkt. Viele verlassen wegen Differenzen die Partei und wechseln zur SPD. Bunke stellt hier die These auf, die vom Vorstand der Bundes-KPD erlassenen Direktiven seien in Bremen nur verspätet und abgeschwächt umgesetzt worden.

Kapitel vier berichtet über Politik und der Programmatik der Bremer KPD. Bis ca. 1951 konnte die KPD als heimliche Regierungspartei angesehen werden, da sie über erhebliche kommunal- und landespolitische Kompetenz verfügte. Ab 1951 nahm das Primat der »Nationalen Politik«, der Kampf gegen Wiederbewaffnung und für die Wiedervereinigung dadurch überhand, dass von der KPD zu jedem kommunalpolitischen Thema krampfhaft der bundespolitische und internationale Bezug hergestellt wurde und sich die Partei damit im Klima des Kalten Krieges in eine zunehmende Isolation manövrierte. Trotzdem konnte sie noch ein Jahr vor dem Verbot bei der Bürgerschaftswahl 1955 um die 18.000 Stimmen erreichen und damit in Bremen als einzigem Bundesland noch die 5 Prozenthürde überspringen.

Das fünfte Kapitel behandelt die Betriebs- und Gewerkschaftspolitik der KPD. Es zeigt deutlich, dass die KPD schon ab Mitte der 50er Jahre keine große Rolle mehr in den Betrieben spielte, bzw. das Gewicht, das sie hatte, mehr von der persönlichen Wertschätzung einzelner Mitglieder als von programmatischen Positionen abhing. Im politischen Feld der Gewerkschaftspolitik ist eine politische Linie der KPD zu konstatieren, die viele Mitglieder vor die Wahl stellte, sich entweder in der KPD oder in den Gewerkschaften zu engagieren, da beides zugleich aus Sicht der Gewerkschaften und der KPD, nicht vereinbar war.

In den letzten beiden Kapitel berichtet Bunke über das Vorgehen der Justiz gegen die KPD. Je mehr die KPD aus der öffentlichen Wahrnehmung und aus der staatspolitischen Einbindung verschwand, um so stärker wurde auch die Repression. Das Verbot 1956 wurde vergleichsweise human umgesetzt. Ihre Sitze im Bremer Stadtparlament (im Gegensatz zur Bürgerschaft, dem Bremer Landtag, die sie verlor) konnte die KPD unter dem Namen »Unabhängige Sozialisten« behalten. Bundesweit hatte die KPD 1956 80.000 Mitglieder, davon waren ungefähr 10 Prozent aktiv. Der Aufbau in der Anfangszeit der Illegalität war hierarchisch: Gab es keine Anleitung von oben, erfolgten »unten« auch keine Aktivitäten. Ab ca. 1960 kommt es zu zaghaften Reformen, so kommen z.B. nun die Funktionäre aus Bremen, statt wie vorher aus ganz Deutschland abgeordnet zu werden; die lokalen Gliederungen erhalten auch tendenziell mehr Autonomie. Die illegalen KPD-Mitglieder engagieren sich in der Friedensbewegung und erreichen bei der Bürgerschaftswahl im Oktober 1959 in einer Wählerinitiative 10.000 Stimmen (2,6 Prozent). Ab und zu erschienen illegale Publikationen, 1960 wurde die Deutsche Friedensunion (DFU) gegründet, die dann bei Landes- und Bundestagswahlen antrat, aber nicht mehr die Höhe der Ergebnisse wie die KPD erreicht.

Zusammengefasst liegt eine gute lokale Parteigeschichte vor, die reich an verarbeiteten Quellen ist. Die zentrale These der Arbeit, dass die Bremer KPD sich gegen »überzogene« Anforderungen der Bundesebene wehrte und damit ein vergleichsweise diskussionsfreudiges und liberales Binnenklima herrschte, mag unter klassisch-linken Kriterien und im Vergleich zu anderen Landesverbänden der KPD stimmen. Unter Zugrundelegung demokratisch-sozialistischer oder gar libertärer Maßstäbe und erst recht aus heutiger Sicht ist das Binnenleben der KPD nur als autoritär und entmündigend und die bundespolitische Programmatik als nationalistisch zu bezeichnen.●

Bernd Hüttner

Hendrik Bunke: Die KPD in Bremen. 1945-1968, Papy-Rossa Verlag, Köln 2001, 384 S., 22,50 EUR

Reihenweise VII a,b,c,d

Ein Lexikon für (fast) jedes Thema

Also eigentlich sollte jeder Haushalt ein Lexikon haben. Meine Mutter hat sich während meiner Pubertät entschlossen – per Ratenzahlung – ein Lexikon anzuschaffen, weil mensch »das ja immer gebrauchen kann« und, »weil das eine Wertanlage füs Leben ist«. Nun, ein Lexikon mit dem klingenden Namen »Das Wissen des 20. Jahrhunderts« (Band 1-6, plus Atlas und »Das große deutsche Wörterbuch«), in der Auflage von 1969, macht sich zwar repräsentativ im Regal, aber ob es das non plus ultra dieser Zeit ist, darf zurecht bezweifelt werden. So ist z.B. das Phänomen Punk – inzwischen fast 30 Jahre her – hier nicht erwähnt, obgleich es wohl ein Phänomen des 20. Jahrhunderts war.

Aber egal, heute ist ja alles anders, und abgesehen von den digitalen Medien, gibt es jetzt eine Reihe mit lexikalischem Wissen, welches aber eher von und für Spezialisten gedacht ist, als allgemeinbildend.

So gibt es beispielsweise für o.g. Musikrichtung Punk ein separates Lexikon, wo einer meiner damaligen Lieblinge Johnny Moped (S. 67) nur im Zusammenhang mit Captain Sensible genannt wird, ob wohl er eine eigene Eintragung verdient hätte. Gab es doch auf seiner Platte – ja damals hatte mensch noch diese schwarzen Scheiben – namens »Cycledelic« (1978) auf der das erste Stück mit zwei Titeln belegt war. Je nachdem wie die Nadel in welche Rille eingelegt wurde, kam entweder »Mystery Track« oder »V.D. Boiler«, und das war schon genial. Ansonsten hat der Autor Christian Graf ein umfangreiches Werk zusammengetragen, und mit Sicherheit kommt immer jemand an, der eine wie auch immer geartete Kuriosität als fehlend zu reklamieren weiß. Ein kleines bisschen mehr Lektorat wäre auch nicht schlecht gewesen: so wird aus Sham '69 auch schon mal Sham '96 (S. 272) oder aus Mojo Nixon wird Mojo Dixon (S. 46).

Aber die Reihe des lexikalischen Wissens hat noch weitere Titel auf Lager, wie z.B. das *Drogen- und Sucht-Lexikon*. Von einem Therapeuten zusammengetragen, befinden sich neben den 23 Seiten Literaturhinweise, alphabetisch alles zu und über Drogen aus dem Bereich Kulturgeschichte, Biologie, Pharmazie, Justiz, Exotik usw. Und für die, die es noch nicht wussten, offenbart dieses Lexikon auf Seite 244 unter dem Buchstabe P, dass notfalls getrocknete Petersilie als Canabisersatz benutzt werden könnte, aber wohl eher nicht das gewünschte Ergebnis zeitigt. Nun, raucht was ihr wollt – wenn überhaupt.

Die Reihe umfasst über 20 Bände mit so Kuriosem wie *Das Lexikon der Blondinen, Das große Karl-May-Lexikon* oder *Das Lexikon der deutschen Film- und TV-Stars*. Neben den zahlreichen Musiksparten und Filmgenres gab es noch *Das Lexikon rund ums Blut*, mit z.T. seitenlangen Erklärungen zum roten Lebenssaft aus den Bereichen Medizin, Mystik, Magie, Religion, Literatur usw.

Ziemlich krude geht es im *Das Lexikon der prominenten Selbstmörder* zu. Mal abgesehen vom etwas unbedarften Umgang mit dem Begriff Selbstmord, gelten die Nazi-Größen Hitler, Göbbels und Göhring als »dt. Politiker« und auf der anderen Seite erhalten Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Wolfgang Grams u.a. schlicht das Prädikat » dt. Terrorist«.

Andere, die sehr selbstbewusst mit dem Freitod umgingen, wie etwa Laura und Paul Lafargue – Tochter und Schwiegersohn von Karl Marx – oder der Surrealist Jacques Rigaut sind schlichtweg nicht erwähnt. So wirkt dieses Buch eher etwas reißerisch und auf dramatische Lebensläufe abgesehen, als auf eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema Freitod. Die Krönung ist dann zum Schluss »Die größten Hits der prominenten Selbstmörder – eine Auswahl« und die Rubrik »99 Selbstmord-Songs«.

Also alles, was einer gewissen Sammelwut unterworfen werden kann, würde in diese Reihe passen, die im Übrigen in einem eigenen Verlag, der Teil des Schwarzkopf & Schwarzkopf Verlages ist, publiziert wird. Die Reihe ist unendlich fortsetzbar, und solange es SammlerInnen und Menschen gibt, die meinen, alles über ein Thema wissen zu müssen, werden wohl weitere Bände folgen, und das Heer der SpezialistInnen sich vermehren. Für die Allgemeinbildung bleibt dann »Wer wird Millionär«.●

Jochen Knoblauch

Christian Graf; Punk-Lexikon. Lexikon Imprint Verlag Berlin 2001 (2., erweiterte Auflage), 441 S., mit 189 Abb., 15,90 Euro
Dr. Bernhard van Treeck; Drogen- und Sucht-Lexikon; Lexikon Imprint Verlag Berlin 1999, 345 S., m. Abb., 15,90 Euro
Friedhelm Schneidewind; Das Lexikon rund ums Blut. Lexikon Imprint Verlag Berlin 1999, 351 S., m. Abb., 15,90 Euro
G. Grote / M. Völkel / K. Weyershausen; Das Lexikon der prominenten Selbstmörder. Lexikon Imprint Verlag Berlin 2000, 345 S., m. Abb., 15,90 Euro

John Henry Mackay

– Pionier gegen den § 175, Anarchist und Dichter

In Amerika und in Deutschland werden wieder zahlreiche Bücher des deutschen Dichters mit dem schottischen Namen John Henry Mackay (1864 – 1933) neu verlegt. Nachdem sich in den 70er Jahren eine Mackay-Gesellschaft in Deutschland unter Leitung von Kurt Zube (1905-1991), der Mackay noch persönlich kannte, rührend um das Werk dieses oft verschmähten Dichters kümmerte, war es Jahre lang still um ihn geworden.

Als 1999 der Verlag *rosa Winkel* den Reprint »Der Puppenjunge« veröffentlichte, zogen nun auch wieder andere Verlage nach, und es könnte fast von einer neuen Renaissance gesprochen werden.

Mackay – sicherlich ein etwas kauziger Mensch, aber in vielen Dingen war er seiner Zeit voraus und seine Radikalität verstörte eine ganze Reihe seiner Zeitgenossen. Seine verschiedenen Aktivitäten spalten bis in unsere Tage seine Anhängerschaft. Auf der einen Seite, die Anarchisten, die seine damals verbotenen Gedichte (»Sturm«) hervorheben, auf der anderen Seite die Schwulenbewegung, die seine – damals ebenfalls verbotenen – »Bücher der namenlosen Liebe« schätzen, die Mackay unter dem Pseudonym Sagitta verfasste. Und dazwischen hängen die Liebhaber der Dichtkunst, die Gedichte, aber auch – einen der ersten Sportromane in Deutschland »Der Schwimmer« – als Meisterwerk priesen. Mackay pflegte die Sprache des 19. Jahrhunderts, die vielleicht heute nicht mehr jedermanns Sache ist, aber seine Gedichte in »Sturm«, die sich gegen Nationalismen, Spießertum jeglicher Art richten, brauchen Vergleiche mit Heine und Schiller nicht zu scheuen.

Warum diese drei Gruppierungen sich gegenseitig immer eher ausschließen, anstatt gemeinsam für diesen Freigeist endlich mal eine Lanze zu brechen, ist schlicht unerklärlich, bzw. liegt wohl eher in den (Rest-)bürgerlichkeiten der Beteiligten vergraben.

Den Anarchisten ist es peinlich, dass Mackay sexuelle Neigungen zu 14 bis 18jährigen Knaben hegte, und für seine Liebe auch u.a. in Hirschfeld's WhK kämpfte und zu den frühen Kämpfern gegen den § 175 gezählt werden kann. Der jungen Schwulenbewegung war der Anarchist Mackay (und Wiederentdecker des Philosophen Max Stirner (1805-1845)) unheimlich, weil sie meinten, er ginge in seinen Forderungen zu weit. Sein Kampf für eine emanzipative Sexualität, für die selbst die Akademiker, die zu Mackay arbeiten, keinen Namen gefunden haben, blieb ein einsamer Kampf. Und die Dichterriege, die Makkay als bedeutenden Dichter des Naturalismus priesen, und bedeutende Verlage seinerzeit sein dichterisches Werk verlegten, hatte wiederum Angst vor dem Anarchisten und dem Kämpfer gegen den § 175.

Mackay's Kampf auf den verschiedenen Ebenen trieb ihn letztlich in die Einsamkeit und den Ruin. Als er am 16. Mai 1933 starb sorgten u.a. die Nazis dafür, dass Makkay für viele Jahrzehnte in die Vergessenheit geriet. Dies war besonders tragisch, weil Mackay glaubte, dass er nur nach seinem Werk beurteilt zu werden wollte.

Um so schöner ist es zu sehen, dass sich Menschen seiner erinnern, und dafür sorgen, die Mackay'schen Schriften ins dritte Jahrtausend mitzunehmen. Wir werden ihn noch brauchen.●

Jochen Knoblauch

John Henry Mackay; Der Puppenjunge. Die Geschichte einer namenlosen Liebe aus der Friedrichstr. Verlag rosa Winkel Berlin 1999 (Bibliothek rosa Winkel Band 17) / 352 S. / geb. / 36 DM
John Henry Mackay; The Anarchists. A Picture of Civilization at the Close of the 19th Century. Translated by Georg Schumm. Automedia Black Triangel New York 1999 / Pb. 201 S. / 12 $
Hubert Kennedy (Editor and Translator); John Henry Mackay – Autobiographical Writings [enthält: »Abrechnung« von 1932 sowie die Postkarten und Briefe Makkays an B.R. Tucker] Xlibris Corporation (o.O.) USA 2000 / 302 S. / Pb. / 19,54 $ / Hardcover: 29,69 $ / e-book: 8 $
John Henry Mackay; The Swimmer. The Story of a Passion. Xlibris Corporation (o.O.) USA 2001. Translated by Hubert Kennedy. 223 S. / Pb. 18,69 $
Hubert Kennedy (Hrsg.); Lieber Tucker... Briefe und Postkarten John Henry Mackay an Benjamin R. Tukker. Aus dem Englischen von Paul Jordens. Mit zahlr. Dokumenten im Anhang. Karin Kramer Verlag Berlin 2001 / 350 num. Exemplare / 175 S. / Pb. / 18, 50 Euro
John Henry Mackay; Sturm. Gedichte: Espero Berlin / Hamburg 2001 / 108 S. / Pb. / 13 Euro
John Henry Mackay; Der Schwimmer. Roman. Espero Berlin/Hamburg 2002 / 190 S. / Pb. / 14 Euro

Weitere Infos im Netz u.a. bei: www.utespero.de und www.autonomedia.org

Reaktionäre Rebellen

Rechtsextreme Musik, Kleidungsstile und Symbolik finden nach wie vor ihre AnhängerInnen in unserer Gesellschaft – trotz des »Aufstandes der Anständigen« und all den anderen Bemühungen, diesen Erscheinungen demokratisch zu begegnen. Um nicht nur bei Hoffnungen in staatlich geförderten Projekte stehen bleiben zu müssen, sondern auch im alltäglichen Tun Zeichen gegen »rechte« Äußerungen und Gewalt setzen zu können, ist grundlegendes Wissen und Auseinandersetzungsbereitschaft notwendig. Das vorliegende Buch bietet hierfür eine fundierte Ausgangslage.

In fünf Kapiteln versuchen die AutorInnen, die Debatte um diese Themen zu versachlichen und Eltern, LehrerInnen, in der Jugendarbeit oder der politischen Bildung Tätigen, bei Polizei oder Jugendschutz mit dieser Problematik Befaßten und anderen Interessierten differenzierte Fakten und Analysen zur Verfügung zu stellen. Im Anhang findet sich eine Dokumentation der Veröffentlichungen aus der rechtsextremen Musikszene.

Mit Beiträgen von: Klaus Farin, Henning Flad, Frauke Suhl, Rainer Erb, Burkhard Schröder●

Archiv der Jugendkulturen (Hrsg.): Reaktionäre Rebellen. Rechtsextreme Musik in Deutschland, ISBN 3-936068-04-6; 250 Seiten, 24,– EUR

Nazis auf Speed

Drogengebrauch wurde ja nicht erst von den Hippies erfunden. Schon im Krieg 1870/71 gab es die ersten Junkies, in den 20er Jahren schniefte und fixte es sich vor allem in den Metropolen, in Heidelberg wurde an der Psychiatrie aktiv mit Haschisch, Meskalin und anderen psychoaktiven Substanzen geforscht.

Im 3. Reich hatte man das Problem mit den Junkies aus dem 1. Weltkrieg. Als Junk knapp wurde, erfand man »Dolophin«, das heute unter dem Namen Methadon die Pharmazie bereichert.

Überhaupt, genoss das Volk wirklich flächendeckend Amphetamin-getränkte Scho-ka-kola Dragees? Wie war das mit Drogenversuchen an der deutschen Jugend? Erreichte die bayerische Haschischforschung wirklich THC-Werte wie Cannabis aus Indien? Hatten die Landser immer eine Ration Opium und Speed dabei? Wie war das mit den Pervitin-Versuchen im U-Boot? Warum setzte man Kaninchen und andere Tiere unter Drogen? Warum wurde »der Jude« in Kindergeschichten mit dem Fliegenpilz gleichgestellt? Warum verabreichte man KZInsassen Meskalin? Und dienten die Ergebnisse jener KZ-Forschung wirklich als Basis der MK-ULTRA Drogenforschung des CIA? Was machten die Amis mit diesem Wissen? Welche Rolle spielte die IG Farben? Warum sponserte Coca Cola die braunen Olympischen Spiele 1936? Wurde die heutige Modedroge »Yaba« wirklich auf Befehl Hitlers entwickelt? Welche Drogen haben Volksgenossen wie Himmler, Göring, Goebbels & Hitler genossen? Wie war die Drogengesetzgebung im 3. Reich? Waren dem Volk Informationen über psychoaktive Substanzen zugänglich? Was weiß man zum Drogenkonsum der Wehrmacht? ... Warum Neo-Nazis heute auch drogenmäßig oft auf alte Vorbilder zurückgreifen ...

Ließ der Abstinenzler Hitler das Volk auch durch Leistungsmacher wie Pervitin antreiben? Und stigmatisierte zeitgleich den »privaten« Drogengenuss? Hat das heutige Deutschland diese staatliche Einstellung zum Drogenkonsum seiner Bürger (»minderwertige Loser«) samt seiner Rechtssprechung direkt von den Nazis übernommen?

Der Herausgeber versucht, all diese und viele weitere Fragen unter Mithilfe kompetenter Fachleute zu beantworten.

Mit ausführlicher Literaturliste (Band I) und Register (Band II)●

Werner Pieper (Hg.): Nazis on Speed. Drogen im 3. Reich in zwei Bänden. Band I: 354 Seiten, ISBN 3-930442-53-1, 20 EUR. Band II: 224 Seiten, ISBN 3-930442-54-X, 12,50 EUR, Werner Pieper & The Grüne Kraft, Alte Schmiede, D-69488 Löhrbach

Siehe auch Schwerpunktthema
CONTRASTE Nr. 216

JOBS

In dem Kultur- und Kommunikationszentrum **Die Pumpe e.V.** der Landeshauptstadt Kiel ist schnellstmöglich die Stelle der
Geschäftsführung (Vollzeit)
zu besetzen. Die Position ist eigenverantwortlich gegenüber dem Vereinsvorstand wahrzunehmen.
Das stadteigene historische Gebäude mit eigenständiger Gastronomie wird für Kultur- und Musikveranstaltungen, von freien Gruppen und durch das Kommunale Kino genutzt. Es werden Jahresumsätze von rd. 1 Mio. Euro erzielt.
Aufgabenbereiche: allgemeine Geschäftsführung (Personal, Finanzen), konzeptionelle Profilierung, Programm- und Projektentwicklung, Fundraising, Gremien- und Öffentlichkeitsarbeit
Voraussetzungen: mehrjährige Berufserfahrung im (sozio-)kulturellen Bereich und/oder Kulturmanagement, betriebswirtschaftliche Qualifikation, Organisationstalent, Fähigkeit zum selbstständigen Arbeiten, Ideenreichtum, Teamfähigkeit, Durchsetzungsvermögen und Belastbarkeit.
Schriftliche Bewerbungen nebst Angabe der Gehaltsvorstellungen werden bis zum 31.07.2002 an den Vorstand des Vereins Die Pumpe e.V., z. H. Herrn Schramm, Haßstraße 22, D-24103 Kiel, erbeten.

JOBSUCHE

Programmierer, »Allrounder« mit 5 J. Berufserfahrung, Dipl.-Inf.(FH), sucht interessante/ sinnvolle Tätigkeit ab Okt., gern im stoiberlosen Ausland.
s.sommer@wp-research.de,
☎08 21) 453 02 28

PROJEKTE

A-Laden, anarchistisches Projekt in Berlin, sucht MitstreiterInnen mit libertärem Selbstverständnis für 80 qm Laden. Bei Interesse kommt bei A-Laden-Plenum jeden 3. Donnerstag im Monat ab 20 im A-Laden, Rathenower Straße 22, vorbei oder schickt uns eine Mail: a-laden@free.de.

La Barrigona – Ökologisches Solidaritätsprojekt in Cuba:
Mitarbeit beim Aufbau eines Botanischen Gartens in der Provinz Pinar del Rio/Cuba. Neben der Arbeit werden Exkursionen und ein politisches Begleitprogramm organisiert. Von **November 2002 bis März 2003.** Kosten müssen jedoch selbst aufgebracht werden.
Infos:
www.berlinet.de/kuba/fbkboga.htm
E-mail: barrigona@web.de
FG Berlin-Kuba, Röblingstr. 36, D-12105 Berlin

ARCHIVE

228 Adressen alternativer Archive und Informationen zu kritischer Geschichtsarbeit in neuer Broschüre. 40 S., 3,80 EUR, Weitere Info unter
www.archiv.gesellschaftsanalyse.de/reader.htm
Bestellung von Einzelexemplaren nur gegen Vorkasse 4,48 EUR in Briefmarken bei
ASTA Universität Bremen, Bibliotheksstrasse /StudentInnenhaus,
D-28359 Bremen

INTERNETADRESSEN

Auf unserer Website könnt Ihr zu ca. 1.200 Projekten und Betrieben surfen und mit Hilfe unserer Medienlinks andere Medienprojekte und ca. 100 Zeitschriften besuchen. Unsere Link-Liste wird ständig erweitert und mit unserer Datenbank zur Herstellung der BUNTEN SEITEN laufend aktualisiert.
Die komplette Ausgabe 1 und demnächst die Nr. 2 aus dem Jahr 1984 sowie wichtige Beiträge und Inhaltsangaben aus den Jahren 1999 bis 2002 sind auf unserer Archiv-Seite zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Website mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen

Archiv der sozialen Bewegungen Bremen online.
Unter www.archivbremen.de finden sich die Selbstdarstellung des Archivs, Links und Hinweise zu Bewegungsarchiven, Links zu kritisch-historischem Arbeiten und einige Texte zur Auseinandersetzung mit der Geschichte sozialer Bewegungen.

Gegen die Zumutungen des globalen Kapitalismus, gegen Rassismus oder das Gerede von 'ethnischen Konflikten' wendet sich die **iz3w** alle 6 Wochen auf 52 Seiten. Die Beiträge und Themenschwerpunkte beschäftigen sich mit Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik, mit Migration, sozialen Bewegungen, Ökologie, Soziokultur und kritischen Theorien. *Einzelheft € 4,- Abo € 32,-*

▸ *Bezug: linker Buchhandel, Dritte-Welt-Läden oder informationszentrum 3. welt*

iz3w ▸ PF 5328 · D-79020 Freiburg
Fon (0761) 740 03 · Fax 70 98 66
info@iz3w.org · www.iz3w.org

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Bunte Seiten
Verzeichnis alternativer Projekte, Initiativen & Betriebe
Mit Reader der AlternativMedien

13.500 ausgewählte Anschriften alternativer Bewegungen

Sonderseiten:
Anders Reisen, Bildung, Solidarökonomie
Kommunen, Umsonstläden

CONTRASTE Ausgabe 2003+

BUNTE SEITEN 2003+

Die Neuauflage der BUNTEN SEITEN – Das Adressenverzeichnis der Alternativen Bewegungen mit Reader der AlternativMedien im Innenteil – kann nun endlich Ende Juli ausgeliefert werden. Das Verzeichnis enthält neben ca. 13.500 Anschriften alternativer Projekte, Initiativen & Betriebe auch wieder Sonderseiten mit redaktionellen Beiträgen zu den Themen Anders Reisen, Bildung, Solidarökonomie, Kommunen und Umsonstläden.

Die Anschriften aus der BRD, Österreich und der Schweiz sind nach Postleitzahlen und Rubriken sortiert, der internationale Bereich nach Ländern.

Der »Reader der AlternativMedien« im Innenteil stellt ca. 1.200 linke und alternative Zeitschriften mit zahlreichen Hinweisen zu Themenschwerpunkten, Ansprüchen, Preis, Verbreitungsgebiet etc. vor. Desweiteren werden Verlage, Freie Radios und Film & Videogruppen aufgeführt.

CONTRASTE e.V. (Hg.): BUNTE SEITEN 2003+, 300 Seiten, 23,5 X 29,7 cm, Zeitsprung Verlag Heidelberg, ISBN 3-924085-06-4, 18 EUR, XX sFr

Bestellt werden können die BUNTEN SEITEN 2003+ zum Preis von 18 EUR zzgl. 2 EUR Versandkosten über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20
D-69035 Heidelberg

ak analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

In der neuen Ausgabe 463:
Linke Politik monatlich zum Preis von 4,20 €
★ Radikal Campen 2002
★ Die Arbeit des social forum Tübingen
★ Arbeitsämter bereinigen Statistik
★ Antisemitismus als politisches Projekt
★ US-Geheimdienste und Fahndungspannen
★ documenta_11: Kunst und Postkolonialismus
★ Waffenlieferungen auf den Balkan

Probeabo bestellen:
3 mal ak für 5 €*
* Schein/Scheck beilegen! Verlängert sich zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der zweiten *ak* gekündigt wird.

ak – analyse & kritik · Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg · www.akweb.de
Tel.: 040-40170174 · Fax: 040-40170175 · redaktion@akweb.de

Sonderheft der graswurzelrevolution: „Wer wählt, hat die eigene Stimme bereits abgegeben!" Zur Kritik des Parlamentarismus
Das ursprüngliche Motiv des Anarchismus ist das individuelle Bedürfnis, nicht regiert werden zu wollen, auch nicht von Mehrheiten.
Aus dem Inhalt:
- Aktuelle Grundsätze anarchistischer Parlamentarismuskritik
- Sozialismus als Staatlichkeit - oder als Anarchie?
- Parlamentarismus und Frauenbewegung
- Texte von Kropotkin, Oerter, Friedeberg, Voltairine de Cleyre, Rocker, Rühle
- Alternativen zum Parlament: Wie organisiert sich die befreite Gesellschaft? 98 Seiten, 4,70 € Rabatte für Wiederverkäuferinnen.
GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim, Tel.: 02440/959-250, Fax: -351, abo@graswurzel.net

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

13. Jahrgang, Nr. 50, Juni 2002, 224 Seiten
Das „Empire" im Krieg
Ruf – Demontage des UN-Systems / Peter – Die Intellektuellen, der Terrorismus und der Krieg / Becker – Haben Wir ein neues Bild vom Krieg? / Krusewitz – Friedensinitiative und Umbau der Bundeswehr
Konjunktur, Krise, Profit
Höhme – Weltwirtschaft und deutsche Konjunktur 2001/2002 / Bontrup – Kapitalrenditen / Hautsch – Kirch: Zusammenbruch des Medien-Imperiums
Vor den Wahlen
Wehner – Steuerpolitik von SPD und Grünen / Hickel – Gemeindefinanzen / Gerntke – Bilanz der Arbeitsmarktpolitik / Burkhardt & Michelsen – Wohin steuert die Gesundheitspolitik?
Und:
Unger – Globalisierung, Imperialismus, revolutionäres Subjekt / Conert – „Empire" von Hardt & Negri / Fuchs & Hofkirchner – Postfordistische Globalisierung / Nyikos – Produktion und Konsumtion / Jacobs – Warenproduktion und Werttheorie
Sowie:
Berichte, Zuschriften, Buchbesprechungen
Z Einzelpreis: 9,50 Euro (zzgl. Vers.); im Abo: 32,- Euro ; Auslandsabo 38,- Euro (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Bezug: über Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt:
Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt / M./Tel./Fax 069 / 53 05 44 06
www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
e-mail: redaktion@zme-net.de

DER RABE RALF
Die unabhängige Umweltzeitung aus Berlin

Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin
☎ 030 / 44 33 91-0
Abo 10 €/Hj., Probenummer gratis

Die neue linke Zeitschrift Jetzt Abonnieren!

Risse Nr. 1, Mai 2002. Aus dem Inhalt:

Zerbrechliche Liebschaften in Zentralasien
Machtgerangel um Hegemonie und Öl

AntisemitInnen auf dem Vormarsch
Kommentar zu Israel

Das Elend auf Trab halten
Aufwertung von Städtischem Raum durch Repression und Ausgrenzung

Kein Schimmer von Aufklärung
Reaktionäre Tendenzen in der Antiglobalsierungsbewegung

Nichtregierungsorganisationen
Die «Avantgarde der Zivilgesellschaft» und ihre objektive Funktion

Begriff: «Leitfaden»
Vorabdruck aus dem historisch kritischen Wörterbuch des Marxismus

Bergier-Bericht
Die "Koalition der Vernunft" schreibt Schweizer Geschichte neu

Zivilgesellschaft
Vom Begriff der Revolutionstheorie zur Floskel der Bornierten

Kunst zwischen Widerspruch und falschem Trost
Der Aufbruch der künstlerischen Avantgarden im 20. Jahrhundert

Wo sind die Rebellen geblieben
Tendenzen des Schweizer Films

Risse Analyse & Subversion
Probeabo (2 Ausgaben): sFr. 10.-/€ 8.-
Abo (6 Ausgaben): sFr. 40.- / € 30.-
(Preise inklusive Versandkosten)
Risse Magazin · Postfach 3119 · CH-8021 Zürich · www.risse.info · abo@risse.info

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 610 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte und Fotos per E-Mail, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zweimal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; 10961 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com, Internet: www.ricardabuch.de; 18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV, Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; 22763 Hamburg, Redaktion Hamburg, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de, Internet: www.web-line.com/bs/contraste; 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, 28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; 51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 593 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h-weinhausen@foni.net; 60316 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, netz Hessen, Uwe Weppler, Egenolffstr. 5a, ☎ (069) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: u.weppler@paritaet.org; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 E-Mail: a3wsaar@t-online.de und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Natuwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: Stefan-Riedel@gmx.de; 71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de; 90419 Nürnberg, Redaktion Franken, Stefan Braig, Kirchenweg 4, ☎ (0911) 510 68 77, Fax 26 77 68, E-Mail: schaefer.braig@nefkom.net; Portugal: Kurt Regenauer, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; Jugendumweltbewegung: 27283 Verden, Peter von Rüden, Artilleriestr. 6, ☎ (04231) 95 75 10, Fax 95 75 12, E-Mail: forum@oekozentrem.org; Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: Elisabeth Voß E-Mail: post@elisabeth-voss.de; Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt@apg.lahn.de; Information & Kommunikation, 73525 Schwäbisch Gmünd, Karl Dietz, KOMM! Redaktion, Rechbergstr. 39, ☎(07171) 18 18 77, E-Mail: karldietz@gmx.de, Internet: http://komm.ffii.org

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung:
Zündsatz GbR, Pleikartsförsterstr. 19, 69124 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

AG SPAK

Alternative Genossenschaftstage
Sommerseminar des TAK AÖ vom 7. bis 11.8.2002 im Haus der Gewerkschaftsjugend, Oberursel bei Frankfurt.
An den vier Tagen stehen jeweils eine Form von Genossenschaften zur Diskussion (s. Seite 13).
Information & Anmeldung:
Dr. Burghard Flieger, Erwinstr. 29,
D-79102 Freiburg
☎(07 61) 70 90 23, Fax 70 90 84
E-Mail: genossenschaften@t-online.de

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:
- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 16.-18.8.2002
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

PROJEKTWERKSTATT

Politische Seminar- und Werkeltage
Einmal im Jahr »Malochen« ... und dann ist das Haus wieder fit für das Winterhalbjahr: Einen Riesenberg Heizholz reinräumen, das neue Zeitschriftenarchiv und einen neuen Außeneingang bauen, viele kleinere Renovierungen und wenn noch Lust da ist, den Zirkuswagen zur Gästewohnung umbauen. Insgesamt zwei Wochen soll es ordentlich abgehen. Und nebenbei immer
- politische Diskussionen, Perspektiven, Planen und mehr
- Lesen und Sortieren in den Archiven
- Die »RandaleführerIn« als festes Brettspiel entwickeln und layouten ...
- und was sonst noch gefällt ...

Termin: Ab 10. August in Saasen (bis Ende August)
Unterkunft frei im Tagungshaus oder Zelt! Verpflegungskosten werden gemeinsam getragen.
Info: (0 64 01) 90 32 83
E-Mail: projektwerkstatt@apg.lahn.de
und
Web: www.projektwerkstatt.de/saasen

Seminare in dieser Phase:
16.-18. August: »Soziale Gruppe als Basis für Selbstorganisierung«
Wer politisch aktiv ist, bereitet sich meist trotzdem auf die eigene Verwertung vor. Zur Reproduktion im Alltag über Markt oder Staat (Job, Sozi, ABM, BaFöG usw.) besteht kaum eine Alternative. Allerdings fehlen auch Versuche, sich zumindest ein Stück freier zu machen von diesen Zwängen. Dazu wollen wir das Bild einer sozialen Basisgruppe entwickeln – als gemeinsamer Organisierungsprozess für eine materielle Reproduktion, aber auch als Basis, von der aus dann in Projektgruppen, ohne Krampf und ständige Angst um die eigene Absicherung kreativer Widerstand möglich ist. Zu einer solchen sozialen Gruppen als Basisstruktur gehört unserer Idee nach weniger das ständige Treffen, sondern ein Prozess der Debatte über interne Strukturen, Schaffung von Gleichberechtigung und materiellen Ressourchen, z.B.
- Einkommens- und Zeitressourcenumverteilung
- gleiche Möglichkeiten beim Zugang zu Ressourcen (Technik, Räume, Wissen ...)
- Gemeinschaftseigentum, Umsonstladen, Lebensmittel-Kooperativen und -Kollektive und mehr
- Politische Arbeitsplattform aufbauen
- Diskussionszusammenhang zu Selbstorganisierung und Herrschaftskritik bilden

Diese und mehr Ideen zu einer sozialen Gruppe als Basisstruktur wollen wir diskutieren. Eingeladen sind alle, die an Kommuneideen nachdenken, die aus WGs und politischen Basisgruppen mehr machen wollen als einen Zusammenhang von Menschen, der vor allem mit dem sonstigen Alltag kämpft und nur in Nischen davon unabhängig ist.
Weitere nach Absprache oder spontan, z.B. HTML-/Webseiten-Kurs, Direct-Action-Trainings usw.

5. Treffen »Kreativer Widerstand & Organisierung von unten«
24.-28. August in Saasen
Die Treffen, offen für alle und gerade auch für Menschen, die neu einsteigen wollen in die Diskussion, sind ein selbstorganisiertes, teilweise chaotisches, aber immer engagiertes und kreatives Treffen, bei dem über anstehende Aktionen, über Strategien politischer Arbeit (Organisierung von unten, Dominanzabbau in Gruppen usw.) diskutiert oder selbiges auch geübt wird. Trainings in direkter Aktion gehören genauso dazu wie das Experimentieren mit hierarchieabbauenden Diskussionsformen.
Workshops, AGs usw., die schon feststehen:
- Anti-Wahl-Aktionen (siehe www.wahlquark.de.vu)
- NATO-Treffen in Prag/September 02 und München/Februar 03 (siehe Auswertung von München 02 unter www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/antinato)
- Wendland-Castor im Herbst
- Broschürenreihe zu Direkten Aktionen (u.a. RTS, Anti-Atom, Gerichtsprozesse, Antisexismus im Alltag)
- Neues Zeitungs-/Medienprojekt (Aktionsmaterial-Abo, siehe www.projektwerkstatt.de/zeitung)

Viele weitere Ideen können hinzukommen und werden jeweils nach Interesse der Anwesenden angeboten. Dafür wird das ganze Treffen als Open Space ablaufen, d.h. ohne vorgegebenen Zeitplan, sondern mit möglichst viel Zeit und Raum zur Selbstorganisierung. Es zählen also die Ideen in den Köpfen aller, die mitmachen! Das Verfahren wird zu Beginn erläutert (siehe auch www.projektwerkstatt.de/von-unten), außerdem ist das Haus optimal auf diese Bedingungen zugeschnitten.
Unterkunft und Beteiligung an Verpflegungskosten nach Selbsteinschätzung. Pennen im Seminarhaus und im Zelt möglich. Ständige Infos zum Treffen und zu den Projekten & Debatten unter www.hoppetosse.net.

GLOBALISIERUNG

Raus aus der Globalisierungsfalle!
Seit Göteborg und Genua steigt die Anzahl der GlobalisierungskritikerInnen. Sie sehen die Warenwirtschaft, die als einziges Ziel die Vermehrung von Geld verfolgt, als eine der Hauptursachen für weltweite Naturzerstörung und ungerechte Verteilung an. Diese Warenwirtschaft kann ersetzt werden durch die Subsistenzperspektive, deren Ziel das Leben ist.
Wir beschäftigen uns während des Seminars mit der »Theorie der Subsistenz«, die Maria Mies und andere Frauen der »Bielefelder Schule« entwickelt haben.
Wie können wir dem weltweiten Globalisierungsprozess, der uns immer mehr Eigenständigkeit und Entscheidungsmöglichkeiten nimmt, entgegenwirken und somit die Autonomie über das eigene Leben zurückgewinnen?

Im Verlauf des Wochenendes wollen wir uns mit den Argumenten der GlobalisierungskritikerInnen beschäftigen und uns von den Ideen der Subsistenzperspektive für unseren jeweiligen Alltag anregen lassen.
Termin: 13.-15.9.2002
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

GRENZCAMPS 2002

Gleich vier Termine für antirassistische Grenzcamps in diesem Jahr.
12. bis 19.7.2002: Jena (Thüringen)
www.nadir.org/camp02
19. bis 28.7.2002: europaweites antirassistisches und antikapitalistisches Actioncamp in Strasbourg (Elsaß)
www.noborder.org
3. bis 10.8.2002: Crossover Summer Camp in der Nähe von Cottbus
www.summercamp.squat.net

Vom **16. bis 22.8.2002** finden die »Land in Sicht-Tage« in Hamburg statt (http://www.nadir.org/landinsicht), bei denen es schwerpunktmäßig um Rechtspopulismus in Europa gehen soll.

SOMMERCAMP

Die Gesellschaft zur Randgruppe erklären – Zelten auf der Wiese der Utopie
Zum sechsten mal in Folge findet das basisdemokratisch und ökologisch ausgerichtete Sommercamp im Wendland statt. Ziel des Camps ist es, dass sich die TeilnehmerInnen in über 80 Arbeitskreisen mit unterschiedlichsten politischen Thematiken, wie z.B. Atomenergie, Asylpolitik/Migration, Geschlechterkonflikte, Neoliberalismus und weiteren von der aktuellen politischen Landschaft verdrängten Themen auseinander zu setzen. Neben den Arbeitskreisen, in welchen u.a. Strategien und Handlungsmöglichkeiten gegen bestehende soziale Ungerechtigkeiten erörtert werden, kommen auch Selbsterfahrungs- und Kreativarbeitskreise, wie z.B. Baumklettern, Bodypainting, Wendo, Tanz und Bewegung nicht zu kurz. An den Abenden wird viel Kultur zwischen Lagerfeuer und Bühne geboten.
Da das Sommercamp im Wendland selbstorganisiert wird, werden alle Entscheidungen im Konsens getroffen. Hierzu gibt es tägliche Treffen (Plena), auf denen das aktuelle Tagesgeschehen zusammengeführt wird und Entscheidungen getroffen werden. Alle anfallenden Tätigkeiten vom Gemüseschnippeln bis zur Organisation von den Tagesabläufen werden durch alle gemeinsam bzw. in Gruppen erledigt. Verpflegt werden wir von der niederländischen Kochgruppe »Rampenplan« mit leckerem vegetarisch/veganen Essen aus kontrolliert biologischem Anbau.
Termin: 20.-28.7. in Reddebitz
Info und Anmeldung:
Mäggy Barrawasser, Schleestr. 55,
D-41199 Mönchengladbach
☎(0 21 66) 60 97 33
E-Mail:
maedchen_vom_anderen_stern@yahoo.com
Web:
www.sommercamp-im wendland.de

ERICH-MÜHSAM-FEST

in Berlin-Spandau (Staaken),
am 20.7.2002 ab 18 Uhr
Fort Hahneberg, Spandau
Nach dem unerwartet großen Zuspruch zum ersten Mühsam-Fest im letzten Jahr, liegt es nahe, auch in diesem Sommer wieder ein rauschendes Fest im Sinne des bekannten anarchistischen Schriftstellers und Revolutionärs Erich Mühsam zu feiern. Dabei sollen nicht nur sein Leben und seine Texte präsentiert werden, sondern vor allem Künstler präsentiert werden, deren Arbeit von seinem Geiste beflügelt ist, bei denen sein aberwitziger schwarzer Humor eine neue Heimt gefunden hat, oder die zumindest den richtigen Sound liefern, um in Mühsams Sinn »die Nacht zu zertanzen«.
Da das Datum seiner Ermordung durch die SS im KZ-Oranienburg nie genau ermittelt werden konnte (es war die Nacht vom 9. auf den 10. Juli), fühlte sich das Fest-Kommitee schon im letzten Jahr nicht an ein konkretes Datum gebunden (An diesem Datum gibt es aber wie schon in den Vorjahren eine Gedächtnis-Lesung am Grab auf dem Dahlemer Waldfriedhof.). Da in diesem Jahr vor allem dem strikten Antimilitaristen Mühsam gedacht werden soll, lag die Wahl des 20. Juli-GelöbNix natürlich nahe. Der Veranstaltungsort, die Festung Hahneberg, dieser militärische Treppenwitz aus dem 19. Jahrhundert (als das superteure Artilleriefort fertig war, war es von der Waffentechnik überholt ...), passt ja auch schön dazu ..... Ob Kosovo, Afghanistan oder der Irak – die deutsche Kriegsgeilheit ist wieder da, und Mühsam tut not. Wie schon im letzten Jahr gibt es LiveMusik aller Art, DJ's, Literatur, Kabarett, Filme, Feuershows, Kunst und Diskussionen auf einer Open-Air Bühne und mehreren Nebenbühnen in den Kasematten der alten preussischen Festung. Übernachtungsmöglichkeiten sind vorhanden (Zelte!), Nachtbusse für »Spätheimkehrer« gibts aber auch.
Eintritt: 5 EUroh / ermäßigt 3 EUroh.
E-Mail: markusl@interfilmberlin.de

ATTAC

Aktionstag Großdemonstration
»Her mit dem schönen Leben – Eine andere Welt ist möglich!
- für soziale Gerechtigkeit und Umverteilung
- gegen Lohndumping und Sozialabbau
- für zivile Konfliktlösung und Krisenprävention
- gegen die Militarisierung der Außenpolitik
- für demokratische Kontrolle der Finanzmärkte
- gegen die Politik von IWF, Weltbank und WTO

Termin: Samstag 14.9.2002, Köln
Info:
Aktionsbüro, Vogelsanger Str. 78,
D-50823 Köln
☎(02 21) 952 78 90
Web: www.attac-netzwerk.de

RADIKAL REISEN!

Richtung: USA – New York
New York City ein Jahr danach
New York als die Weltstadt an der Ostküste der USA war über viele Jahrzehnte nicht nur Ziel endloser Touristenströme, sondern auch Kristallisationspunkt zahlreicher sozialer und politischer Konflikte. Schon vor den Anschlägen vom 11. September 2001 war New York auch immer wieder Schauplatz rassistischer Ausgrenzungen und Diskriminierungen.
Unsere Reise wird sich ein Jahr nach den Anschlägen mit den Folgen der Ereignisse für die Stadtpolitik und dem Bild New Yorks beschäftigen. Dabei geht es vor allem um die Auswirkungen auf die bereits vorher von Repression und Überwachung geprägte Innenstadtpolitik der Weltmetropole.
Wir werden uns mit politischen Jugendorganisationen treffen, die sich kritisch mit der aktuellen Politik und den Ereignissen in New York und in den USA auseinandersetzen und hier Gegenaktivitäten organisieren.
Termin: Herbst 2002
Kosten: ca. 650 EUR

Richtung: Ghana (Westafrika)
Demokratische Perspektiven und soziale Entwicklung in Ghana
Die Reise nach Ghana wird sich in erster Linie mit Entwicklungsperspektiven und dem aktuellen Stand der Politik in Ghana beschäftigen. Dabei geht es zum einen um die Beleuchtung der sozialen Situation. Fragen nach Bildungssituation, Armut und sozialen Konflikten werden hier eine besondere Rolle spielen. Gleichzeitig wollen wir versuchen, uns einen Überblick über die Entwicklung der demokratischen Bestrebungen in Ghana zu verschaffen. Wie hat sich die politische Lage in den vergangenen Jahren verändert? Welche realen Möglichkeiten demokratischer Kontrollen und Mitwirkung gibt es bereits und was können Perspektiven für die nahe Zukunft sein? Diese Fragen werden einen weiteren Schwerpunkt unserer politischen Reisen bilden.
Termin: 14.-29.9.2002
Kosten: ca. 650 EUR

Richtung: Südafrika
– Kapstadt und Durban
Viele Hoffnungen der Aufbruchsjahre seit 1994 sind nach dem Ende der Apartheid inzwischen zerbrochen. Selbst Regierungsfunktionäre der kommunistischen Partei Südafrikas machen Zugeständnisse an neoliberale Politik. Dennoch bleibt das große Armutsproblem insbesondere innerhalb der schwarzen Bevölkerung unvermindert bestehen.
Mit Gruppen wie *SASCO*, der landesweiten StudentInnenorganisation, *SEWU*, der Frauengewerkschaft und *Survivors of the Violence* werden wir uns treffen und auch darüber sprechen können. Für die landschaftlichen und kulturellen Besonderheiten Südafrikas werden wir uns zwischen den politischen Terminen Zeit nehmen.
Termin: 30.9.-14.10.2002
Kosten: ca. 750 EUR
Information & Anmeldung:
jd/jl, Greifswalder Str. 4, D-10405 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 64, Fax -66
E-Mail: bgs@jdjl.org
www.jdjl.org

SONSTIGES

Konfliktbewältigung und Gewaltverarbeitung mit der Methode »Szenisches Spiel«
Seminar mit
Dr. Achim Schröder,
Fachhochschule Darmstadt
vom 24.-26. September 2002
Im »Szenischen Spiel« stellen wir Konfliktsituationen aus dem beruflichen und privaten Alltag szenisch und gestisch nach, und wir arbeiten an ihnen. Wir greifen die Erfahrungen auf, machen sie transparent und reflektieren die Hintergründe. Wir rekonstruieren die jeweilige Situation und verschaffen uns einen Zugang zu Haltungen und Handlungsweisen, die uns zunächst unverständlich erscheinen. Es wird ermöglicht, eigene und fremde Haltungen kennenzulernen, sie in ihren Wirkungen zu begreifen und unter Umständen zu verändern. In diesem Seminar lernt man die Methode kennen und erlernt ihren Nutzen für ein politisches Verstehen und Handeln. Das vor ca. zwei Jahren verabschiedete Gesetz zur »Ächtung der Gewalt in der Erziehung« und die damit verknüpfte Diskussion werden Beispiele liefern, an denen wir die Vorstellungen über eine »gewaltfreie« Erziehung und Pädagogik untersuchen. Die »strukturelle Gewalt« ist ein weiteres Thema für das Seminar, weil sie auf unterschiedliche Weise – über das Militär, über die Wirtschaft und über die materiellen Lebensverhältnisse – in die Subjekte hineinwirkt und hineinregiert.
Information & Anmeldung:
BDP-Bildungsstätte, Schulstr. 3,
D-61267 Neu-Anspach
☎(0 60 81) 4 17 72, Fax 96 00 83
E-Mail: info@alteschuleanspach.de
Web: www.alteschuleanspach.de

Ohne Akzeptanz keine Zukunft
»Jeder Mensch hat als Mitglied der Gesellschaft Recht auf soziale Sicherheit«
(UN-Menschenrechte-Deklaration, Artikel 22)
Mit der Veröffentlichung der ersten Sparmaßnahmen des CDU / Schill / FDP-Senats zu Beginn dieses Jahres in Hamburg, wurde eine böse Ahnung Realität: Die finanziellen Mittel für den Ausbau der Repression gegen bestimmte Erscheinungsformen des öffentlichen Lebens wie die Drogenszene, die Straßenkinder, das jugendliche Strichermilieu am Hauptbahnhof und ideologisch verpönte Einrichtungen z.B. für Frauen, werden durch den Abbau der Hilfsangebote für diese Menschen finanziert.
Vom **23. bis 25. August 2002** findet an der HWP in Hamburg, ein Kongress statt, der den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen Gelegenheit geben will, ausgehend von ihren Erfolgen der letzten Jahre, Zukunftsentwürfe für ihre Tätigkeitsfelder in die Diskussion einzubringen.
Miteranstalter: AStA der HWP, Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik, Von-Melle-Park 9
Kontakt: Bündnis für mehr Solidarität
Jens Pries c/o IGLU, Lippmannstr. 22,
D-22769 Hamburg
☎(0 40) 430 50 81, Fax 430 50 84
e-mail: iglu@palette-hamburg.de
Web: www.schlechter-streich.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg